

In diesem Heft

Editorial 3

Essay

ANDRÉ BRIE
Die Zukunft des Politischen 5

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

MICHAEL WOLF
Modernisierungshemmnis Wohlfahrtsstaat? 16

ROBERT B. REICH
Für einen Wohlstand in Gerechtigkeit 25

50 Jahre DGB

JAKOB MONETA
50 Jahre DGB – Rückblick und Ausblick 34

JENS BECKER, HARALD JENTSCH
Mitbestimmungsidee und Gewerkschaftspolitik
an der Schwelle zum 21. Jahrhundert 45

BERND RIEXINGER
Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften 52

Standorte

TIM MURPHY
Drogenpolitik und die Linke 57

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE
Planwirtschaft und Konsumgesellschaft.
Edward Bellamys utopischer
»Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887« 70

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 84

Bücher & Zeitschriften

Otfried Höffe:
Demokratie im Zeitalter der Globalisierung,
Verlag C. H. Beck München 1999
(HERMANN KLENNER) 86

Rainer Land/Ralf Possekel:
Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung
der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung
in den 80er Jahren,
Ch. Links Verlag Berlin 1999
(ULRICH BUSCH) 87

Eva Müller, Manfred Neuhaus, Joachim Tesch (Hrsg.):
Ich habe einige Dogmen angetastet ...
Leben und Wirken von Fritz Behrens.
Beiträge des vierten Walter-Markov-Symposiums,
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999
(GÜNTER FABIUNKE/DIETER JANKE) 88

Andere Zeiten.
Forum für politische Ökologie
und soziale Emanzipation, Heft 5/1999
(ARNDT HOPFMANN) 91

Jahresinhaltsverzeichnis 1999 93

BUNDESSTIFTUNG ROSA LUXEMBURG
Veranstaltungen im Januar 2000 96

BUNDESSTIFTUNG ROSA LUXEMBURG
Studienwerk 100

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 104

Editorial

Seit 1990 hat die PDS eine parteinahe Bildungsstiftung, und seit Mitte 1999 erhält sie Geld aus dem Bundeshaushalt. Endlich. Aber: Es ist nur ein Teil er ihr zustehenden Mittel. Über fast ein Jahrzehnt hinweg hatten die anderen im Bundestag vertretenen Parteien geglaubt, die PDS werde nicht lange genug Bestand haben, um überhaupt ihre Forderung durchsetzen zu können. Nun aber, nach dem dritten – und, nimmt man den Übergang von der DDR-Volkskammer des Jahres 1990 ins gesamtdeutsche Parlament hinzu, gar vierten – Einzug der Demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten in den Bundestag, kam das Normale schließlich doch zu seinem Recht.

Das damit die finanzielle Diskriminierung der PDS-nahen Stiftung nicht beendet ist, bedarf kaum der weiteren Ausführung. Größte Knappheit der Mittel bei gleichzeitiger Wahrnehmung eines bundesweiten Anspruchs werden die nächsten Jahre charakterisieren.

Die Erfolge der PDS stellen sie unter einen bisher nicht gekannten Handlungszwang. Die Überwindung der bundesweiten Fünf-Prozent-Klausel bei den Wahlen am 27. September 1998; die Bildung einer SPD-PDS-Koalitionsregierung in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst des gleichen Jahres; die erfolgreiche Fortsetzung des »Modells« der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt; der Gewinn von fast einem Viertel der Wählerstimmen bei den Landtagswahlen 1999 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen und fast einem Fünftel bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin mit der Konsequenz, dort überall stärkste Oppositionspartei zu sein; die Erringung von mehr als 50 kommunalen Mandaten in Nordrhein-Westfalen und etlichen weiteren in Baden-Württemberg – und eben auch die Möglichkeit einer durch Mittel des Bundeshaushalts finanzierten Stiftung. Das alles sind Resultate, die die PDS im zehnten Jahr ihrer Existenz in eine Situation gebracht haben, für die der treffendste Ausdruck vielleicht der der »Erfolgskrise« ist.

Denn nun ist sie endgültig nicht mehr in einer Lage, die es zuließe, nur »Partei für sich« zu sein. Partei ins Offene muß sie sein, wenn sie als gegenwärtig wichtigste politische Kraft einer demokratisch-linkssozialistischen Orientierung in Deutschland sowohl den vielen – und sehr vielfältigen – Erwartungen ihrer schon tatsächlichen und noch potentiellen Wählerschaft als auch ihrem Verfassungsauftrag der Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes gerecht werden will. Partei ins Offene: in ihrer

Politik sowieso – aber auch in ihrem Inneren, ihrem Selbstverständnis, ihrem infolge der raschen Veränderungen in der Gesellschaft natürlich veränderungsbedürftigen Programm, ihren Strukturen, ihrer Arbeitsweise.

Den kräftigen und komplexen Schub, der nötig ist, um diese »Erfolgskrise« produktiv zu meistern, wollen Stiftung und »UTOPIE kreativ« künftig im Verbund unterstützen. Dazu haben der Stiftungsvorstand und der Förderverein Konkrete Utopien e.V., der »UTOPIE kreativ« seit 1993 herausgibt, eine Vereinbarung unterzeichnet, in deren Ergebnis »UTOPIE kreativ« bekanntlich seit August im Auftrag der Stiftung produziert wird.

Damit wird sich zum einen das Profil der Zeitschrift als bereits bewährter Ort der offenen Diskussion sozialistischer Alternativen weiter ausprägen, und zum anderen wachsen ihr neue Aufgaben zu: in der systematischen Entwicklung von Angeboten in der politischen Bildung; in der Information über die Arbeit der Stiftung insgesamt; in der Qualifizierung der Kommunikation sowohl in der wissenschaftlichen Debatte selbst als auch zwischen Wissenschaft und Politik.

Die inhaltlichen Veränderungen werden sich auch im äußeren Bild widerspiegeln. Schon seit der letzten Ausgabe erscheint das Blatt mit einer überarbeiteten Impressumsseite; ab diesem Heft beträgt der Umfang 104 Seiten. Die zusätzlichen acht Seiten werden von der Stiftung für Mitteilungen genutzt. Darunter wird sich stets das Veranstaltungsprogramm des jeweiligen Monats befinden; aber auch Ankündigungen für größere Veranstaltungen in den Folgemonaten werden dort veröffentlicht. Gleichzeitig wird es um die Förderung von Studierenden und Promovierenden, von Projekten und Publikationen gehen. In der vorliegenden Ausgabe veröffentlichen wir erstmals die Förderrichtlinien für Studierende und Promovierende.

Wir wünschen unseren Autoren und Lesern, aber auch unseren Freunden und Gegnern ein gesundes neues Jahr.

*WOLFRAM ADOLPHI
Vorsitzender des Fördervereins
Konkrete Utopien e.V.*

*EVELIN WITTICH
Mitglied des
Geschäftsführenden
Ausschusses der
Bundesstiftung
Rosa Luxemburg*

ANDRÉ BRIE

Die Zukunft des Politischen

Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien steht exemplarisch für eine Strategie der Zerstörung der Politik und ihrer zivilen Möglichkeiten, die dann – als sich selbsterfüllende Prophezeiung – selbst das Versagen der Politik und das angebliche Fehlen aller Alternativen (zum Krieg) konstatiert. Es handelt sich in diesem Fall wie bei vielen anderen Momenten, die die offensichtliche Krise des Politischen in der Gegenwart ausmachen, nicht um einen naturwüchsigen Prozeß, sondern um organisierte, undemokratische Alternativlosigkeit. Diese durch demokratisch und politisch organisierte Alternativen zu überwinden, ist – um es vorwegzunehmen – mein Credo. Der Weg dazu kann nach meiner Überzeugung nur eine *entschiedene Demokratisierung aller gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse* sein. Das ist nicht nur wünschenswert, sondern stellt ein entscheidendes Erfordernis für die Repolitisierung der Gesellschaft und sogar für die Verteidigung von Gesellschaftlichkeit gegen ihre Zerstörung durch Marktradikalismus und soziale wie kulturelle Ausdifferenzierung sowie Privatisierung dar.

Die »Demokratisierung der Demokratie« zu wagen – um ein Wort Willy Brandts abzuwandeln – wäre die grundlegende Aufgabe, wenn es um die Wiedergewinnung politischer Gestaltungskraft in der Gesellschaft und deren Zusammenhalt überhaupt geht. Die deutsche Linke (dabei sehe ich von jenen Kräften ab, die den Kampf um Demokratie in einer kapitalistischen Gesellschaft ohnehin für illusionär halten) ist allerdings fast völlig davon abgekommen, Vorschläge für einen Umbau der politischen Institutionen vorzulegen. Das politische System schien ihr fast unantastbar. Die Hoffnungen beschränkten sich auf einen neuen Regierungsblock.

Den haben wir nun in Gestalt der rot-grünen Koalition. Doch ist ein wirklicher Politikwechsel nicht zu erkennen, weder in Richtung sozialer Gerechtigkeit noch zum ökologischen Umbau, geschweige denn auch nur der Ansatz zu mehr Demokratie (man denke nur an das Zurückschrecken vor CDU/CSU in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft). Der Rücktritt Lafontaines ist im Gegenteil Ausdruck für das Scheitern auch noch der vorsichtigsten Versuche, die immer größere, immer weniger kontrollierte Macht der Banken und internationalen Konzerne zu begrenzen. Statt dessen ist mit dem Konzept der »Neuen Mitte« bzw. Blairs und Schröders »Drittem Weg« die Selbstaufgabe der Sozialdemokratie und ihr Übergang auf eine blaß sozial gefärbte Variante des Neoliberalismus vollzogen worden!

André Brie – Jg. 1950, Dr. phil., von 1976 bis 1990 Politikwissenschaftler am Institut für Internationale Beziehungen Potsdam, Forschungsschwerpunkt: internationale Sicherheits- und Abrüstungspolitik, von 1990 bis 1999 Wahlkampfleiter der PDS und seit Juli 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments. Dieser Beitrag geht zurück auf einen Vortrag beim Evangelischen Studienwerk e.V. am 22. Mai 1999 in Villigst bei Schwerte.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments stellte in einem Anfang 1999 einstimmig (!) angenommenen Bericht bemerkenswerterweise, wenngleich ohne ausreichende Konsequenzen, fest, »daß im Rahmen des Prozesses der wirtschaftlichen Globalisierung de facto Befugnisse legitimer Regierungen auf die transnationale Wirtschaftsmacht übertragen werden, die sich in ihrem Streben nach Wettbewerbsfähigkeit jeglicher demokratischer Kontrolle und häufig auch den Verpflichtungen entzieht, denen die nationalen Wirtschaftssubjekte unterliegen, was zur Folge hat, daß das soziale Gefüge in den Ländern, in denen diese Macht ihren Sitz hat, ausgehöhlt wird ...«
Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente, Bericht über die Herausforderungen einer Weltordnungspolitik (global governance) und die Reform der UNO, Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik, 23. Februar 1999 (DOC_DE\RR\372\372808), S. 6.

Diese formale Erhaltung der institutionellen Struktur ist dem Übergang von der römischen Republik zum frühen Kaiserreich, dem Prinzipat, durchaus vergleichbar. Fast nichts wurde formell geändert, und doch änderte sich real fast alles.

Das Ausmaß der Defensive, aus der heraus Linke und andere Kritiker einer weiteren Kommerzialisierung der ganzen Gesellschaft gegenwärtig handeln, wurde so noch größer. Ohne Veränderung des politischen Systems werden die erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Reformen blockiert bleiben. Mehr noch: Der gesellschaftliche Reformstau hat ein gefährliches Ausmaß erreicht und untergräbt auch die bestehenden demokratischen Institutionen. Deren Verteidigung ist notwendig, aber bei weitem nicht ausreichend. *Vor den politischen Veränderungen steht aber der Kampf um die Veränderung der geistigen und kulturellen Situation.*

Die Grenzen der demokratischen Verfaßtheit der westlichen Gesellschaften und ihre bedrohliche Unzulänglichkeit hinsichtlich einer zukunftsfähigen gesellschaftlichen Entwicklung treten just zum Zeitpunkt des größten Triumphes der Demokratie (über ihre staatssozialistische Herausforderung) hervor. Die historische Stunde, die den »Sieg« des Prinzips allgemeiner Wahlen in einer dritten großen Welle der Demokratisierung (Huntington) in Osteuropa einleitete, geriet in den westlichen Wirtschaftszentren zu einem Moment, der das Ende der Demokratie als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip einzuleiten schien. Die Entfesselung des Marktes von (partieller) politischer und sozialer Regulierung, sollte – so die sich seit den siebziger Jahren (Thatcher-Regierung in Großbritannien) durchsetzende neoliberale Ideologie – politische Gestaltung überflüssig machen. Die »blinden« (eher: sehr einäugigen) Kräfte des Marktes wären denen demokratischer Politik überlegen. Real ist daraus zwar keine Entpolitisierung, aber eine Entdemokratisierung und durchaus eine ernste Krise der Politik geworden, sofern man Politik als gesellschaftliche Gestaltung versteht.

Diese Krise der Politik, die angesichts der Übermacht der Wirtschaft über die Gesellschaft von nicht wenigen Autoren als ein »Verschwinden der Politik«¹ empfunden wird, ist zugleich aber selbst Ergebnis der herrschenden Politik. Deren Fixierung auf die Sicherung von »Standorten« und die Handlungsmacht der Großunternehmen ist nicht das Ende der Politik, sondern eine folgenschwere Wende in der Politik und zugleich eine Abkehr von den wichtigsten demokratischen Prinzipien.

Die Erhaltung des formellen institutionellen Gehäuses der repräsentativen Demokratie wird von ihrem faktischen Bedeutungsverlust begleitet. Die generellen sozialen Defizite kapitalistisch-demokratischer Systeme, die die unerläßliche formale politische und rechtliche Gleichheit durch die enorme Ungleichverteilung von Eigentum und wirtschaftlicher Macht ohnehin relativieren, werden durch die neoliberale Doktrin prinzipiell verschärft. Erstens verstärkt die herrschende Deregulierungspolitik noch die Tatsache, daß »die wesentlichsten Entscheidungen dieser Welt ... außerhalb der Demokratie (fallen)«². Das gilt gleichermaßen für die nationalstaatliche als auch für die immer bedeutendere internationale, globale Ebene. Dort diktieren die USA wesentlich die (sicherheits)politische Entwicklung, die G7/G8-Gruppe, die von den Metropolenstaaten dominierte Weltbank und die ebenfalls von ihnen beherrschte Welthandelsorganisation die ökonomischen und

finanzpolitischen Entscheidungen. Demokratische Institutionen der Regulation existieren nicht oder spielen – wie die UNO oder das Europäische Parlament – eine untergeordnete Rolle. Zweitens zeigt sich die Demokratie gefährdet, sowohl hinsichtlich ihrer aktuellen Substanz (einschließlich ihres repräsentativen Charakters) als auch gegenüber den neuen Herausforderungen der sozialen und kulturellen Ausdifferenzierung, der Globalisierung, der Bewältigung der ökologischen Krise, der neuen Medien.

Es ist dem Labour-Linken Tony Benn schwerlich zu widersprechen, wenn er sagt, wir »... gehen ... mit weniger demokratischen Rechten ins nächste Jahrhundert als seit sehr langer Zeit. Die Demokratie wird aus dem System ausgequetscht – durch eine Weltregierung, die aus IWF und Welthandelsorganisation besteht, indem die NATO allmählich das Kommando übernimmt, durch das Wachstum repressiver Kräfte in den sogenannten demokratischen Gesellschaften und durch den Übergang der Macht von gewählten zu nichtgewählten Menschen, wie in der europäischen Zentralbank und der EU-Kommission. ... Jetzt werden der Sozialstaat und die demokratischen Institutionen systematisch demontiert.«³

Einen meines Erachtens sehr wichtigen aktuellen Aspekt behandelte der milliarden schwere amerikanische Finanzier, Devisenspekulant und Philanthrop George Soros in seiner Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus. »Der globale Kapitalismus hat dafür gesorgt, daß Profitmaximierung als Unternehmensziel extrem gepusht wurde und in Bereiche eingedrungen ist, in denen vormals völlig andere Überlegungen dominierten. Nichtmonetäre Werte müssen aber unbedingt wieder eine größere Rolle in unserem Leben spielen. Insbesondere sollten Kultur und freie Berufe von ihren eigenen Werten durchdrungen sein und nicht auf wirtschaftliche Zwecke reduziert werden. ... Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man sagt, daß Geld das Leben der Menschen noch nie so dominiert hat wie heute.«⁴ So sehr ich mit Soros darin übereinstimme, daß in Bereichen, die er zum »Nichtmarktsektor« rechnet, die Vorherrschaft der Gesetze der Profitmaximierung gebrochen werden muß, so sehr bezweifle ich allerdings, daß dies in erster Linie durch Wiederbelebung früher gültiger und anerkannter Werte erreicht werden kann.

Ohne Institutionen, die der Macht des Marktes Grenzen setzen, werden sich Gesellschaftlichkeit und Freiheit der Individuen nicht miteinander verbinden lassen. Dazu sind neue Wege erforderlich, die den enormen Wandel in den Gesellschaften berücksichtigen. Sie werden sicher Wiedergewinnung des Staates für demokratische Politik, aber auch weniger Staat, mehr Gesellschaft – verstanden als Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis –, wesentlich mehr Bürgerinnen- und Bürgerrechte bedeuten. *Der Kern dieser neuen Wege ist eine moderne Demokratisierung der Gesellschaft.* Werner Weidenfeld, der das Problem ansonsten viel zurückhaltender diskutiert, meinte wohl zu Recht: »Die Demokratie wird diese existentiellen Herausforderungen der neuen Zeit annehmen müssen, will sie Zukunft haben. Darin kann eine große Chance für eine neue demokratische Vitalität liegen. Es könnte der Beginn einer neuen Gründerzeit zur Reform der Demokratie werden.«⁵ Der Streit um die

Ganz ähnlich wie Tony Benn urteilten der Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung (IFSH), Dieter S. Lutz, oder der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, der resignierend bemerkte:

»Die Einwirkungsmöglichkeiten einer Regierung ... in einer modernen industriellen Massendemokratie sind unendlich viel kleiner, als es im Schullehrbuch verzeichnet ist.«

Dieter S. Lutz: Zum äußeren und inneren Frieden. Kann die heutige Demokratie den Gefahren der Zukunft standhalten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 29/97 vom 11. Juli 1997; Schmidt zitiert aus: ebenda, S. 8.

Zu den Bereichen, die nicht allein durch Marktkräfte reguliert werden dürfen, gehören – so Soros – »viele der wichtigsten Dinge des Lebens, von moralischen Werten über Familienbeziehungen bis zu ästhetischen und intellektuellen Errungenschaften. Dennoch versucht der Marktfundamentalismus in Form eines ideologischen Imperialismus unablässig in diese Regionen vorzustoßen; ihm zufolge müßte man alles gesellschaftliche Tun und allen Verkehr zwischen den Menschen als tauschorientierte, vertragsbegründete Beziehungen betrachten und mit Hilfe eines einzigen Maßes, des Geldes, bewerten. Jedes Tätigwerden sollte soweit wie möglich durch die unsichtbare Hand der profitmaximierenden Konkurrenz reguliert werden.« George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, a.a.O., S. 26f.

Pierre Bourdieu griff in seiner Rede vor streikenden Eisenbahnern am 12. Dezember 1995 im »Gare de Lyon« in Paris das Demokratieverständnis der in Frankreich ebenso wie in Deutschland herrschenden neoliberalen »Technokraten« heftig an. »Diese Staatsaristokratie hat sich den Staat unter den Nagel gerissen und aus dem öffentlichen Wohl eine Privatsache gemacht. Was heute auf dem Spiel steht, ist die Wiedereroberung der Demokratie gegen die Technokratie.«

Pierre Bourdieu: Der Tote packt den Lebenden, Hamburg 1997, S. 169.

»Die Verfassung ist immer weniger das Gehege, in dem sich demokratisch legitimierte Politik frei entfalten kann, sondern immer stärker die Kette, die den Bewegungsspielraum der Politik lahmlegt.«
Wolfgang Schäuble: Weniger Demokratie wagen?, a.a.O.

Verteidigung sowie um die Reform und entschiedene Demokratisierung der Demokratie könnte die ureigenste Frage einer erneuerten Linken sein. Der Schlüssel zu gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit ist sie allemal. Doch dieser Prozeß beginnt nicht unter den vergleichsweise komfortablen Bedingungen eines gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruchs, sondern in der bereits erwähnten tiefen Krise der Demokratie und Politik in der Gegenwart.

Die Krise der Demokratie und die Gefährdung politischer Gestaltungsfähigkeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen sind kein naturwüchsiges Resultat der Globalisierung oder der sozialen Zersplitterung der Gesellschaft, sondern in erster Linie Ergebnis der herrschenden neoliberalen Orthodoxie. Deren Credo – Entstaatlichung – führt direkt in die gewollte Einschränkung der Rolle von Politik und politischen Institutionen gegenüber der Wirtschaft und zugleich dazu, daß die Gesellschaftsentwicklung immer weniger Ergebnis politischen Wollens und immer mehr spontanes Resultat wirtschaftlichen Handelns ist. Lothar Späth skandalisiert nicht diese Tatsache, sondern wirft den Politikern vor, sie zu ignorieren – »das geht nicht in die Bonner Köpfe: daß Unternehmer und Unternehmen heute mächtiger sind als die Politik«⁶. *Der Skandal jedoch besteht nicht in der angeblichen Begriffsstutzigkeit der Politiker, sondern darin, daß sie selbst aktiv dazu beitragen, Demokratie durch Wirtschaftsmacht zu ersetzen.*

Der Gedanke, die politischen Institutionen im allgemeinen und die demokratischen im besonderen kritisch nach ihrem Vermögen zu befragen, die Gestaltungsfähigkeit der Gesellschaft angesichts historisch einmaliger Herausforderungen zu gewährleisten, ist weit verbreitet, aber kaum konkretisiert worden. Demgegenüber wird in der konservativen wissenschaftlich-politischen Literatur und Debatte bereits allen Bestrebungen vorgebaut, die repräsentative Demokratie durch plebiszitäre und andere Formen direkter Demokratie zu ergänzen.⁷ Charakteristisch dafür ist die Diktion des von Günther Rüter (Konrad-Adenauer-Stiftung) herausgegebenen Bandes *Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?*⁸.

Während auch in einem Teil der wissenschaftlich-politischen Literatur außerhalb der linken Opposition vorsichtige Schritte zur Stärkung direkt-demokratischer Formen innerhalb der uneingeschränkten Dominanz repräsentativer Formen diskutiert werden⁹, wird durch den neoliberalen mainstream die weitere soziale und politische Deregulierung vorangetrieben. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, versah seinen Grundsatzartikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Titel »Weniger Demokratie wagen?«¹⁰ zwar noch mit einem Fragezeichen, der Tenor des Beitrages war jedoch eindeutig: Rechts- und Verfassungsstaatlichkeit sowie demokratische Partizipationsmöglichkeiten sollen als angeblich bürokratische Hindernisse für den Wirtschaftsstandort und den Wettbewerbsstaat abgebaut werden. Er wandte sich vehement gegen Vorschläge in der Verfassungsdiskussion nach der staatlichen Vereinigung Deutschlands. »Ein Recht auf Arbeit und ein Recht auf Bildung wurden da gefordert, wichtige politische Ziele, aber mit einem Recht, das

einklagbar natürlich nicht sein kann, würde mehr versprochen, als der Staat halten kann.« Da sieht er die Kette, die den Bewegungsspielraum einer Politik der Deregulierung lahmlegen könnte.

Der sächsische CDU-Justizminister Steffen Heitmann sprach in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* offen davon, »daß das Regelungsinstrumentarium dieser freiheitlichen Gesellschaft die Wirtschaft, ihre Grundlage das Eigentum ist«¹¹. Keine Rede war bei ihm vom Artikel 20 des Grundgesetzes, der als entscheidendes Regelungsinstrumentarium die vom Volk ausgehende Staatsgewalt definiert, ausgeübt in demokratischen »Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung«.

Dem Demokratisierungsdiskurs steht insgesamt eine gleichermaßen in der Bevölkerung wie unter Intellektuellen weitverbreitete Skepsis gegenüber, die sich nicht zuletzt aus der Unbeweglichkeit der gegenwärtigen Institutionen speist. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins und L. Hunter Lovins sehen – mit bezeichnender Begründung – den Ausweg aus den existentiellen gesellschaftlichen Krisen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert daher auch nicht auf politischem Gebiet, sondern in einer »Effizienzrevolution«. Die Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie *Zukunftsfähiges Deutschland*, folgt grundsätzlich diesem Herangehen, verweist aber in einem kurzen Abschnitt auch auf die Notwendigkeit politischer Reformen und »politisch-institutioneller Innovationen« im Rahmen der »Demokratie westlicher Prägung«. Insbesondere werden erweiterte Partizipation durch gestärkte Informations- und Einsichtsrechte, langzeitorientierte Institutionen (Sachverständigenräte, ein »Ökologischer Rat« mit Vetorechten gegenüber der Regierung), die internationale Harmonisierung von Umweltschutzmaßnahmen und subsidiäre Politikstrukturen¹² gefordert.

Die Demokratisierung der Demokratie stößt offenkundig auf äußerst schwierige Probleme:

Erstens: muß sie nach den in Osteuropa gemachten Erfahrungen einen wohlhabewogenen Konservatismus aufnehmen: Die repräsentative Demokratie muß trotz ihrer Defizite und der Notwendigkeit wahrhaft historischer Veränderungen institutionell gehütet, ja durch die Überwindung ihrer gegenwärtigen Krise und durch politische Innovationen zurückgewonnen werden. Nicht zuletzt wäre ihr repräsentativer Charakter entschieden auszudehnen (»Ausländer«-Wahlrecht, Senkung des Wahlalters, Familienwahlrecht u. ä.).

Zweitens: Der aktuelle Globalisierungsdiskurs ist zwar ganz wesentlich von einer propagandistischen Begründung der Deregulierung, des Lohn- und Sozialdumpings sowie beschleunigter Privatisierung gekennzeichnet, doch kann es keinen Zweifel daran geben, daß die Globalisierung gesellschaftlicher Reproduktion, die Entfesselung der internationalen Finanzmärkte sowie die weltweiten Informationssysteme und der globale Kulturkommerz machtvolle Realitäten sind. Wenn die *Crossover-Erklärung* von 1996 vor »Hoffnungen auf eine neue »Weltgesellschaft« oder »Weltregierung« und auf die Entwicklung »transnationaler Regime« warnte, so muß das hinsichtlich illusionärer Vorstellungen sicherlich ernst

»Wir sehen durchaus, daß die Welt-Problematik eigentlich von allen Seiten zugleich angepackt werden muß. Dennoch ist es sinnvoll, ja geradezu notwendig, an einer Stelle in das Dickicht einzudringen, an der es ein Durchkommen auch ohne neue Ethik oder Bewußtseinswandel der Regierenden und ihrer Wähler gibt. Bei der Effizienzrevolution handelt es sich um eine solche strategisch wichtige Methode, einen Weg freizuschlagen, dem heute alle Menschen folgen können.«
Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins und L. Hunter Lovins: Faktor vier, München 1995, S. 239.

»Die Gesellschaft heute ist also Weltgesellschaft, aber diese zeichnet sich durch den Mangel an Gesellschaftlichkeit aus. Weltgesellschaft ist ökonomische Wirklichkeit und soziale Schimäre zugleich.«
Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 53.

Wolf-Dieter Narr und Roland Roth verwiesen auf die Notwendigkeit, die globalen Inkongruenzen zu überwinden, deren enorme humane Kosten und den kräftig beförderten Stau von Aggressionen abzubauen. »Darum bedarf es selbstverständlich überregionaler, ja globaler Einrichtungen ... Alle translokalen und transnationalen Einrichtungen sind indes nur dann im menschenrechtlich demokratischen Sinne effektiv, wenn es gelingt, pyramidal von unten nach oben zu demokratisieren; wenn die überregionalen Institutionen öffentlich kontrollierbare Prozeduren wählen; wenn es gelingt, den weltweiten Kapitalismus demokratisch – im wörtlichen Sinne – zu domestizieren. ... Sonst ist der Pyrrhussieg des Kapitalismus, soweit dies gegenwärtig beurteilt werden kann, nicht aufzuhalten. Dieser Kapitalismus besiegt ein Land, genauer eine Welt, die den Lebensraum der Menschen ausmacht.« Wolf-Dieter Narr, Roland Roth: Wider die verhängnisvolle Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative, in: PROKLA, Heft 103, 26(1996) 2, S. 310f.

»Diese Multidimensionalität sozialer Konflikte steht zwar in engem Zusammenhang mit den Klassenverhältnissen, produziert aber zugleich das, was man »neue Unübersichtlichkeit« nennt, und eben keine deutliche

genommen werden. Aber wirtschaftlich, technisch, kulturell, ökologisch und nicht zuletzt sozial haben wir es mit einer Entwicklung zu tun, die wesentliche Züge einer *ökonomischen Weltgesellschaft* ohne adäquate politische Institutionen aufweist. Die berechtigte Warnung vor Illusionen darf daher nicht einhergehen mit einer Unterschätzung der bedrängenden Notwendigkeit internationaler politischer und demokratischer Regulierung.

Vergleichbar ist dieser Prozeß mit dem Überschreiten lokaler und der Herausbildung nationaler Märkte im sozial unregulierten »Manchesterkapitalismus«. Während der aber mit dem Staat einen Rahmen vorfand, in dem die Arbeiterbewegung und das liberale Bürgertum die partielle soziale Einhegung des Kapitalismus (Verbot der Kinderarbeit, Zehn- und Achtstundentag, Tarifverträge, gewerkschaftliche und betriebliche Rechte, Sozialversicherungssysteme, Sozialstaats-elemente) sowie politische Reformen durchsetzen konnten (politische und individuelle Rechte, allgemeines und gleiches Wahlrecht, Schritte zur Gleichberechtigung der Frauen, Rechtsstaatlichkeit, moderne Gewaltenteilung), so fehlen in solcher politischer Raum international ebenso wie (weitgehend) durchsetzungsfähige internationale Subjekte für solche Kämpfe und die dafür erforderlichen Institutionen. Angesichts herrschender Liberalisierungsstrategien droht daher sogar, daß der Manchesterkapitalismus über die globale »Standort«-Konkurrenz in die Nationalstaaten zurückkehrt. Doch es geht um mehr, als diesen Rückfall zu verhindern.

Wolfgang Thierse und Ernst Ulrich von Weizsäcker stellten in der SPD-Grundwertekommission ein Memorandum zur Debatte, in dem sie die Gefahr beschrieben, daß die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens im Begriff sei, »den erreichten Stand in der Machtbalance zwischen Ökologie und Politik wieder zurückzuschrauben«¹³. Abgesehen davon, daß diese Aussage eher untertrieben ist, kann ich ihrer folgenden Forderung nur zustimmen: »Die in der Globalisierung liegende Tendenz zu extrem ungerechter Güter- und Privilegienverteilung im eigenen Lande und weltweit kann nicht hingenommen werden.«¹⁴ Die Autoren bezogen sich – was heute in der SPD schon hohen Seltenheitswert hat – auf das Berliner Grundsatzprogramm von 1989, wonach die »freie Marktwirtschaft« immer neu die Fortentwicklung zur »sozialen Marktwirtschaft« und demokratische Kontrolle brauche, und stellten fest: »Nach wie vor bedarf es einer dem »freien Markt« widerstehenden, auf sozialen Zusammenhalt und Ausgleich zielenden Politik – nur der Maßstab für sie hat sich verändert, er ist eben global geworden.«¹⁵ Leider läßt sich in der Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wenig Aktivität in dieser Richtung ausmachen.

Drittens: Neoliberale Politik und daraus resultierende außerordentlich tiefgreifende Veränderungen der Sozialstrukturen und kulturellen Milieus haben eine qualitativ neue soziale Ausdifferenzierung der Gesellschaft zur Konsequenz. Auch die beiden großen Kirchen stellten in ihrem *Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland* fest: »Die traditionelle Sozialkultur ... hat sich an vielen Stellen aufgelöst.«¹⁶ Der österreichische Sozialdemokrat

Erwin Lanc sprach gar von »gesellschaftlicher Atomisierung«¹⁷. Soziale Lagen in der Bevölkerung, auch innerhalb gleicher Klassen, werden differenzierter, heterogener und noch stärker als in der Vergangenheit von politischen und kulturellen Einflüssen »überformt«. Die Konsequenzen dieser hier nicht erläuterten Prozesse sind sowohl für die Herausbildung und Sammlung der Subjekte gesellschaftlicher Wandlungen als auch für die Kommunikations- und Demokratiefähigkeit der Gesellschaft kompliziert.

Die »Ausdifferenzierungen und Abschottungen«¹⁸ machen die Dringlichkeit einer Demokratisierung der Demokratie, politischer Innovation und der Realisierung der Einheit politischer und individueller sowie sozialer und kollektiver Menschenrechte zusätzlich deutlich. Sie verlangen eine Weiterentwicklung und Ausgestaltung demokratischer Institutionen, auch unter dem Gesichtspunkt, Gesellschaftlichkeit und gesellschaftliche Kohäsion unter den neuen sozialen und kulturellen Bedingungen zu bewahren.

Ich halte diesen neuen Demokratisierungsprozeß für entscheidend, um die krisenhafte Reformblockade aufzubrechen und soziale und kulturelle Desintegration zu überwinden. Dabei geht es erstens um die Wiedergewinnung der bestehenden demokratischen Institutionen, zweitens um die Implementierung neuer sowie drittens um die demokratisch-emanzipatorische Durchdringung sozialer, kultureller, ökologischer und antipatriarchaler Wandlungsprozesse überhaupt. Diese Aufgabe ist geschichtlicher Natur.

Es ist eine groteske Vorstellung, Demokratie stelle ein ein für allemal abgeschlossenes Gebäude von Institutionen dar, deren Bewahrung allein schon Demokratie sichern würde. Das ist – darauf verweist Dahrendorf – falsch und gefährlich. Für das 18. Jahrhundert war im wesentlichen selbstverständlich, daß eine Demokratie, die auf dem allgemeinen Wahlrecht der Repräsentanten basiert, nur eine Demokratie der Besitzbürger sein könne, die Steuern zahlten, weil Politik in der Verfügung über Steuern bestehe. Die allgemeine Wehrpflicht und vor allem die Verallgemeinerung des Arbeitsmarktes als wichtigste soziale Integrationsform der Bürger sowie die emanzipatorischen Kämpfe der Arbeiterbewegung und des Sozialliberalismus haben diese Vorstellung von Demokratie völlig überholt. Das allgemeine Wahlrecht, die Rolle der Parteien, die Stellung moderner Interessenorganisationen, wichtige Schritte zur rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau usw. waren Resultate massiver sozialer und politischer Kämpfe, die die Durchsetzung von kapitalistischer Marktwirtschaft, industrieller Revolution und Nationalstaat begleiteten.

Es ist entweder heuchlerisch oder sehr naiv anzunehmen, daß die Auflösung der früheren nationalen Einheit von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen im Rahmen eines Nationalstaates durch die heutige Globalisierung und durch die Veränderungen, die sich mit den neuen technologischen Revolutionen vollziehen, demokratisch gestaltet werden könnte, ohne daß auch dieses Mal ein Umbau der demokratischen Institutionen erfolgt. *Das Ausbleiben dieses Umbaus ist der Weg in die Verwandlung der gegenwärtigen demokratischen Institutionen zu Scheinformen, die längst und undemokratisch getroffene Entscheidungen nur noch abzusegnen*

Klassenkonfrontation. Diese Situation macht erklärbar, warum es gegenwärtig allenfalls möglich ist, für begrenzte Ziele jeweils kleinere Teile der Bevölkerung zu aktivieren, massenhafte Mobilisierungen für umfassendere Protestaktionen oder gar gesellschaftliche Veränderungen kaum möglich erscheinen.«
Dietmar Wittich, in: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, a.a.O., S. 223.

»Es gibt Zeiten, in denen soziale Konflikte und ihre wissenschaftliche Erörterung einen fundamentalen oder konstitutionellen Charakter annehmen. Da geht es dann nicht nur um die Ausweitung des Wahlrechts oder die Verbesserung der Rentenversicherung, sondern um den Gesellschaftsvertrag selbst. Das war im achtzehnten Jahrhundert der Fall ...; es gilt am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wieder. In solchen Zeiten stehen die Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft selbst zur Diskussion.«
Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994, S. 49.

»Die formalen Kriterien – Meinungsbildung in den Parlamenten, Entscheidung in den gewählten Gremien – werden erfüllt. Aber diese Betrachtung ist vordergründig. Denn immer mehr wird die wirkliche Entscheidung in Gesprächsrunden verlegt, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind: Kontaktgespräche, Parteiengespräche, Koalitionsrunden, Klausurtagungen, Bund-Länder-Koordinationsgremien, Expertenrunden und und und.«
Herbert A. Henzler, Lothar Späth: Sind die Deutschen noch zu retten?, München 1993, S. 167.

Es ist sicherlich richtig, aber es greift auch viel zu kurz, wenn die Grundwertekommission der SPD feststellt: »Die Chance, in der Gesellschaft Gehör und Unterstützungsbereitschaft dort zu finden, wo Opfer und Einschränkungen für das Gemeinwohl notwendig sind, läßt sich nur einlösen, wo Parteien das Risiko der Wahrheit nicht scheuen.« Grundwertekommission der SPD: Ermutigung zur Politik. Gesellschaft in der Krise, o.O. 1993, S. 47.

hätten. Eine Bestätigung dieser Einschätzung läßt sich übrigens auch im konservativen Lager finden.

Eines der offensichtlichsten Probleme ist die unter den Stichworten »Sachzwang«, »Globalisierung« oder auch »Finanzkrise« stattfindende Degradierung des Bundestages, der Länderparlamente und Kommunalvertretungen in die Exekutive der Deutschen Bundesbank bzw. die angemaßte Herrschaft der Europäischen Zentralbank über das Design der europäischen Integration.

Verbreitet werden demokratisch legitimierte Entscheidungsebenen zu Vollstreckern nichtdemokratisch erzeugter Entscheidungen, die in Gestalt von »Sachzwängen« daherkommen. Und umgekehrt gibt es für wichtige Entscheidungen keine demokratisch legitimierte Entscheidungsgremien oder sie werden systematisch entmachtet, da jede Demokratisierung auf der jeweiligen Ebene natürlich immer auch eine Machtfrage, eine Frage der (Neu)Verteilung von Macht ist.

Die neoliberale »Politik der Sachzwänge« blockiert demokratische Politik strukturell. Parteienverdrossenheit, die Krise gesellschaftlicher Großverbände und die Lähmung gesellschaftlicher Debatten und Bewegungen sind Folgen dieser Situation. Die Entfernung der heutigen Demokratie von den Betroffenen hat aber eine noch weit darüber hinaus gehende Qualität. Insbesondere die neuen sozialen Probleme verlangen eine radikale Veränderung der Grundlagen der Demokratie.

Zum einen stellt die ökologische Frage einen sozialen Antagonismus in der Zeit dar. Wir leben auf Kosten zukünftiger Generationen, die im gegenwärtigen demokratischen Prozeß nicht vertreten sind. Jeder demokratische Mechanismus fehlt, der die Interessen jener machtvoll zur Geltung bringen könnte, die von der Gefährdung ihrer Lebensgrundlagen durch die derzeitige Politik und Wirtschaftsweise betroffen sein werden.

Zum anderen bildet die strukturelle Unterentwicklung der Länder des Südens (richtiger: der in struktureller Unterentwicklung gehaltenen Länder) einen sozialen Antagonismus im globalen Raum. Obwohl die dort lebenden Menschen – die Mehrheit der Menschheit – direkt von den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in den Metropolenstaaten betroffen und in nicht geringem Maße dominiert werden, sind sie über die (national-staatliche) Definition der Bürgerrechte aus diesen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Schließlich verliert der Arbeitsmarkt zunehmend seine Integrationskraft. Immer mehr Menschen fallen aus dem Arbeitsprozeß heraus und sind für die Mehrheitsgesellschaft offensichtlich bedeutungslos und ihr gegenüber machtlos. Der Umbau der Demokratie muß daher darauf gerichtet sein, Institutionen zu schaffen, die solche Interessen zur Geltung bringen, aushandelbar machen und Druck auf Entscheidungen ausüben, die gegenwärtig außerhalb der aktuellen Interessen der mächtigsten Nationalstaaten und ihrer Wirtschaftsorganisationen, Großbanken, Konzerne usw. liegen.

Eine so verstandene Demokratisierung der Demokratie würde in der Tat die von Werner Weidenfeld vorhergesehene »Gründerzeit« für eine Reform der politischen und insbesondere der demokratischen

Institutionen von weltgeschichtlichem Ausmaß verlangen. Sie müßte zweifelsohne mächtige Widerstände jener überwinden, die von der neoliberalen Entdemokratisierung profitieren. Denn von Demokratisierung ging immer ein egalitäres Moment aus und entschied darüber, welche demokratischen Institutionen durchlaufen werden müssen, und in welchem Maße sie der öffentlichen Aushandlung unterliegen. Ohne es hier ausführen zu können, sei darauf verwiesen, daß Demokratisierung direkt Macht- und Eigentumsfragen berührt und unerläßliche Bedingung sozialer und ökologischer Reformalternativen ist. Das um so mehr, als die schwierigen, äußerst weitreichenden, komplexen und zunächst möglicherweise oft auch unpopulären sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen ohne die umfassende Einbeziehung der Betroffenen scheitern werden.

Zudem reicht eine aufklärerische Position nicht aus, die darauf hinweist, daß es gar nicht so sehr um Verzicht und Wohlstandsverringerung, sondern um eine andere, nachhaltige Wohlfahrt und um kulturellen und kommunikativen Reichtum menschlichen Lebens geht. Vielmehr sind Selbstbeteiligung und Selbstentscheidung durch die Bürgerinnen und Bürger die Hauptwege einer ›neuen Aufklärung‹ und damit zur Veränderungsbereitschaft.

Grundprinzipien einer neuen Demokratisierung der Gesellschaft müssen

- a) die wesentlich erweiterte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der jeweils Betroffenen und ihrer Organisationen;
- b) die entschiedene Ausdehnung direkter Demokratie;
- c) die Institutionalisierung von neuen (mächtigen) Gegenmächtigen und
- d) die Wiedergewinnung bzw. Verteidigung der repräsentativen Demokratie und die Erweiterung ihrer Grundlagen sein.

Die Entwicklung der Demokratie von der Basis her ist selbst aber nicht nur eine dringend notwendige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie, sondern wohl auch die eigentliche Chance, deren Krise zu überwinden. Eine differenzierte Aufgabenverteilung zwischen den beiden demokratischen Grundformen wäre dabei selbstverständlich erforderlich, wenn nicht die eine zerstört werden oder die andere weitgehend wirkungslos bleiben soll.

Es gibt keinen Grund, die jeweiligen Probleme zu unterschätzen. *Direkte und repräsentative Demokratie verhalten sich nicht widerspruchsfrei zueinander und können durchaus eine Gefährdung füreinander sein, wenn das beiderseitige Verhältnis nicht wohl abgewogen ist.* Direkte Demokratie ist auch kein Allheilmittel gegen die gegenwärtige Krise der Politik, schon gar nicht eine Garantie für die Durchsetzung progressiver, z.B. ökologischer, Positionen. Sie muß einhergehen mit neuen Informationsrechten und -möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und einer sich verändernden politischen, zivilgesellschaftlich geprägten Kultur.

Es ist geradezu nicht zu begreifen, daß weder PDS noch Bündnisgrüne und SPD in den ostdeutschen Bundesländern in der Lage oder nicht willens sein sollen, weitgehende Mitsprachemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene durchzusetzen.

Einer der ersten erfolgreichen Bürgerentscheide nach dem Erfolg der Initiative »Mehr Demokratie für Bayern« am 1. Oktober 1995 ging beispielsweise von der Münchner CSU für den bis dahin von der »rot-grünen« Mehrheit verhinderten Stadtautobahnbau aus. Der Sieg der Initiative gegen die seit Jahrzehnten mit absoluter Mehrheit regierende CSU zeigt jedoch, welche Möglichkeiten auch heute bereits für Bemühungen um eine Weiterentwicklung des politischen Systems bestehen.

Ebenso müssen Schritte zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Demokratie, zur Entwicklung des Föderalismus, zur Regionalisierung innerhalb der EU, zur Demokratisierung der Europäischen Union etc. miteinander und mit der Notwendigkeit in Übereinstimmung gebracht werden, Gesellschaftlichkeit wiederherzustellen gegen gesellschaftliche Segmentierung. Schließlich müssen auch betriebliche Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie so entwickelt werden, daß dabei kein wirtschaftsfremder Dirigismus à la Staatsozialismus entstehen kann, vor allem aber ökonomische Macht mit demokratischer Kontrolle konfrontiert wird. Es ist tragisch, daß gegenwärtig die Diskussion über Wirtschaftsdemokratie noch schwächer ist als die über konkrete Demokratisierungsprozesse überhaupt.

Fritz Vilmar definiert den Begriff »Wirtschaftsdemokratie« als »... Inbegriff aller ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind.«

Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie, a.a.O., S. 4.

Zusammenfassung für die Internetpräsentation:

In seinem Essay plädiert André Brie nachdrücklich für drei unerläßliche Erfordernisse: 1. Die Notwendigkeit, basisdemokratische Elemente prinzipiell zu erweitern, 2. die Notwendigkeit, emanzipatorische, zivilgesellschaftliche Formen der Partizipation, den Citoyen, wesentlich zu stärken und 3. dafür, die repräsentative, parlamentarische Demokratie zu verteidigen, sorgsam zu hüten und sie zurückzugewinnen. »Der Streit um und der Streit für eine entschiedene Demokratisierung der Demokratie muß endlich beginnen und zentraler Bestandteil aktueller Reformvorstellungen und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen werden.«

Nach Ansicht von Fritz Vilmar haben wirtschaftsdemokratische Strukturen und Verfahren für die drei wesentlichen Inhumanitäten kapitalistischer Ökonomie – für die »Existenzunsicherheit, psychophysisches Arbeitsleid und Fremdbestimmung, und zwar auf der Makroebene der Volks- bzw. Europawirtschaft, auf der Mesoebene der Unternehmensleitungen und auf der Mikroebene des einzelnen Betriebes und des Arbeitsplatzes«¹⁹ – Lösungen zu finden. Schon 1960 hatte der damalige IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner die Ziele eines solchen Konzepts formuliert: Auf der Makroebene: eine vollbeschäftigte Kreislaufwirtschaft; auf der Mesoebene: demokratische Kontrolle und Partizipation in der Unternehmenspolitik; auf der Mikroebene: partizipative Gestaltung des Arbeitsprozesses.²⁰ Seine jüngste Konkretisierung hat der Begriff der Wirtschaftsdemokratie »durch die Zielbestimmung der Umweltverträglichkeit, als ökologische Wirtschaftsdemokratie«²¹ gefunden. Leider ist Vilmar Recht zu geben, wenn er feststellt, daß die politökonomische Entwicklung der achtziger und neunziger Jahre, »abgesehen von vereinzelt Fortschritten hinsichtlich partizipativer Formen des Managements und der Arbeitsorganisation (Gruppenarbeit) sowie bei der Arbeitszeitverkürzung, eher Rückschritte gebracht (hat), vor allem im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts (>Deregulierung<) und in Gestalt eines substantiellen Abbaus des gemeinwirtschaftlichen Sektors«²².

Es ist dringlich, daß die Linke dem Diskurs über die Wirtschaftsdemokratie und ihrer praktischen Durchsetzung neues Leben einhaucht. Was Bourdieu als »Wiedereroberung der Demokratie« bezeichnet, ist offensichtlich weit mehr als die Wiedergewinnung bereits einmal erreichter demokratischer Verfaßtheit der Gesellschaft. Vieles wird geistig oder in künftigen politischen Entscheidungsprozessen verworfen werden, bisher Ungedachtes in den Vordergrund treten.

Ich will lediglich noch einmal mit Nachdruck auf drei unerläßliche Erfordernisse verweisen: 1. Die *Notwendigkeit, basisdemokratische Elemente prinzipiell zu erweitern*, 2. die *Notwendigkeit, emanzipatorische, zivilgesellschaftliche Formen der Partizipation, den Citoyen, wesentlich zu stärken*, 3. die *repräsentative, parlamentarische Demokratie zu verteidigen*, sorgsam zu hüten und sie zurückzugewinnen. Der Streit um und der Streit für eine entschiedene Demokratisierung der Demokratie muß endlich beginnen und

zentraler Bestandteil aktueller Reformvorstellungen und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen werden. Neoliberale Deregulierung oder radikale Demokratisierung – das ist alles andere als eine Zuspitzung dieser Frage.

- 1 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin 1998, S. 26f.
- 2 Daniela Dahn: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996, S. 194.
- 3 Neues Deutschland, 29.4.1999.
- 4 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, a.a.O., S. 155.
- 5 Werner Weidenfeld: Die neue demokratische Frage, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts, Berlin 1996, S. 11.
- 6 Lothar Späth, in: Stern, 23/98, S. 33.
- 7 Vgl. Wolfgang Luthardt: Probleme und Perspektiven direkter Demokratie in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14/97, S. 13-22.
- 8 Günther Rüter (Hrsg.): Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?, Baden-Baden 1996.
- 9 Vgl. aus jüngster Zeit: Günther Rüter (Hrsg.): Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie ..., a.a.O.; Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt, a.a.O.; Wolfgang Gessenharter: Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 50/96, S. 3-13; Karlheinz Niclaß: Vier Wege zur unmittelbaren Bürgerbeteiligung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14/97, S. 3-13.
- 10 Wolfgang Schäuble: Weniger Demokratie wagen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. September 1996.
- 11 Steffen Heitmann: »Gespaltene Identität aufgezwungen« (Interview), in: Neues Deutschland vom 5. März 1997.
- 12 Vgl. BUND und Misereor (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland, Basel 1996, S. 377-386.
- 13 Der »freie« Markt und die mühsam erkämpfte Demokratie, in: Frankfurter Rundschau vom 26. September 1997.
- 14 Ebenda.
- 15 Ebenda.
- 16 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Gemeinsame Texte 9, Hannover/Bonn 1997, S. 5.
- 17 Erwin Lanc: Aus Nehmern der Vergangenheit müssen die Geber der Zukunft werden (Interview), in: Neues Deutschland vom 1./2. Februar 1997.
- 18 Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 222.
- 19 Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik. Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1999, S. 4.
- 20 Vgl. ebenda, S. 5.
- 21 Ebenda, S. 4.
- 22 Ebenda, S. 25.

MICHAEL WOLF

Modernisierungshemmnis Wohlfahrtsstaat?

Michael Wolf – Dr. rer.pol.,
Sozialwissenschaftler am
Institut für Soziologie der
Freien Universität Berlin;
zuletzt in »UTOPIE kreativ«:
»Systemtransformation und
Wandel des Reproduktions-
systems der Arbeitskraft«
(Heft 72, Oktober 1996).

*Zur schiefen Entgegensetzung von Globalisierung und Sozialpolitik
– Vorüberlegungen*

Wert und Unwert des Wohlfahrtsstaats waren stets politisch umstritten. Den einen, seinen Gegnern, ging er zu weit, den anderen, seinen Befürwortern, nicht weit genug. Kritik an ihm ist nichts Neues, sie hat ihn seit seinen Anfängen begleitet, gehört, mal mehr, mal weniger radikal und forte artikuliert, also sozusagen naturgemäß zu seiner Entwicklung dazu. Auch derzeit wird er wieder mit voller Lautstärke einer Fundamentalkritik unterzogen, deren Kern sich ausmachen läßt in dem Vorwurf, der Wohlfahrtsstaat sei nicht nur Ursache für den Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sondern gefährde auch die erforderliche Anpassung an die veränderten neuen weltwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse. Allgemeiner formuliert wird also behauptet, der Wohlfahrtsstaat stelle ein Innovations- und Modernisierungshemmnis dar, er zahle gewissermaßen »Prämien gegen den sozialen Wandel« (Bühl).

Von dieser Sicht abweichend, sollen im folgenden Überlegungen präsentiert werden, die Sozialpolitik nicht als Hemmnis, sondern als Voraussetzung sozialen Wandels begreifen, worunter hier Modernisierungsprozesse innerhalb von Gesellschaftssystemen verstanden werden. Fluchtpunkt der Überlegungen ist die zu plausibilisierende These, daß ohne eine sozialpolitische Flankierung das politische Projekt der Globalisierung nur unter Inkaufnahme leistungsmindernder Effekte wird realisiert werden können. Hierzu sind zunächst mit ein paar einleitenden allgemeinen Bemerkungen zu sozialem Wandel und Globalisierung die Konturen des untersuchten Gegenstands zu umreißen. Im Anschluß daran wird auf das Verhältnis von Globalisierung und Sozialpolitik etwas näher eingegangen und deren schiefe Entgegensetzung thematisiert. Sodann werden im nächsten Schritt einige der Folgeprobleme der Globalisierung erörtert, so daß darauf aufbauend ein Blick auf die Typen von Globalisierungsbetroffenen geworfen werden kann. Auf dieser Grundlage wird dann anschließend mit weiteren Argumenten die These über die Sozialpolitik als *eine* der Erfolgsbedingungen von Globalisierung zu erhärten versucht, wobei allerdings die Frage, ob und wem die Zielsetzungen des Globalisierungsprojekts per se als wünschenswert erscheinen, hier nicht diskutiert werden soll, da sie für die Erläuterung des Problems, Sozialpolitik als Grundlage für den Erfolg gesellschaftlicher Steuerung, von untergeordneter Bedeutung ist. Beschlossen werden die Ausführungen mit einem

Beim vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete und geringfügig erweiterte Fassung des Manuskriptes zu einem Vortrag, der an der Fachhochschule Potsdam, Fachbereich Sozialwesen, gehalten wurde. Die vorgetragenen

Ausblick auf eine in funktionaler Hinsicht durchaus mögliche, in normativer Hinsicht aber keineswegs gutzuheißende Entwicklung.

Stichwort ›Globalisierung‹

Viele der professionellen Beobachter von Gesellschaft stimmen darin überein, daß das, was sich heute vor unseren Augen abspielt, einen neuen historischen Entwicklungsabschnitt einleitet, der höchst wahrscheinlich weit umfassender, tiefgreifender und bedeutsamer ist als die mit dem Begriff der industriellen Revolution bezeichneten Umwälzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Um die im Entstehen begriffene neue soziale Ordnung zu beschreiben, sind die unterschiedlichsten Begriffe geprägt worden. So ist unter anderem von der Informationsgesellschaft, der Dienstleistungsgesellschaft oder der Wissensgesellschaft die Rede. Manche sehen sich in Ermangelung angemessener Kategorien dazu veranlaßt, mit dem Präfix ›post‹ gebildete Komposita wie ›postindustrielle Gesellschaft‹ oder ›Postmoderne‹ einzuführen, um die Wandlungsprozesse zu beschreiben. Noch mangelt es an theoretisch gehaltvollen Gesellschaftsdiagnosen, und auch die empirisch identifizierbaren Indikatoren des Wandels sind nur höchst bruchstückhaft vorhanden. Gleichwohl scheint unter den akademischen Auguren zumindest darin Übereinstimmung zu bestehen, daß die Faktoren, die derzeit einen nachhaltigen Einfluß auf den sozialen Wandel ausüben, auf verschiedenen Ebenen zu lokalisieren sind. So gilt gegenwärtig die Globalisierung als der wohl wichtigste Einflußfaktor auf der wirtschaftlichen Ebene; auf der politischen Ebene ist es der mit der Globalisierung einhergehende schleichende Souveränitäts- und Autonomieverlust des Nationalstaats; auf der sozialen Ebene die zunehmende Individualisierung und Pluralisierung von Lebenslagen und Lebenswegen; und auf der kulturellen Ebene ist es die Verabschiedung von den als »Meta-Erzählungen« (Lyotard) bezeichneten Versuchen der Theoretisierung geschichtlicher Prozesse.

Im folgenden werde ich mich vornehmlich auf die Modernisierungsprozesse beziehen, die auf der ökonomischen Ebene unter dem Stichwort ›Globalisierung‹ stattfinden, und dabei der Frage nachgehen, ob der Wohlfahrtsstaat respektive die Sozialpolitik nicht gerade eine wichtige Voraussetzung für Globalisierung ist, statt, wie umgekehrt immer behauptet wird, ein Modernisierungshemmnis. Glaubt man nämlich dem herrschenden politischen Diskurs, so ist der Wohlfahrtsstaat respektive die Sozialpolitik die Wurzel aller die Ökonomie plagenden Übel. Aus diesem Grunde wird denn auch unter der Signatur der Globalisierung von allen etablierten politischen Parteien ein radikaler Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen gefordert, allerdings häufig ohne klarzulegen, was denn nun konkret unter Globalisierung verstanden wird.

›Globalisierung‹ fungiert in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen vielfach als Schlüsselbegriff für etwas gänzlich Neues, noch nie Dagewesenes. Diese Auffassung ist zwar nicht völlig falsch, aber auch nicht völlig richtig. Denn das, was gemeinhin ›Globalisierung‹ genannt wird, nämlich die zunehmende Verflechtung ökonomischer Aktivitäten in Form der Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten, ist welthistorisch betrachtet

Überlegungen entstammen einem Kontext, in dem anhand der Untersuchung der Entstehung, Dynamik und Funktionsweise wohlfahrtsstaatlicher Institutionen in den ehemaligen real-sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas am Beispiel des Aufbaus von Arbeitslosensicherungssystemen unter anderem der Frage nachgegangen wird, ob soziale Teilhabe in Form sozialer Sicherung eine Voraussetzung für eine stabile ökonomische Modernisierung im Sinne der Etablierung kohärenter marktwirtschaftlicher Strukturen ist. Um den Text, wiewohl er auch auf Arbeiten anderer aufbaut, nicht mit Literaturverweisen und Fußnoten zu überfrachten, wird hier nur auf wenige Schriften verwiesen. Sie bieten (a) dem interessierten Leser eine erste Orientierung über den Zusammenhang von Globalisierung, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Wohlfahrtsstaat und geben (b) Auskunft über Arbeiten, von denen die Überlegungen angeregt und theoriestrategisch beeinflusst worden sind: ad a) Borchert, J. et al. (Red.): *Standortrisiko Wohlfahrtsstaat? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 1*, Opladen 1997; Rieger, E./Leibfried, S.: *Die sozialpolitischen Grenzen der Globalisierung*, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4, 1997, S. 771-796; ad b) Vobruba, G.: *Jenseits der sozialen Fragen. Modernisierung und Transformation von Gesellschaftssystemen*, Frankfurt/M. 1991; Vobruba, G.: *Kritische Theorie und Sozialpolitik. Politische Soziologie der Gesellschaftskritik*, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Heft 2, 1999, S. 33-51.

»Globalisierung stellt sich ... als ein höchst komplexer Vorgang der In- und Außerwertsetzung geographischer Räume und der diese bestimmenden Handlungszusammenhänge sozialer Akteure und stofflich-materieller Gegebenheiten, der räumlich-geographischen wie der räumlich-funktionalen Expansion und Neustrukturierung sowie der Überlagerung und Durchdringung funktioneller Räume mit verschiedenen governance-Strukturen dar. Im Unterschied zur Internationalisierung ökonomischer Prozesse via grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel und darauf bezogenen Dienstleistungsströmen sowie Geld- und Finanztransaktionen meint Globalisierung die funktionale Integration nationaler ökonomischer Räume ...«

Kurt Hübner: Der Globalisierungskomplex, Berlin 1998, S. 145.

keineswegs neu, sondern hat seinen Ausgangspunkt im Europa des 16. Jahrhunderts, von wo aus sich allmählich eine arbeitsteilige Weltwirtschaft entwickelte, innerhalb deren sich die nationalen Volkswirtschaften nur noch auf bestimmte Ausschnitte in der Palette wirtschaftlicher Aktivitäten konzentrierten und – unter Aufrechterhaltung der politischen Bande des Nationalstaats – ihr Potential über den internationalen Handel ergänzten. Es ist aber auch nicht so, daß die derzeitigen Veränderungen lediglich eine Fortführung früherer Globalisierungsprozesse darstellen. Charakteristisch für die heutige Situation ist, um nur zwei Aspekte herauszugreifen, erstens das Überwinden von Raum und Zeit auf der Basis der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, wodurch weltumspannende ökonomische Aktivitäten in ›Echtzeit‹ möglich werden. Und zweitens ist die Gewichtsverlagerung im Verhältnis von Ökonomie und Politik zu nennen, bei der letztere zunehmend zur abhängigen Variablen ersterer degradiert wird und die dadurch zustande kommt, daß die weltweite Entgrenzung der Wirtschaftsräume den noch immer als Nationalstaat verfaßten und damit nach innen gerichteten Wohlfahrtsstaat zwingt, sich in einen nach außen gewandten »Wettbewerbsstaat« (Hirsch) umzuwandeln. Daß von einer solchen Entwicklung Sozialpolitik im Sinne eines die Verteilung von Lebenschancen bewirkenden staatlichen Handelns nicht unberührt bleiben kann, liegt auf der Hand. Damit stellt sich die Frage, wie der Zusammenhang von Globalisierung, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Wohlfahrtsstaat respektive Sozialpolitik aufgefaßt wird.

Globalisierung oder Sozialpolitik

Bezieht man sich auf quantitativ ausgerichtete empirische Studien, ist es schwierig, eine eindeutige Antwort auf diese Frage zu geben, da diese Studien bislang keine oder zumindest keine nennenswerten Auswirkungen der Globalisierung auf den Wohlfahrtsstaat glauben nachweisen zu können. In analytisch-theoretischer Perspektive stellt sich die Beantwortung der Frage nach dem Zusammenhang von Globalisierung und Sozialpolitik allerdings anders dar, weil hierbei nicht ›Wahrheit‹, sondern Plausibilität angestrebt wird für eine bestimmte Möglichkeit der Beobachtung des unterstellten Zusammenhangs. Außerdem ist zu beachten, zumindest mit Blick auf die hier zu belegende These, daß nicht die Globalisierung an sich handlungswirksam ist, sondern wie die von ihr Betroffenen sie wahrnehmen und deuten. Denn die Frage, ob die Globalisierung auf den Wohlfahrtsstaat ›wirklich‹ nennenswerte Auswirkungen hat oder nicht, ist insofern eine rein akademische, als es in praxi darum geht, ob und inwieweit der Prozeß der Globalisierung von den politischen Akteuren wahrgenommen und zur Legitimation von Restrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Sozialpolitik herangezogen wird. Es wird, mit anderen Worten, hier also vom weithin geteilten Thomas-Theorem ausgegangen, wonach eine Situation, wenn Akteure sie als real definieren, sie dann auch in ihren Folgen real ist. Dies führt zu der Frage, wie denn der Zusammenhang von Globalisierung und Sozialpolitik von den handelnden Protagonisten gesehen wird.

Es gibt seit den frühen siebziger Jahren eine Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten, die es Unternehmen erlaubt, ihren ökonomischen Aktivitäten weltweit dort nachzugehen, wo es für sie am kostengünstigsten ist, wobei ihnen als Kosten in erster Linie Steuern, Sozialabgaben und Löhne gelten. Die Mobilität des Kapitals hat auf diese Weise unter den Nationalstaaten zu einem Standortwettbewerb um die Ansiedlung von inter- bzw. transnational operierenden Unternehmen geführt. Wer sich an diesem Standortwettbewerb nicht beteiligt, der riskiert, sein Territorium in eine ökonomische Brache ohne Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Zukunft zu verwandeln. Und wer sich beteiligt, der muß bieten, was die Unternehmen suchen: eben niedrige Steuern, Sozialabgaben und Löhne. Es wird, mit anderen Worten, also von den Protagonisten behauptet, aufgrund der internationalen Konkurrenz um Standortvorteile sei die Senkung der Steuern, Sozialabgaben und Löhne das politische Gebot der Stunde.

Gegen den so beschriebenen Zusammenhang läßt sich eine Reihe von begründeten Einwänden vorbringen, die durchweg darauf fußen, daß die vorgebrachte Kritik am Wohlfahrtsstaat wenigstens in zweierlei Hinsicht zu kurz greift. Es ist eine höchst einseitige Sicht eines komplexen Sachverhaltes, wenn erstens die Kosten von Sozialpolitik betont und der Nutzen übersehen wird und wenn man zweitens auch nur die wirtschaftlichen, nicht aber die politischen und sozialen Aspekte von Sozialpolitik thematisiert. Wer Sozialpolitik ausschließlich als Kostenfaktor und Standortnachteil bewertet, wie es in der Globalisierungsdebatte beziehungsweise der Debatte um die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland wiederholt geschehen ist und immer noch geschieht, der sieht nur die manifeste, die Reproduktion von Arbeitskraft sichernde Funktion von Sozialpolitik und erfäßt damit nicht deren latente Funktion, das heißt ihren über den ökonomischen Nutzen hinausgehenden »gesellschaftlichen Zusatznutzen« (Vobruba). Daß Sozialpolitik beides ist, eben nicht nur Problemerzeuger und Kostenverursacher, wie deren Kritiker durchaus zu Recht bemerken, sondern auch Problemlöser und Nutzenstifter, das bleibt bei einer solch einseitigen Sichtweise außen vor.

So wird zum Beispiel der mikroökonomische Aspekt außer acht gelassen, daß Sozialpolitik zur Aufrechterhaltung und Qualifizierung des Arbeitsvermögens beiträgt. Oder es wird der makroökonomische Aspekt nicht in Rechnung gestellt, daß sie via Einkommenssicherung an der Stabilisierung der Konsumgüternachfrage und damit der konjunkturellen Entwicklung teilhat. Und es wird ebensowenig gesehen, um auch einen außenwirtschaftlich bedeutsamen Aspekt zu benennen, daß ein hohes und durch ausgebaute korporative Strukturen arrondiertes wohlfahrtsstaatliches Leistungsniveau Weltmarktoffenheit fördert. Es erlaubt nämlich als funktionales Äquivalent für außenwirtschaftlichen Protektionismus selbst kleineren Ländern, man betrachte zum Beispiel nur Österreich, Schweiz, Norwegen und Schweden, flexibel auf Veränderungen des Weltmarkts zu reagieren, ohne auf Importverbote oder andere Formen von Außenhandelsbeschränkungen zurückgreifen zu müssen.

»In der kapitalistischen Globalisierung gelangen die Gesetze des Marktes zur Entfaltung. Das Kapital offenbart seine von Marx benannte Tendenz zur Totalität ... (...) Kapitalistische Globalisierung bewirkt also einen grundlegenden Prozeß der Auflösung bestehender sozialer und politischer Regulationskomplexe und ihre funktionale Subordination unter die Reproduktionsstrukturen des Kapitals. (...) Als prominentestes Opfer kapitalistischer Globalisierung erscheint der europäische Sozial- und Wohlfahrtsstaat.«
Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und europäisch-kapitalistische Regulation, Münster 1997, S. 19.

»Definieren läßt sich der Begriff der Globalisierung ... im Sinne einer Intensivierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte ein solcher Weise miteinander verbunden werden, daß Ereignisse an einem Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen, und umgekehrt. Dies ist ein dialektischer Prozeß, denn solche lokalen Ereignisse können in eine Richtung gehen, die der Richtung der sie prägenden weit entfernten Beziehungen entgegengesetzt verläuft. Die örtliche Umgestaltung gehört nicht weniger zur Globalisierung als die laterale Verbreitung sozialer Beziehungen über Raum und Zeit hinweg.«
Anthony Giddens: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt/M. 1995, S. 85f.

»Wenn aber die deutschen Arbeitnehmer im Durchschnitt von der Globalisierung profitieren, wenn die deutschen Unternehmer von der Globalisierung profitieren, dann gilt dies über das Umverteilungssystem in Deutschland für alle Einwohner. Durch die höheren Einkommen der Besitzer von Kapital und Humankapital sind die Abgaben an den Fiskus höher, und die Beiträge zur Sozialversicherung höher. Und so kann der Sozialstaat alle mit höheren Leistungen beglücken. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Lebensstandard der Geringverdiener in Deutschland höher wäre, wenn mangels der Vorteile der Globalisierung für die Durchschnittseinkommen die Staatseinnahmen und die Einnahmen der Sozialversicherung wesentlich niedriger wären als heute. Wenn durch Globalisierung in Deutschland mehr Ungleichheit entstanden sein sollte, dann nicht dadurch, daß die Einkommen der Geringverdiener abgenommen, sondern dadurch, daß die Einkommen der Gutverdiener zugenommen haben.«
C. Christian von Weizsäcker: Logik der Globalisierung, Göttingen 1999, S. 53.

Globalisierungsfolgen

Die nutzenstiftende Funktion von Sozialpolitik hat aber, wie gesagt, nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische und soziale Dimension. Und es sind gerade diese beiden Momente, die oftmals von den Kritikern des Wohlfahrtsstaats ausgeblendet oder für prinzipiell belanglos erachtet werden, obwohl sie von enormer Bedeutung sind für den erfolgreichen Verlauf der Globalisierung, die – auch wenn es vielen so erscheinen mag – kein naturwüchsiger Prozeß ist, sondern ein interessenpolitisch motiviertes politisches Projekt. Die politische und soziale Bedeutung erschließt sich wohl am besten, wenn man zunächst einen Blick auf einige der bereits eingetretenen oder erwarteten Folgeprobleme der Globalisierung wirft, deren sich Politik anzunehmen hat, will sie das ›Projekt Globalisierung‹ nicht in Gefahr bringen.

Unterstellt man, daß die durch die Globalisierung bewirkte und mit ihr legitimierte Strategie der Kostensenkung zur Anpassung an den internationalen Standortwettbewerb konsequent fortgeführt wird, so hat dies, sich zum Teil gegenseitig bedingende, politische und soziale Folgen. Zum ersten steht zu befürchten, daß aufgrund der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der faktischen Hinfälligkeit zwischenstaatlicher Grenzen für Geld- und Warenkapital einerseits und der dadurch bedingten wachsenden Mobilität des Kapitals andererseits der staatliche Zugriff auf steuerliche Ressourcen geschwächt wird. Dies kommt de facto einer Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik gleich. Und es bedeutet für den national verfaßten Wohlfahrtsstaat eine Unterminierung seiner steuerlichen Grundlage. Zum zweiten wird der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Stabilitätsproblemen des Wohlfahrtsstaats über den Arbeitsmarkt hergestellt. Denn die nahezu unbeschränkte Möglichkeit der Produktionsverlagerung ins Ausland führt zu einer Veränderung in der internationalen Arbeitsteilung, die sich in Form von Arbeitsplatzverlusten manifestiert und die inländischen Arbeitskräfte unter weltweite Lohnkonkurrenz setzt. Es spricht einiges dafür, daß durch den Verlust an Arbeitsplätzen und damit an Einkommen zusätzliche soziale Probleme verursacht werden. Werden diese Probleme aber sozialpolitisch aufgefangen, konterkariert dies die eingeschlagene Strategie der Kostensenkung durch Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, werden sie jedoch nicht aufgefangen, beschneidet sich Politik die eigenen legitimatorischen Anpassungskapazitäten.

Wenn diese nur andeutende Skizze der politischen und sozialen Folgeprobleme der Globalisierung zutrifft, dann stellt sich die Frage, was die verschiedenen, von der Globalisierung in dieser oder jener Weise betroffenen Akteure dazu veranlassen sollte, das politische Projekt der Globalisierung wenn schon nicht aktiv mitzutragen, so doch wenigstens passiv hinzunehmen, und auf welche Weise Politik hierbei zweckdienlich zu intervenieren vermag.

Globalisierungsbetroffene

Allgemein formuliert, läßt sich sagen, der »Schatten der Zukunft« (Axelrod) muß hinreichend lang, also die Bedeutung der Zukunft im Verhältnis zur Gegenwart so groß sein, daß die Betroffenen

erkennen können, daß das Warten auf die Zukunft sich für sie positiv auszahlen kann. Dahinter steht die auf der Entstehung und Entwicklung moderner Gesellschaften fußende Beobachtung, daß gesellschaftliche Modernisierungsprojekte, mithin auch das Projekt der Globalisierung, auf der einen Seite zum Teil erhebliche Kosten verursachen, die von den Betroffenen unter Umständen als höchst schmerzvoll erfahren werden. Denn sie sind immer auch Prozesse der Reorganisation der Ökonomie, was in aller Regel eine Reallokation von Produktionsfaktoren bedeutet, woraus sich eben auch veränderte Beschäftigungschancen und -risiken ergeben. Auf der anderen Seite aber sind gesellschaftliche Modernisierungsprojekte – zumindest langfristig – für die überwiegende Mehrheit der von ihnen Betroffenen mit Vorteilen verbunden, zum Beispiel in Form allgemeiner Wohlfahrtssteigerung. Mit anderen Worten: Es gibt, insgesamt gesehen, bei Modernisierungsprozessen einen Positivsaldo von Gewinnen und Verlusten, die aber – dies kann auch gar nicht anders sein – sozial und zeitlich ungleich verteilt sind. Denn gäbe es kurzfristig nur Verluste, wäre die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Modernisierungsprozessen wegen der Ungewißheit der langfristigen Gewinnaussichten höchst gering.

Der Blick auf den Umstand, daß die Gewinne und Verluste sozial und zeitlich ungleich verteilt sind, kann helfen, unterschiedliche Typen von Modernisierungsbeteiligten zu identifizieren. So kann man grob vereinfachend sagen, daß es sowohl kurzfristige Gewinner und Verlierer als auch langfristige Gewinner und Verlierer gibt. Allerdings ist dies eine sehr statische Betrachtung, da der Status des Gewinners beziehungsweise des Verlierers nicht ein für allemal festgeschrieben ist, sondern sich im Zeitablauf verändern kann. Eine dynamische, die Zeitdimension einbeziehende Betrachtung fördert hingegen unterschiedliche Gewinner- und Verliererkarrieren zutage, die man in einem Vier-Felder-Schema darstellen kann.

Auszahlung Zeithorizont	Gewinn	Verlust
kurzfristig	● I ●	● II ●
langfristig	● III ●	● IV ●
	A C	B D

Typ A (I III): Kurzfristige Gewinner werden zu langfristigen Gewinnern; zu diesem Typ gehören jene Akteure, die die neuen, durch die Modernisierung gebotenen Chancen sofort nutzen können und deswegen den Modernisierungsprozeß vorantreiben.

Typ B (I IV): Kurzfristige Gewinner werden langfristig zu Verlierern; zu diesem Typ gehören jene Akteure, die die neuen Chancen zwar zu nutzen vermögen, aber ihre Gewinnerposition nicht dauerhaft stabilisieren können.

»Die Internationalisierung oder Globalisierung geht ... vom Nationalstaat aus und kann folglich nur zum Aufeinanderprallen der Nationalstaaten führen. Globalisierung ist (nach Hilferding) politisches Projekt des ›Finanzkapitals‹ ... (...) Heute hingegen – und dies ist ebenfalls neu an der Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts – ist Globalisierung gleichbedeutend mit Deregulierung und daher mit einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten gegenüber den Marktkräften. (...) Der entscheidende Unterschied des globalen im Vergleich zum internationalen System ist die durch die globale Konkurrenz erweiterte Handlungslogik der Akteure. (...) Der Globus ist raum- und zeitkompakt ... geworden, und darin besteht das eigentlich Neue der Globalisierung am Ende des 20. Jahrhunderts.«
Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 36, 37, 38, 42.

»Ein hohes Niveau sozialer Sicherheit ist von nun an für ein Land nur noch tragbar, solange daraus ein zusätzlicher Wettbewerbsvorteil entsteht, der größer ist als die Kosten dieser sozialen Sicherung.«
Michel Albert: Kapitalismus contra Kapitalismus, in: Dirk Messner (Hg.): Die Zukunft des Staates und der Politik, Bonn 1998, S. 111.

»Was verloren geht, ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als der historische Bezugsraum der Demokratie.«

Lothar Brock: Staatenwelt, Weltgesellschaft und Demokratie, in: Dirk Messner (Hg.): Die Zukunft des Staates und der Politik, Bonn 1998, S. 56.

Typ C (II III): Kurzfristige Verlierer werden langfristig zu Gewinnern; zu diesem Typ gehört mutmaßlich die Mehrheit der Akteure, für die sich allerdings das Problem stellt, wie sich ihre Bereitschaft und Fähigkeit zum Warten auf die in der Zukunft liegenden Gewinne aufrechterhalten läßt.

Typ D (II IV): Kurzfristige Verlierer werden zu langfristigen Verlierern; zu diesem Typ gehören jene Akteure, denen es weder zu Beginn noch im späteren Verlauf des Modernisierungsprozesses gelingt, die neuen Chancen zu nutzen, so daß sich ihnen die Frage stellt, was sie dennoch zur Hinnahme der Modernisierung motivieren könnte.

Fragt man nun vor diesem Hintergrund nach den Erfolgsvoraussetzungen von Modernisierungsprojekten, so ist – wenn davon ausgegangen wird, daß Menschen nicht bloß Objekte oder Opfer des sozialen Wandels, sondern auch Akteure sind – hier vor allem folgender Aspekt von Bedeutung. Da individuelle Akteure eine Gegenwartspräferenz besitzen und dazu neigen, Optionen in der entfernter gelegenen Zukunft gegenüber aktuellen Ereignissen abzuwerten, könnten die Akteure vom Typ C und D, also die kurz- wie langfristigen Modernisierungsverlierer, versuchen, Widerstand gegen das Projekt zu mobilisieren und damit – zumindest in demokratisch verfaßten Gesellschaften – die Realisierung des Projekts erheblich erschweren, unter Umständen sogar blockieren. Denn sie haben als Wähler die Möglichkeit, von ihrem Stimmzettel Gebrauch zu machen und den politischen Entscheidungsträgern, also jenen, die in ihren Augen die Verantwortung für die nachteiligen Modernisierungseffekte tragen, fernerhin die Legitimation zu entziehen.

Was hier generell für Prozesse der Modernisierung behauptet wird, gilt selbstverständlich auch für den Kontext der Globalisierung. Allerdings existieren diesbezüglich zwei Besonderheiten, die die Vetoposition der Globalisierungsverlierer verstärken. Zum ersten ergibt sich das beträchtliche politische Gewicht der Globalisierungsverlierer aus den Koalitionen von Kapital und Arbeit in den Verliererbranchen. Grundlage für das Zustandekommen derartiger Koalitionen ist ihr gemeinsames Interesse an der Erhaltung ihrer gemeinsamen Einkommensquelle, das heißt ›ihres‹ Unternehmens, dessen Existenz infolge des grenzüberschreitenden Standortwettbewerbs gefährdet ist. Zum zweiten besteht aufgrund der doch erheblichen numerischen Größe der sogenannten ›Versorgungsklassen‹, das heißt den Dauerbeziehern von sozialpolitischen Transfers wie zum Beispiel Rentnern, eine erhöhte parteipolitische Aufmerksamkeit für deren Lebenslage, die ebenfalls durch die globalisierungsbedingten Anpassungszwänge nationaler Haushalts- und Finanzpolitik gefährdet wird. Beide Momente zusammen können die Basis zur Bildung einer neuen Verteilungskalition werden, die ihren Ausdruck in einer gemeinsamen, quer zu herkömmlichen Konfliktlinien stehenden Interessenlage findet, welche gegen die negativen Verteilungswirkungen der Globalisierung gerichtet ist.

Wenn diejenigen, die die Kosten der Modernisierung zu tragen haben, sich also in einer Vetoposition befinden, von der aus sie ein Projekt wie das der Globalisierung zu Fall bringen können, das,

»Die erste Welle nationaler Deregulierungen erzwingt eine zweite Welle transnationaler Regulierungen. Damit wird aufgewertet, was in den achtziger Jahren abgewertet wurde: Staat und Politik. Erforderlich ist das pure Gegenteil neoliberaler Dekonstruktion, nämlich starke Staaten, damit transnationale Marktregulierungen nicht innen und außen durchgesetzt werden können.«

Ulrich Beck: Weltbürger aller Länder, vereint euch!, in: Die Zeit, Nr. 30/1998, S. 43.

wie angenommen werden kann, langfristig für fast alle Beteiligten Gewinne erwarten läßt, so ergibt sich hieraus für die Politik ein Steuerungsproblem. Dieses besteht darin, daß es den politisch verantwortlichen Entscheidungsträgern gelingen muß, die divergierenden Zeithorizonte von kurzfristigen Globalisierungskosten und langfristigem Globalisierungsnutzen so miteinander zu vermitteln, daß es möglich wird, den Zeithorizont unmittelbarer Interessen zu überschreiten, ohne diese selbst zu ignorieren.

Akteurstheoretisch gewendet heißt dies, die politischen Entscheidungsträger haben die institutionell gegebenen Lebensbedingungen und die damit verknüpften Interessen derer mit zu berücksichtigen, auf die sich die Steuerungsabsichten von Politik richten, und deren Hinnahmefähigkeit in puncto Globalisierung konstitutiv ist für eine erfolgreich und ohne größere Reibungsverluste verlaufende Steuerung. Wenn, mit anderen Worten, das Steuerungsproblem also darin besteht, wie sich der Widerstand derer abwehren läßt, die sich als Verlierer der Globalisierung wännen, dann muß man diesen, wenn man sie schon nicht direkt zu Globalisierungsgewinnern machen kann, politisch die globalisierungsbedingten Kosten erträglich machen und Ersatz bieten.

Globalisierung und Sozialpolitik

Dies ist die Schnittstelle zur Sozialpolitik, an der sich zeigt, wie schief die Entgegensetzung von Globalisierung und Sozialpolitik tatsächlich ist. Denn genau hier tritt mit aller Deutlichkeit zutage, daß Sozialpolitik geradezu als *eine* entscheidende Erfolgsbedingung für die Globalisierung gesehen werden muß, und zwar deswegen, weil sie bei der Lösung des beschriebenen Steuerungsproblems eine hilfreiche Rolle spielen kann. Doch wie lassen sich die durch die Globalisierung bedingten Kosten der Verlierer politisch entschärfen? Man darf aufgrund historischer Erfahrungen – jüngstes instruktives Beispiel ist etwa die Transformation Ostdeutschlands – vermuten: Indem man den Globalisierungsprozeß sozialpolitisch flankiert und es den Verlierern dieses Prozesses entweder ermöglicht, die Erfolge der Globalisierung abzuwarten, oder sie für die Nachteile, die ihnen durch die Globalisierung entstehen, auf die eine oder andere Weise individuell entschädigt. Das heißt im Falle der Verlierer vom Typ C, also derer, die zuerst verlieren und dann gewinnen, daß man diese mit Maßnahmen unterstützt, die a) ihren Einkommensstatus einigermaßen sichern, b) ihre Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft erhalten und die c) der Weiterqualifizierung ihres Arbeitsvermögens dienen. Im Falle der Verlierer vom Typ D, also der dauerhaften Verlierer, heißt dies, daß man ihnen Kompensation anbietet und Alternativen zu abhängiger Erwerbstätigkeit eröffnet, etwa in Form von Rechtsansprüchen auf arbeitsmarktexterne Einkommen. Sozialpolitik knüpft auf diese Weise an der prinzipiell zu unterstellenden Bereitschaft der Träger der Globalisierungskosten an, Verstöße gegen ihre Interessen hinzunehmen und von der unmittelbar eigennützigen Interessenverfolgung im längerfristigen eigenen Interesse abzusehen. Hierbei wird die Hinantstellung der Verfolgung der Interessen in der Gegenwart mithin als Vorleistung, als eine Investition in eine bessere Zukunft,

»Die Globalisierung bringt ... einen ungleichen Reichtumszuwachs hervor: Sie führt zu einer ungleichen Einkommensverteilung, macht die Gesellschaft insgesamt aber reicher ... Eine Gesellschaft, die ›frei‹ über ihr Steuersystem verfügt, würde den Weg der Globalisierung wählen. Diejenigen, deren Einkommen sich verdoppelt, müßten nur (mindestens) eine halben Franc an die ›Globalisierungsverlierer‹ abtreten, und jeder käme auf seine Kosten.«
Daniel Cohen: Fehldiagnose Globalisierung, Frankfurt/M. 1998, S. 162.

»Globalisierung folgt keinem Automatismus, der ohne Anstrengung Wohlstand für alle brächte. Aber sie ist auch keine von dunklen Mächten ausgelöste Welle, die alles Bekannte und Bewährte mit sich fortreibt und Chaos hinterläßt. Es gibt nicht die Gewinner und die Verlierer, wie Kritiker behaupten. Wenn die positiven Effekte der Globalisierung erkannt und ihre Chancen richtig genutzt werden, können Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher davon profitieren.«
Herbert A. Henzler: Europa ist der Testfall, in: Der Spiegel, 25/1999, S. 140.

»Was heute noch richtig ist, muß es morgen schon lange nicht mehr sein. Die Menschen suchen nach Stabilität und Planbarkeit. Eine solch bewahrende, behütende Funktion eines nationalen Unternehmens wird aber in Zukunft keine Konstante mehr sein können. Das schafft Unsicherheit. Aber man darf nicht vergessen, daß gerade Deutschland aus der Globalisierung extreme Vorteile zieht. (...) Keine Frage: Von der Globalisierung profitieren alle. Unsere Volkswirtschaften, die Länder Mittel- und Osteuropas sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer. Allen bietet sich die Chance für mehr Wachstum, mehr Wohlstand und mehr Einkommen.«
 Debis-Vorstandschef
 Klaus Mangold in: Neue Zürcher Zeitung vom 21. Januar 1999.

»Eine kleine Minderheit steigt in die Welt von Nike, Sony oder Volkswagen auf, für den großen Rest bleibt dieses Ziel für immer unerreichbar. Der massenhafte Ausschluß aus dem Paradies erzeugt tiefe Abwehr und die Sehnsucht nach Identität und Gemeinschaft. So bestellt der Trend zur globalen Annäherung gleichzeitig den Boden für ethnische, religiöse und andere Fundamentalismen aller Art.«
 Harald Schumann: Das Jahrhundert des Kapitalismus. Die Globalisierung, in: Der Spiegel, 25/1999, S. 132.

interpretiert. Die Bereitschaft zum als notwendig akzeptierten Interessenaufschub ist freilich nicht nur eine Frage der Wahrnehmung und Deutung der eigenen Situation, sondern ebenso eine Frage der Größe der zu überbrückenden Zeitspanne und deren materieller Unterfütterung. Denn das Warten auf die in der Zukunft liegende ›Erntezeit‹ muß man sich ersteinmal leisten können.

Und eben dies ist der Ansatzpunkt von Sozialpolitik, da sie via Rechtsanspruch auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen eine Situation schafft, in der die Betroffenen Globalisierung nicht als eine unvermittelte Gefährdung ihrer Lebenslage wahrzunehmen brauchen, weil sie die erforderliche materielle Sicherheit gewährleistet und damit auch jene Erwartungssicherheit herstellt, die den Globalisierungsverlierern stabile und längerfristig orientierte Handlungsstrategien ermöglicht. Indem Sozialpolitik derart die von der individuellen wirtschaftlichen Lage bestimmten Anpassungszwänge mildert, trägt sie bei der Globalisierungsopposition zur Herstellung von Akzeptanz in puncto Globalisierung bei. Auf diese Weise wird der durch die Globalisierung verursachte Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern, Gewinnern und Verlierern transformiert von einem politischen Gegeneinander in ein technisch zu behandelndes Nacheinander. Allgemein formuliert, besteht der Nutzen der Sozialpolitik für die Globalisierung demzufolge in einer doppelten Abschirmung: Auf der einen Seite schirmt sie das ökonomische System gegenüber den systemfremden wohlfahrtsstaatlichen Anforderungen ab und auf der anderen Seite die Individuen partiell gegen Systemzwänge, wodurch gesamtgesellschaftlich Leistungssteigerungen ermöglicht werden.

Ausblick

Wenn in den vorstehenden Ausführungen nach dem Nutzen der Sozialpolitik für die erfolgreiche, und das meint hier die möglichst friktionslose, Realisierung des Projekts der Globalisierung gefragt wurde, so heißt dies, Sozialpolitik im Hinblick auf die Lösung bestimmter Probleme zu untersuchen. Wie aber jeder weiß, können Probleme so oder auch anders gelöst werden, sie müssen im Bedarfsfall nur gelöst werden. Hieraus folgt, daß die politischen Entscheidungsträger sich im Falle des von ihnen mitbetriebenen gelungenen Abbaus des Wohlfahrtsstaats mit der Frage nach den funktionalen Äquivalenten von Sozialpolitik zu befassen haben werden. Welche Antworten sie werden geben können, ist zwar nicht beliebig, aber unbestimmt. Gleichwohl läßt sich, wirft man einen Blick jenseits des Atlantiks, eine Vorstellung davon gewinnen, welcher Preis unter Umständen auch hierzulande für wohlfahrtsstaatliche Abstinenz zu zahlen wäre. Am Beispiel der Vereinigten Staaten vermag man nämlich zu der Erkenntnis zu gelangen, daß dem Verzicht auf ein Minimum an sozialpolitisch hergestellter sozialer Integration die Kriminalisierung und Pönalisierung von Armut und Elend korrespondiert. Es gehörte, ganz in der Tradition Franz von Liszts, zum liberalen Credo in der Kriminalpolitik, daß diese durch Sozialpolitik zu ersetzen sei. Das scheinen manche heute wohl genau umgekehrt zu sehen.

ROBERT B. REICH

Für einen Wohlstand in Gerechtigkeit

Das Dilemma

Vor uns liegt eine große Herausforderung: soziale Gerechtigkeit und Solidarität zu schaffen in einer Welt, in der Kapital sich mit der Geschwindigkeit elektronischer Impulse bewegt und in der ein Teil der wertvollsten Leistungen – Softwareentwicklung, Musik, Unterhaltung, Design, Konstruktionsarbeit, Rechts-, Finanz- und Beratungsdienstleistungen – sich fast ohne Zeitverlust im Cyberspace bewegen können. Technologie und Globalisierung sind nicht mehr zu trennen, wenn das je möglich gewesen sein sollte. Die Fortschritte bei der Telekommunikation – darunter Satelliten, Glasfaserkabel und das Internet – machen jetzt aus allen Unternehmen, allen Institutionen und allen Gemeinschaften Netzwerke von Menschen, die ihre Aktivitäten nicht mehr über Bürokratien, sondern über Bits und Bytes koordinieren können. Dies findet jetzt statt. Mit jedem Tag beschleunigt sich der Veränderungsprozeß. Wir sind es gewohnt, unser Schicksal im Licht eines Konflikts von Ideologien zu sehen. Vor 1989 gab es den Sowjetkommunismus oder den demokratischen Kapitalismus, und der Sozialismus Schwedens war so etwas wie ein Mittelweg. Jetzt gibt es den amerikanischen Kapitalismus oder die europäische soziale Demokratie alter Prägung, und es ist viel Druckerschwärze verbraucht worden über die Frage, ob es irgendwo dazwischen einen »third way« oder eine »neue Mitte« gibt.

Tatsächlich ist es jedoch keine Frage der Ideologie. Es geht um die Praxis. Auf der einen Seite stehen die Menschen, die von unserer Gesellschaft so viel wie möglich stabilisieren und erhalten wollen, einschließlich der Arbeitsplätze und der gewachsenen Bindungen. Das ist ein ehrenwertes Ziel. Menschen sind keine Bits und Bytes, die durch den Cyberspace rasen. Unsere Identität beruht auf dem, was wir tun, auf unseren Fähigkeiten und Fertigkeiten, auf unserem Wohnort und unserer Lebensweise, auf unserer Familie, im weitesten Sinne, auf unseren Freunden, unseren Nachbarn und unseren Wurzeln.

Das andere Extrem vertreten die, die alle Hindernisse beseitigen wollen, die vielleicht jemanden daran hindern, auf dem Markt für sich das Günstigste herauszuholen, fast völlig ungeachtet der Auswirkungen einer Transaktion auf Arbeitsplätze und gewachsene Gemeinschaften. Margaret Thatcher und Ronald Reagan haben diese Einstellung in Großbritannien bzw. Amerika hoffähig gemacht. Aber ihre gemäßigte Form beruht auf dem klassischen

Robert B. Reich – Jg. 1946,
Politökonom, Prof. Dr.,
Brandeis University,
Arbeitsminister der ersten
Clinton-Regierung

Vortrag anlässlich des
50. Jahrestages des DGB
am 11. Oktober 1999 im
Alten Rathaus München.

»Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und ausreichenden Einkommen gegenüber.«
Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen vom a. o. Bundeskongreß vom 12. bis 14. März 1981 in Düsseldorf

»Es war von Anbeginn das Ziel der Gewerkschaften, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen, seinen gerechten Anteil am Ertrag der Arbeit durchzusetzen, ihn zu schützen und sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht.«

Liberalismus, dem es um die wirtschaftliche ebenso wie um die politische Freiheit ging. Ungeachtet ihres Standorts in diesem Kontinuum sind sich fast alle einig, daß die Politik sich ändern muß, um auf die neue Welt des globalen Wettbewerbs, globaler Kapitalströme und rascher technischer Veränderung reagieren zu können. Aber wie soll die Reaktion aussehen? Die Notwendigkeit des Handelns und der Lösungsfindung hat bei uns allen zu einer kontroversen Diskussion geführt – einer Diskussion über die Gestalt der Zukunft, die wir für uns, für unsere Kinder und für unsere Gesellschaft wollen.

Unser Dilemma – und ich sage »unser«, weil es in den Vereinigten Staaten genauso ein Paradoxon wie in Europa ist – liegt in der Verbindung der Ideale von Gemeinschaft und von Freiheit in einer Zeit, in der moderne Technik und globaler Kapitalismus sie scheinbar unvereinbarer machen als je zuvor.

Jeder Versuch, alles beim alten zu belassen – die alten Arbeitsplätze, die alten Industrien, die alten Gemeinschaften und Institutionen zu bewahren und zu schützen –, wäre äußerst kostspielig und würde ständig kostspieliger werden. Nichttarifäre Handelshemmnisse, Subventionen, Steuervorteile, Kapitalverkehrskontrollen und Sozialabgaben, mit denen das Vorhandene konserviert werden soll, anstatt die Menschen auf das Kommende vorzubereiten, können nicht langfristig aufrechterhalten werden. In der Praxis würden solche Maßnahmen im Bankrott der Gesellschaft und einem Einbruch des Lebensstandards enden. Kapital und Talent werden aus einem solchen Land einfach abwandern.

Andererseits wird ein System, in dem jeder einzelne schutzlos den Stürmen des Marktes ausgeliefert ist, enorme Einkommens- und Vermögensunterschiede und chronische wirtschaftliche Unsicherheit produzieren. Letztlich wäre eine solche Gesellschaft keine Gesellschaft mehr, sondern nur eine Ansammlung von Individuen, die sich allein für das eigene Überleben interessieren.

Die Wahl wird oft wie folgt reduziert: ein Staat kann sich heutzutage entweder für den eindrucksvollen Arbeitsplatzzuwachs und die niedrige Arbeitslosigkeit Amerikas entscheiden oder für die größere Einkommensgleichheit und wirtschaftliche Absicherung Europas.

Im amerikanischen Modell sind Arbeitsplätze und Löhne hochflexibel. Auch gewinnträchtige Unternehmen entlassen ihre Mitarbeiter, wenn sie dadurch ihre Profite weiter maximieren können. Die Löhne bestimmt der Markt je nach Angebot und Nachfrage. Qualifizierte Arbeitskräfte mit den richtigen Verbindungen beziehen immer höhere Einkommen. Wer in der Fertigung Routinearbeiten verrichtet oder persönliche Dienstleistungen erbringt, verdient wenig. Der Staat soll vor allem dafür sorgen, daß alles mit rechten Dingen zugeht, er soll das Privateigentum schützen und Inflation wie Deflation verhindern. Das System schafft in der Tat viele Arbeitsplätze, aber es führt auch zu enormer Ungleichheit und Unsicherheit.

Derzeit läuft die amerikanische Wirtschaft ausnehmend gut. Auch die Menschen, die ganz unten auf der Einkommensleiter stehen, haben bescheidene Einkommensverbesserungen. Aber die

ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen hat alarmierende Ausmaße angenommen. Und wenn die Konjunktur nachläßt – was zweifellos geschehen wird (es gibt sie noch, die Konjunktur) –, dann ist zu befürchten, daß viele Amerikaner in Armut leben müssen.

Im europäisch-sozialdemokratischen Modell gibt es eine bessere Absicherung und weniger Ungleichheit als in Amerika, aber auch eine höhere Arbeitslosigkeit. Hier liegt eine der wesentlichen Aufgaben des Staates darin, den einzelnen vor den Wechselfällen des Marktes zu schützen, insbesondere die Menschen, die keine Arbeit haben.

Das Dilemma liegt darin, daß sich beide Systeme in eine Sackgasse bewegen. In Amerika verschärft sich die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen, und jede wirtschaftliche Sicherheit schwindet. In weiten Teilen Europas steigen die Kosten des Sozialstaates an, und das globale Kapital flüchtet sich dorthin, wo es höhere Renditen erreichen kann.

Was tun? Ich höre recht viel über einen »dritten Weg« oder eine »neue Mitte«, was so klingt, als ob sich die Antwort aus einer Suche nach einem Punkt irgendwo zwischen dem amerikanischen Modell und dem traditionellen sozialdemokratischen Modell ergeben müßte. Arbeitsplätze und Löhne sollen flexibler sein als in Europa, aber weniger flexibel als in Amerika; die Menschen sollen mehr Schutz vor den Marktkräften bekommen als in Amerika, aber weniger, als die europäischen Staaten traditionell geleistet haben.

Es wird unterstellt, daß man nicht zugleich so viel soziale Gerechtigkeit und Stabilität haben kann wie bisher in den Sozialdemokratien und so viel Beschäftigungszuwachs wie in Amerika. Es wird unterstellt, daß man für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa auf ein gewisses Maß an sozialer Gerechtigkeit verzichten müssen. Um in Amerika an sozialer Gerechtigkeit zu gewinnen, muß man auf einen Teil der wirtschaftlichen Vitalität verzichten. Ich lehne diese Alternative ab, und ich hoffe, daß Sie mir zustimmen. Ich sehe keinen Grund, warum wir ein Entweder-Oder akzeptieren sollten. Es ist möglich, Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich in einer gerechten Gesellschaft zu leben.

Die drei Beine des Schemels

Wie erreichen wir das? Auch hier will ich mit meinen Behauptungen bescheiden bleiben, denn ich bin hier nur zu Gast und kann mir nicht anmaßen, daß ich so viel von Ihrer Gesellschaft verstehe, daß ich weiß, was hier funktionieren würde. Aber wenn ich mir Erfolge und Mißerfolge bei uns in den Vereinigten Staaten anschau und meine Beobachtungen aus anderen Teilen der Welt dazunehme, dann meine ich drei wichtige Faktoren für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und zugleich einer gerechten Gesellschaft erkennen zu können.

Ich will die drei Faktoren mit den Beinen eines dreibeinigen Schemels vergleichen. Alle drei sind notwendig. Wenn eines fehlt, kann der Schemel nicht stehen. Und um alle drei Faktoren zu erreichen, müssen alle Bestandteile der Gesellschaft konstruktiv zusammenarbeiten.

Ebenda.

»Das Grundgesetz trifft keine Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung. Das Sozialstaatsgebot fordert aber eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch muß dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Natur-schätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Das Grundgesetz fordert einen sozialen Rechtsstaat. Daraus folgt ein Anspruch aller Arbeitnehmer auf soziale Sicherheit und auf Schutz vor den Wechselfällen des Lebens. Der soziale Rechtsstaat beinhaltet den ständigen Auftrag, nicht die Vorrechte Weniger zu schützen und die bestehenden Machtverhältnisse zu bewahren, sondern durch soziale und gesellschaftliche Reformen die Voraussetzungen für die Entfaltung der Grundrechte aller Menschen zu schaffen.«
Ebenda.

Flexible Unternehmen: Auf das erste Bein des Schemels will ich nicht viel Redezeit verwenden, denn meines Erachtens steht es viel zu sehr im Vordergrund, und die beiden anderen wurden unangemessen vernachlässigt. Ich spreche natürlich von der Flexibilität der Unternehmen. Wie ich schon sagte, haben wir davon sehr viel in den Vereinigten Staaten; Europa hat vergleichsweise viel weniger. Die Arbeitgeber wollen immer mehr Flexibilität, sogar in den Vereinigten Staaten.

Flexible Arbeitsplätze und Löhne sind wichtig, aber die Flexibilität der Unternehmen hat auch viele andere wichtige Aspekte. Beispielsweise sollten die Arbeitgeber von überflüssigen Vorschriften befreit werden, darunter Flächennutzungsvorschriften, die ohne jeden sozialen Nutzen die Innovation ersticken. Kleine und mittlere Unternehmen müssen zu erträglichen Konditionen Zugang zu Kapital erhalten. Banken und anderen Kreditinstituten muß es ermöglicht werden, kleinen Unternehmen schnell Kapital zuzuteilen, und das gilt auch für Interessenten an Kapitalbeteiligungen.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Gründung eines neuen Unternehmens relativ leicht gemacht wird. Auch hier müssen überflüssige Lasten und Hindernisse beseitigt werden. Womöglich gibt es sogar Gründe für steuerliche Anreize und Subventionen zur Förderung von Neugründungen.

Vor allem aber können wir eine gerechte Gesellschaft nicht allein über flexible Arbeitsplätze und Löhne erreichen. Es stimmt zwar, daß diese Flexibilität mit großer Wahrscheinlichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt, aber viele, wenn nicht die meisten dieser Arbeitsplätze dürften relativ schlecht bezahlt sein. Und sie gehen einher mit enormen Unterschieden bei Einkommen und Vermögen sowie zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit. Wenn wir eine gerechte Gesellschaft wollen, die zahlreiche gutbezahlte Arbeitsplätze bereithält und den Kreis des Wohlstandes ausweitet, müssen wir über die Flexibilität der Unternehmen hinausgehen und uns die beiden anderen Beine des Schemels ansehen.

Anpassungs- und reaktionsfähige Arbeitskräfte: Ich will das zweite Bein die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte nennen. Die Menschen müssen dazu befähigt werden, auf gesellschaftliche Veränderungen besser reagieren zu können, ihr Verhaltensspielraum muß erweitert werden. Die Wirtschaft im Umbruch leidet an verschiedenen Unausgewogenheiten, die es den einfachen arbeitenden Menschen erschweren, ihr Potential optimal zu nutzen. Die angebotenen Fertigkeiten entsprechen nicht den nachgefragten Fertigkeiten; die Menschen leben nicht dort, wo neue Arbeitsplätze entstehen; und es gibt die Diskrepanz zwischen dem, was Menschen leisten könnten, wenn sie nur Zugang zu Kapital hätten, und der tatsächlichen Zuteilung von Kapital.

Eine wirkliche Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit würde bedeuten, daß die Arbeitskräfte diese Diskrepanzen überwinden und aus den neuen Chancen das Beste machen können. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Arbeitnehmern das zur Verfügung zu stellen, was sie dazu benötigen. Zuallererst benötigen Arbeitskräfte eine Ausbildung von Weltniveau. Es geht hier nicht nur um Lesen, Schreiben und die Grundrechenarten, sondern auch um das

»Starke Gewerkschaften sind eine Voraussetzung für die Wahrung und Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Macht und dem Einfluß, die die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitsplätze verleiht.«

Sprechen mindestens einer Fremdsprache. Es geht um ein technisches Grundwissen, um ein Verständnis der Grundlagen der Informationstechnologie. Und die Arbeitskräfte müssen lernen, Probleme zu erkennen und zu lösen.

Ebenda.

Das deutsche System der beruflichen Bildung ist zu Recht weltberühmt, und Sie können stolz auf es sein. Ich wäre froh, wenn wir in den Vereinigten Staaten etwas Ähnliches hätten. Gerade von diesem System das Schwergewicht auf generelle Problemlösungsfähigkeiten legt statt auf enggefaßte berufsspezifische Fertigkeiten, wird es zukünftig seinen Wert beweisen. Technologien verändern sich so schnell, daß genau umgrenzte Fertigkeiten in einem bestimmten Arbeitsbereich mit großer Wahrscheinlichkeit binnen weniger Jahre veraltet sein werden. Wir müssen die Menschen lehren, sich anzupassen, in einer Vielzahl von Umfeldern schnell Neues zu lernen.

Mir scheint es auch wichtig, alle bürokratischen Hindernisse zu beseitigen – überflüssige Genehmigungspflichten, Bescheinigungen oder andere Anforderungen, die die arbeitenden Menschen davon abhalten, neue Chancen zu nutzen. Es muß ihnen ermöglicht werden, neue Fertigkeiten für aufstrebende Branchen zu erwerben, die diese dringend suchen, selbst wenn diese Menschen derzeit in einer Branche oder an einem Arbeitsplatz tätig sind, wo diese Fertigkeiten nicht verlangt werden.

Die arbeitenden Menschen sollten jeden verfügbaren neuen Arbeitsplatz schnell annehmen können, sofern sie selbst und der betreffende Arbeitgeber dies wünschen, selbst wenn der Arbeitsplatz sich in einer anderen Branche oder einem anderen Sektor der Volkswirtschaft befindet. Wenn Regelungen und Vorschriften dies erschweren, dann müssen solche Hindernisse beseitigt werden. Ebenso sollten die Unternehmen Neueinstellungen nach Bedarf schnellst- und leichtestmöglich vornehmen können. Die Menschen sollten auch ihr eigenes Unternehmen begründen können. Die Vorschriften sollten sich hier auf ein Minimum beschränken. Hierfür sollten Darlehen mit niedrigen Zinssätzen angeboten werden. Es müßte einen »sekundären« Kapitalmarkt geben, auf dem solche Darlehen zu Wertpapieren gebündelt werden können.

Zur Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit gehört auch die räumliche Mobilität der Arbeitskräfte. Die Menschen müssen jeden Tag schnell und sicher zur Arbeit und zurück kommen, sie brauchen also öffentliche Verkehrsmittel von Weltniveau – funktionierend, sicher und bezahlbar.

Die Menschen müssen ohne Schwierigkeiten in eine andere Stadt oder Region umziehen können, um einen guten Arbeitsplatz anzunehmen. Die regionale Mobilität sollte gefördert werden. Zur Erleichterung des Ortswechsels benötigen die Menschen möglicherweise Wohnzuschüsse. Für die Kinder muß der Schulwechsel erleichtert werden.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, benötigt möglicherweise eine Einkommensversicherung, um neue Chancen ergreifen zu können, selbst wenn diese neuen Chancen anfänglich nicht so viel Geld einbringen wie der alte Arbeitsplatz. Eine Einkommensversicherung könnte beispielsweise für eine befristete Zeit die Hälfte

»Die Unsicherheit der Arbeitsplätze, die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Ungleichheit der Bildungschancen und die Abhängigkeit von Wirtschaftsmacht sind nicht überwunden. Dazu sind weitere Belastungen aus der zunehmenden Verschlechterung der Umweltbedingungen sowie der Intensivierung der Arbeit vor allem durch die an Kapitalinteressen ausgerichtete Anwendung neuer Technologien und neuer Formen der Arbeitsorganisation gekommen.«

Ebenda.

»Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt.«

Ebenda.

der Differenz zwischen dem alten Lohn und dem neuen Lohn erstatten. Eine solche Versicherung ist der Arbeitslosenversicherung zumeist vorzuziehen. Natürlich unterscheiden sich die Gegebenheiten, und ich kann Ihnen hier nicht vorschreiben, was in Deutschland zu tun ist. Aber mir scheint eine bezahlte Arbeit besser als staatlich finanzierte Arbeitslosigkeit.

Für schlechtbezahlte Arbeiten sollten die Löhne subventioniert werden, damit jeder Arbeitsplatz den Lebensunterhalt der Menschen sichern kann. Wenn keine Arbeitsplätze vorhanden sind, für die angemessene Löhne gezahlt werden, dann muß der Staat ausreichend »öffentliche« Arbeitsplätze schaffen, um den Bedarf zu decken. Die Menschen brauchen ebenfalls hochwertige und bezahlbare Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder, und zwar für die gesamte Dauer ihrer täglichen Arbeitszeit.

Noch eine Anmerkung zur Anpassungsfähigkeit. Die arbeitenden Menschen benötigen Sicherheit, um sich verändern zu können und zu wollen. Unsere Gesellschaften können es sich nicht leisten, eine große Zahl nicht arbeitender Menschen zu versorgen. Ein aktiver Staat, der sich darauf konzentriert, die Menschen bei der Verbesserung ihrer Anpassungsfähigkeit zu unterstützen, muß aber auch ein Minimum an Sozialversicherung für die Menschen bereitstellen, die nicht arbeiten können.

Die Maßnahmenliste zur Verbesserung der Anpassungsfähigkeit ist ganz sicher nicht vollständig, und ich strebe sie auch nicht an. Ich bin nicht überzeugt, daß jede einzelne Maßnahme in Deutschland Anwendung finden kann. Wir brauchen jedoch einen aktiven Staat, der den Willen und die Mittel hat, zum Erfolg seiner Menschen in der neuen Volkswirtschaft beizutragen. Halbheiten greifen hier zu kurz.

Angemessene makroökonomische Nachfrage: Das dritte Bein des dreibeinigen Schemels ist die Makroökonomie. Die Zentralbanken sollten eine Geldpolitik betreiben, die so expansiv wie möglich ist, ohne die Inflation anzuheizen, damit die Gesamtnachfrage in der Volkswirtschaft für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ausreicht. Das derzeitige Wachstum in den Vereinigten Staaten beruht größtenteils auf den relativ niedrigen Zinssätzen und der Erleichterung der Kreditvergabe durch das Federal Reserve Board.

Es ist mir klar, daß Sie der Europäischen Zentralbank keine Weisungen erteilen können. Auch das Open Market Committee der amerikanischen Zentralbank ist nicht direkt den demokratischen Institutionen der Vereinigten Staaten rechenschaftspflichtig. Aber bedenken Sie die neue Realität. Wenn eine Gesellschaft sich für flexible Arbeitgeber und anpassungsfähige Arbeitnehmer entscheidet, ermöglicht sie den Zentralbanken eine expansive Geldpolitik ohne Inflationsgefahr.

Inflationsdruck baut sich auf – und Preise beginnen zu steigen –, wenn Ressourcen nicht ohne Schwierigkeiten in die Sektoren, Branchen oder Regionen fließen können, in denen Bedarf besteht. Andererseits bedeuten ungehinderte Ressourcenströme, daß eine Inflationsgefahr abgewandt werden kann.

Eine Volkswirtschaft mit hochmobilen Humanressourcen und Kapital ist deshalb inflationsbeständiger als eine Gesellschaft,

deren Humanressourcen und Kapital schlechter auf Nachfrageänderungen reagieren können. Eine mobilere und anpassungsfähigere Gesellschaft kann eine expansivere Geldpolitik ermöglichen, die die Gesamtnachfrage stärker anregt und so mehr Arbeitsplätze schafft.

Deshalb braucht der Schemel alle drei Beine. Wenn es nur die Flexibilität der Arbeitgeber gibt, und die beiden anderen Beine fehlen, dann entstehen viele schlechtbezahlte Arbeitsplätze und große wirtschaftliche Unsicherheit. Wenn man die ersten zwei Beine hat, aber eine restriktive Geldpolitik, dann schafft man zwar bessere Arbeitsplätze, aber viel zu wenige.

Nur wenn die Zentralbanken den durch die zwei ersten Beine gewonnenen Freiraum nutzen und die Zinsen senken, können die drei Beine sowohl soziale Gerechtigkeit als auch eine nennenswerte Anzahl neuer gutbezahlter Arbeitsplätze tragen.

Die politische Herausforderung

Das hört sich theoretisch ja alles recht gut an. Aber wie kommt man in der politischen Praxis vom jetzigen Zustand zum Ziel? Die Ökonomen kommen uns hier üblicherweise mit der Binsenweisheit, daß eine gesellschaftliche Veränderung weh tun muß, die Menschen werden sich erst ändern, wenn es nicht mehr anders geht. In der volkswirtschaftlichen Theorie mag das stimmen, und vielleicht findet sich sogar eine Grundlage für diese Ansicht in der Verhaltenspsychologie. Die soziale und politische Realität blendet man damit aus.

Die soziale Realität ist, daß die Umstellung für viele Menschen sehr schwer ist. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur finden viele nur mit Mühe eine Arbeit, von deren Ertrag sie auch leben können. Die politische Realität ist, daß die Bürger sich dem Wechsel widersetzen werden, wenn sie befürchten, daß sie den Großteil der Kosten tragen und nur wenig vom Nutzen profitieren werden. Sie werden Schutz suchen und einfordern, und sie werden mit dem Stimmzettel protestieren.

Eine wirkliche Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte setzt erhebliche öffentliche Investitionen und einen aktiven Staat voraus. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, um im notwendigen Umfang die Mittel aufzubringen, mit denen man erreicht, daß die Menschen wirklich anpassungsfähig werden, und mit denen man ihnen das Minimum bietet, das für ihre Zustimmung zum Wechsel erforderlich ist.

Zum einen kann der Staat Geld leihen. Ein hoher Schuldenstand führt jedoch zu Nervosität auf dem Rentenmarkt. Wenn die Kreditgeber und ihre Mittelsmänner glauben, daß ein Kreditnehmer auf zu großem Fuße lebt – sei er nun eine Privatperson oder ein Staat, dann werden die Kreditgeber auf einem Risikoaufschlag bestehen, und entsprechend wird der Schuldendienst anwachsen. Irgendwann werden die Kreditgeber kein Geld mehr bereitstellen. Und die Investoren werden das Land auf der Suche nach besseren Renditen verlassen.

Im Idealfall könnte der Staat deutlich und überzeugend zwischen Kreditaufnahme zur Sicherung der Bequemlichkeit seiner Bürger

»Die Persönlichkeit des Arbeitnehmers und seine Menschenwürde sind auch am Arbeitsplatz zu achten. Seine Arbeitskraft darf nicht als Ware gewertet werden.
...

Das Recht der abhängigen Arbeit ist in einem sozial fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen.

Die Arbeitnehmer haben das Recht auf eine menschenwürdige Arbeit. Die Arbeitsbedingungen haben diesem Grundrecht der Arbeit gerecht zu werden.

Jeder Arbeitnehmer braucht ein Mindestmaß an Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, an körperlichen und geistigen Anforderungen sowie an sozialen Kontaktmöglichkeiten ... «
Ebenda.

und Kreditaufnahme für die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit seiner arbeitenden Menschen unterscheiden. Letzteres wäre kein öffentlicher Konsum, sondern eine öffentliche Investition. Hier müßten sich private Kreditgeber oder Investoren keine Sorgen machen, denn die Volkswirtschaft wird dadurch zukünftig produktiver. Es ist sogar unklug, bei solchen Investitionen im Interesse einer Haushaltsdisziplin geizig zu sein. Der vernünftigste Ansatz ist eine Verringerung des privaten und öffentlichen Konsums und ein Zuwachs bei den privaten und öffentlichen Investitionen.

Bedauerlicherweise pflegen Kreditgeber Politikern nicht zu glauben. Sie nehmen vielmehr an, daß ungeachtet ihrer Reden Politiker das Geld dafür ausgeben werden, daß die Menschen mit ihrer momentanen Situation zufrieden sind, statt sie anpassungsfähiger zu machen. Solange die Kreditgeber der Politik in diesem Punkt nicht vertrauen, und solange die Politik hier nicht vertrauenswürdiger wird, wird der Staat Haushaltsdefizite reduzieren müssen, um das Vertrauen der Kreditgeber zu gewinnen.

Damit bleibt nur noch eine Alternative für die Aufbringung der erforderlichen Mittel, die wohlhabenderen Mitglieder der Gesellschaft müssen einen angemessenen Teil der Verantwortung übernehmen. Ich weiß nicht, wie reich die reichsten 5 oder 10 oder 20 Prozent der Deutschen sind, aber in den Vereinigten Staaten geht es den oberen Schichten ausnehmend gut. Die meisten Börsengewinne der 90er Jahre sind an sie geflossen. Sie können es sich nicht nur leisten, in die Anpassungsfähigkeit ihrer Mitbürger zu investieren, es liegt auch in ihrem Interesse. Jeder profitiert, wenn alle Bürger anpassungsfähiger und somit produktiver sind.

Die politische Realität ist natürlich weniger klar. Bevor sie sich von einem Teil ihres ständig wachsenden Einkommens trennen, werden die Wohlhabenden sich wehren. Sie werden ihr Vermögen außer Landes schaffen. Oder ihr politischer Einfluß reicht aus, um jede zusätzliche Belastung abzuwenden.

Um die Mittel zusammenzubringen, die den Wechsel denen genehm machen, die ihn fürchten, und um diese Menschen sicher in die neue Volkswirtschaft zu bringen, müssen die führenden Politiker einen neuen Gesellschaftsvertrag aushandeln zwischen denen, denen es gut geht, und denen, denen es nicht gut geht.

Die Wohlhabenden müssen sich darauf einlassen, einen Teil ihrer Einnahmen darauf zu verwenden, daß jeder für den Übergang von der alten Volkswirtschaft zur neuen gerüstet ist und eine Arbeit finden kann, von der man ordentlich leben kann. Im Gegenzug kann von jedem, der dazu körperlich in der Lage ist, erwartet werden, daß er arbeitet und so seinen Teil des Kontrakts erfüllt. Und die Geldhüter, die wegen der anpassungsfähigeren Arbeitskräfte mit weniger Inflation rechnen müssen, sollten die kurzfristigen Zinsen senken. Infolge dieses Gesellschaftsvertrages wird die Volkswirtschaft produktiver. Der Wohlstand der Wohlhabenden wird ebenso zunehmen wie der der anderen.

Die Frage muß ausdrücklich gestellt werden – nicht nur als wirtschaftliche Entscheidung, sondern auch als moralische. Die eine Möglichkeit ist die Fortsetzung der derzeitigen Entwicklung. Wenn Amerika auf seinem jetzigen Weg weitergeht, dann wird es mit

»Die Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich ist zu verwirklichen. Dazu sind in Bund und Ländern sowie auf regionaler Ebene paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber besetzte Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten. Die(se) Grundsätze der wirtschaftlichen Mitbestimmung sind nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in der Europäischen Gemeinschaft zu verwirklichen. Darüber hinaus sind Regelungen für multinationale Unternehmen anzustreben, die diesen Grundsätzen entsprechen und eine sozial verpflichtete Unternehmenspolitik sichern.«

immer größerer Ungleichheit und wirtschaftlicher Unsicherheit leben müssen. Wenn Deutschland auf seinem jetzigen Weg weitergeht, dann wird es mit immer höherer Arbeitslosigkeit und rasch sinkendem Lebensstandard rechnen müssen, wenn das Kapital abwandert. Aber Amerika und Deutschland können auch einen anderen Weg wählen.

Der neue Weg ist nicht einfach ein Kompromiß zwischen aktivem und passivem Staat, zwischen Erstarrung und Flexibilität in der Wirtschaft. Zu ihm gehört ein eindeutig aktiver Staat, der allen Bürgern den Übergang in die neue globale Wirtschaft erleichtert. Er investiert in Menschen und er fordert von den Menschen eigene Investitionen in die Zukunft. Nur dieser Weg führt zu größerem Wohlstand und zu einem Wohlstand, an dem alle teilhaben können.

Der Staat muß seinen Bürgern die Wahlmöglichkeiten klar und verständlich erläutern. Hierbei haben die Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Sie sind die direkte Verbindung zu den arbeitenden Menschen. Sie müssen die Botschaft weiterleiten und den neuen Vertrag aushandeln helfen. Und sie müssen verlangen, daß alle Mitglieder der Gesellschaft einen Teil ihrer Mittel in einen gemeinsamen Bestand einbringen, damit jeder die Chance bekommt, es zu etwas zu bringen.

Die Gewerkschaften in unseren Ländern vertreten oder sprechen für die Teile der Gesellschaft, die vom technischen Wandel und der Globalisierung in besonderem Maße betroffen sind. Es ist nur natürlich, daß die Gewerkschaften sich um die Sicherheit für ihre Mitglieder bemühen. Aber eine langfristige Sicherheit kann durch die Konservierung der Vergangenheit oder auch der Gegenwart nicht erzielt werden. Die Kräfte der Veränderung sind zu stark. Die Kosten der Erhaltung sind zu hoch, und sie steigen weiter an. Langfristige Sicherheit kann in Wirklichkeit nur durch ein Akzeptieren des Wandels erreicht werden, aber in einer Weise, die jedem den Übergang vom Alten zum Neuen leicht macht.

Nur ein solches Ideal kann Quelle einer wirklichen politischen Bewegung sein. Machen wir uns nichts vor: Von einer politischen Bewegung sprechen wir – einer Bewegung, die sich auf Gleichheit, Zukunftsperspektiven und soziale Gerechtigkeit gründet, einer Bewegung, die den neuen Realitäten der globalen Wirtschaft und technischen Neuerung ins Auge sieht und sich nicht vor ihnen versteckt oder sie zu ignorieren sucht; aber eine Bewegung, die darauf besteht, daß jeder mitgenommen wird, daß niemand ausgeschlossen wird, und daß die, die es besser haben, einen angemessenen Anteil zu diesem Ziel beitragen. Ich kann mir für das nächste halbe Jahrhundert kaum ein lohnenderes Ziel vorstellen.

Ebenda.

»Der beschleunigte wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel fordert sozialstaatliches Handeln. Die Sicherung und der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen und leistungsfähiger öffentlicher Einrichtungen erhöhen die Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung der Arbeitnehmer ... Dazu bedarf es eines breiten Angebots öffentlicher Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen. Wegen ihrer Verpflichtung auf gesellschaftliche Ziele und Aufgaben dürfen diese Einrichtungen nicht ausschließlich an ihrer Rentabilität gemessen werden. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist mit sozialstaatlichen Grundsätzen unvereinbar.«
Ebenda.

JAKOB MONETA

50 Jahre DGB – Rückblick und Ausblick

Jakob Moneta – Jg. 1914,
1931 Eintritt in den SAP-
Jugendverband, November
1933 Emigration nach
Palästina, bis 1939 im
Kibbuz, nach Bruch mit dem
Zionismus von der
britischen Besatzungsmacht
inhaftiert, 1948 Rückkehr
nach Köln, Redakteur der
»Rheinischen Zeitung«,
1953-62 Sozialreferent der
bundesdeutschen Botschaft
in Paris, 1962-78 Chef-
redakteur von »Metall«
und »Der Gewerkschafter«,
1991 Ausschluß aus der
SPD nach 40jähriger
Mitgliedschaft,
Sprecher der LL/PDS,
bis 1995 Mitglied des
Parteivorstandes der PDS;
Veröffentlichungen:
Aufstieg und Niedergang
des Stalinismus (1953),
Die Kolonialpolitik der FKP
(1968), Norbert Blüm –
Herz-Jesu-Marxist oder ka-
pitalistischer Propagandist?
(1985), Mehr Macht für die
Ohnmächtigen (1991).

Im März 1947 umschrieb General Walter J. Müller, Direktor des Amtes der amerikanischen Militärregierung für Bayern, die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften so: »... wir haben die brennende Hoffnung und den Glauben, daß die freien und demokratischen Gewerkschaften, die Sie jetzt aufbauen, helfen werden, ein demokratisches Rückgrat für Deutschland zu formen.« Aber Hans vom Hoff, der 1948 Vorstandsmitglied der Gewerkschaften in der Britischen Zone war, berichtet, daß der Glaube daran, nach dem »Zusammenbruch« von 1945 die ganze Kraft zum Aufbau der Gewerkschaften einsetzen zu können, erheblich enttäuscht wurde. Die Arbeit vollzog sich in den ersten Monaten »illegal«. Meist wurde denen, die sich zur Verfügung stellten, die kalte Schulter gezeigt. In Braunschweig wurde der Vorsitzende der örtlichen Gewerkschaft, weil er mit der Beitragskassierung ohne Erlaubnis begonnen hatte, vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Militärregierung hatte nämlich für den Aufbau der Gewerkschaften drei Phasen vorgeschrieben:

In der ersten mußten sich Interessenten finden, die eine Gewerkschaft gründen wollten. Für die Gründung selbst war die Genehmigung einer Militärregierung einer der Besatzungsmächte nötig. Danach erst durften Versammlungen abgehalten werden.

In der zweiten Phase wurde die Erlaubnis erteilt, Mitgliedsbeiträge zu kassieren.

In der dritten erhielten die Gewerkschaften das Recht, sich über den örtlichen Rahmen hinaus zusammenzuschließen, aber noch keineswegs in allen vier Besatzungszonen als zentrale Organisation.

Woher aber kamen die Menschen, die bereit waren, sich in den Hungerjahren der Nachkriegszeit für die Gründung von Gewerkschaften einzusetzen? Hans vom Hoff berichtet, daß von den Delegierten des Außerordentlichen Bundeskongresses der Britischen Zone im Jahre 1948 mehr als die Hälfte während der Nazizeit in Haft gewesen waren. Dennoch: Der Zusammenbruch des Dritten Reiches, der leider nur als Folge des verlorenen Krieges erfolgte und nicht durch den Akt einer Selbstbefreiung, fand die ersten Organisatoren der Gewerkschaften unvorbereitet. Wie der organisatorische Aufbau aussehen sollte, war zum Beispiel durchaus nicht klar. Es gab nicht wenige ehemalige Gewerkschaftsführer, die noch unter der Nazierrschaft glaubten, sie würden einfach die Arbeitsfront übernehmen, sie von Nazis säubern und eine Zwangsmitgliedschaft einführen müssen, weil nur so die Naziideologie überwunden werden und die Arbeiterschaft zur Mitarbeit am

Wiederaufbau herangezogen werden könnte. Es gibt viele, die glauben, der Aufbau der Gewerkschaften sei damals nur von »oben« erfolgt. Aber Theo Pirker schreibt in seiner kritischen Gewerkschaftsgeschichte »Die blinde Macht« (S. 31). Es war der »spontane« Wille der Arbeiterschaft und nicht der Wille einer kleinen Gruppe von Spitzenfunktionären, der dieses »Wunder der Organisation« nach 1945 in den Gewerkschaften vollbracht hat. Träger dieses Willens waren nicht die Funktionäre, die mit den Besatzungsmächten verhandelten, sondern die Betriebsräte und Sprecher der Belegschaft.« Die »Machtübernahme« durch die Betriebsräte erfolgte vor allem in jenen Großbetrieben, deren Eigentümer als Kriegsverbrecher angeklagt und in Haft waren. Schließlich waren viele dieser Konzernherren – als nach 1933 Gewerkschafter in Gefängnisse, in Zuchthäuser und Konzentrationslager eingewiesen wurden – zu Wehrwirtschaftsführern Hitlers aufgerückt. Aber die Betriebsräte hatten keinerlei Plan einer überregionalen, politischen Zentralisation. Sie dachten in erster Linie an die Wiederankurbelung der Produktion zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung.

Auch ohne Gesetze – faktische Macht

Bevor es auch nur Gemeindeverfassungen oder kommunale »Parlamente« gab, mußten auch Gemeinden doch irgendwie funktionieren. Was aber war damals Gemeindepolitik? Es bedeutete: Beseitigung von Trümmern, funktionierende Straßenbahnen, Versorgung mit Wasser und Strom, Brennstoffe, Nahrungsmittel. Und auch hier standen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen an der vordersten Front. Es gab überhaupt kaum eine wichtige Entscheidung, die ohne sie getroffen werden konnte, denn sie waren imstande, Menschen zu mobilisieren, um gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Noch niemals in der deutschen Geschichte hatten die Gewerkschaften – auch ohne gesetzliche Bestimmungen – so viel faktische Macht wie in den ersten Jahren, nachdem sie wieder entstanden waren. Sie waren damals mächtiger als die politischen Parteien. Es gab – besonders in Bayern – junge Gewerkschafter, die diese faktische Macht der Gewerkschaften festschreiben wollten. Sie wollten die Gewerkschaften zu einem selbständigen politischen Faktor machen. Die »Alten« nannten sie »Hitler-Jugend-Fraktion« und hingen an den Vorstellungen von vor 1933: Die Gewerkschaft müsse die politischen Aufgaben an die Parteien delegieren. Die Jungen konnten sich nicht durchsetzen. Die aus Konzentrationslagern und Haftanstalten befreiten Gewerkschafter hatten jedoch durchaus eine Vision, die Hoffnung auf eine neue »soziale Ordnung« in Deutschland. Schließlich wurde noch im Ahlener Programm von Christdemokraten gefordert, durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Gefahr des Faschismus als Produkt kapitalistischer Eigentumsverhältnisse für immer zu bannen. In fast allen Verfassungen der Länder drückte sich noch das wirkliche Kräfteverhältnis zwischen der Macht der Gewerkschaften und der Ohnmacht der mit den Nazis im Bunde gewesenen Unternehmer und ihrer Verbände aus. Dem demokratischen Staat wurden in diesen Verfassungen noch Eingriffsmöglichkeiten in das ökonomische

»Die Gewerkschaften ... setzen sich für eine Wirtschaftsordnung ein, in der die soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert sind. Die Wirtschaftspolitik ... ist ... ein Kampfplatz, auf dem sich entscheidet, wieviel die einzelnen Interessengruppen an Arbeit und Leistung für die Gesamtheit aufzubringen haben und in welchem Umfange sie am volkswirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden.«
Grundsatzprogramm des DGB, angenommen auf dem Gründungskongreß vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München.

und soziale Leben eröffnet. Das Streikrecht war unter besonderen Schutz gestellt, in der hessischen Verfassung ist die Aussperrung verboten (Bundesrecht bricht Landesrecht – ebenso wie Eurorecht deutsches Recht heute bricht – darum gilt das eben nicht). Es gab noch Elemente unmittelbarer Demokratie – wie Volksbefragung und Volksentscheid. Die Vergesellschaftung der wichtigsten Machtzusammenballungen war vorgesehen. Nachdem aber die Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte mit dem Ausbruch des »Kalten Krieges« zerbrach, änderte sich die Lage schlagartig. Die Amerikaner – aber nicht nur sie – drängten auf eine endgültige Angleichung von »Trizonesien« – wie im Schlager des Kölner Karneval »Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien« die westlichen drei Besatzungszonen genannt wurden – an ihr kapitalistisches Wirtschaftsmodell.

»Grundsatzforderungen:
 I. Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlich wichtigsten Bedarfs sichert.
 II. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.
 III. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.
 IV. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhalts für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen.«
 Ebenda.

Die Eingeborenen von Trizonesien

Wenn wir uns nun fragen, ob es damals den Gewerkschaften möglich gewesen wäre, die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zu verhindern, so gehen die Meinungen auseinander. Eberhard Schmidt wirft in seinem Buch »Ordnungsfaktor oder Gegenmacht« der Gewerkschaftsführung vor, sie habe auf Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten gesetzt und gehofft, als Lohn hierfür Mitbestimmungs-, ja Mitgestaltungsrechte und sogar die Sozialisierung bestimmter Industriezweige zu erhalten. All dies ohne Mobilisierung, ohne Druck der Arbeiterklasse. Zu spät habe man begriffen, daß im Zeichen des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes die Amerikaner vor allem daran interessiert waren, in Mitteleuropa ein kapitalistisches Bollwerk gegen den kommunistischen Block zu errichten. Der Gewerkschaftsführung lag es fern, die Bevölkerung zu mobilisieren, um den Besatzungsmächten klar zu machen, daß ihre Rechnung nicht aufgeht. Trotz einer unvermeidlichen Niederlage – meint Prof. Eberhard Schmidt – wäre die Wachsamkeit gegenüber der Herstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse hierdurch gestärkt worden. Im Gegensatz hierzu waren auch linke Gewerkschafter der Ansicht, daß es damals zwar möglich war, gegen Demontagen, die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten zerstörten, zu mobilisieren, oder gegen Hungerrationen. Aber es sei fraglich, ob erstens bei der damaligen Ohnmacht gegenüber den Besatzungsmächten eine Kampfansage für Sozialisierung erfolgreich gewesen wäre. Zweitens aber lasse Eberhard Schmidt die damalige internationale Situation außer acht: die Isoliertheit der deutschen Arbeiterklasse, nicht nur wegen der Kapitulation von 1933, die der Führung angelastet wurde. Auch wegen der antideutschen Propaganda in den Siegerstaaten konnte man nicht auf eine Solidarisierung mit einem Kampf der deutschen Arbeiterklasse setzen, wie sie 1923 noch möglich war. Nach der Besetzung des Ruhrgebietes durch den französischen Imperialismus verbrüderten sich damals französische Soldaten mit dem Ruf »Nieder mit Poincaré, nieder mit Stinnes« mit den streikenden deutschen Bergarbeitern. Dies war damals die Losung der Französischen Kommunistischen Partei! Allein schon der Versuch der Gewerkschaften mit Hans Böckler an der Spitze, eine andere

Organisationsform zu wählen, wurde verhindert. Hans Böckler plante, einen »Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund« zu schaffen (Wie es später der FDGB in der DDR war). Nicht nur eine Gewerkschaft im Betrieb, sondern auch an jedem Ort und in jedem Land, natürlich mit Industrie- oder Berufsabteilungen. Das wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht verboten. Die Vergesellschaftung von Kohle, Stahl und Banken, wie es vor allem gemäß der NRW-Landesverfassung möglich war, wurde verboten. Es war sogar die damalige Labour-Regierungspartei Großbritanniens, die aus Furcht vor einer starken Machtzusammenballung in Konkurrenz mit der eigenen britischen Wirtschaft gegen die Sozialisierung eintrat. Plebiszite und Volksbefragung wurden verboten.

Zwei verpaßte Gelegenheiten

Im Jahre 1952 wurde dem Bundestag ein Betriebsverfassungsgesetz zur Verabschiedung vorgelegt, das in Wirklichkeit die Betriebsräte zur Ohnmacht verurteilte. Von Mitte Mai bis Ende Juni 1952 beteiligten sich 600.000 Menschen an Demonstrationen, Warnstreiks, Arbeitsniederlegungen, um die Verabschiedung dieses Gesetzes zu verhindern. Diese Protestbewegung wurde – trotz heftiger Gegenwehr auch aus den Reihen der Gewerkschaftsfunktionäre – von der Spitze abgebrochen. Der damalige DGB-Vorsitzende Christian Fette erklärte, die Gewerkschaften möchten sich nicht »dem Vorwurf aussetzen, sie wollten das Parlament unter Druck setzen.« Das war genau das Argument, das Bundeskanzler Adenauer vorgebracht hatte, als 1951 sich die überwältigende Mehrheit der Metaller und Bergarbeiter in einer Urabstimmung für den Streik zur Durchsetzung der gleichberechtigten Mitbestimmung entschieden hatte. Unter dem Druck dieser Drohung wurde damals gegen die Parlamentsmehrheit die Mitbestimmung durchgesetzt. Konrad Adenauer jedoch hatte es als verfassungswidrig erklärt, der Parlamentsmehrheit den gewerkschaftlichen Willen aufzuzwingen. Über die Macht der Wirtschaftslobby und ihre Einflußmöglichkeiten auf den Gesetzgeber ging Adenauer stillschweigend hinweg. Nun aber war es der DGB-Vorsitzende Christian Fette, der mit Adenauers Argument die Bewegung für ein Betriebsverfassungsgesetz, das diesen Namen verdiente, brutal abblockte. Diese Niederlage hat zusammen mit der Haltung von Christian Fette in der Frage der Aufrüstung zu seiner Ablösung an der Spitze des DGB durch den damaligen IG-Metall-Vorsitzenden, Walter Freitag, geführt. Aber auch den Kampf gegen die Wiederaufrüstung hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung verloren. Im Januar 1952 sprach sich völlig überraschend das Vorstandsmitglied des DGB, Hans vom Hoff, für die Aufrüstung aus. Der DGB-Vorsitzende Christian Fette bezog kurz darauf die gleiche Linie. Daraufhin trafen hunderte Protestresolutionen von DGB Ortsausschüssen, von Kreisverbänden, von Einzelgewerkschaften – geradezu Waschkörbe voll – beim DGB-Bundesvorstand ein. In Esslingen, bei Daimler-Benz in Mannheim, in Bergwerken des Ruhrgebietes wurden Warnstreiks durchgeführt. Ende Februar 1952 berief der DGB ein Gremium von 400 Funktionären zusammen, die keine beschlußfassende Autorität hatten, die jedoch erklärten, sie

»Als die Wirtschaftswissenschaft die Gesetze der freien Marktwirtschaft niederschrieb, rechnete sie nicht mit der immer stärkeren Entwicklung jener Großunternehmen, Trusts, Konzerne und Kartelle, die die Gesetze der freien Marktwirtschaft aufhoben. Heute ist die Marktwirtschaft weder frei noch sozial. Heute verhindert sie die freie Entfaltung; sie verschärft die ohnehin schon großen Gegensätze zwischen reich und arm ...«
Ebenda.

»Die Demokratisierung des politischen Lebens muß ... durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden ...
Die Betriebe als Zellen der Volkswirtschaft arbeiten nicht zum Selbstzweck, sondern müssen auf das gemeinsame Wohl der gesamten Bevölkerung abgestellt werden. Ihre Existenz ist nicht in erster Linie eine Frage des vorhandenen Kapitals, sondern entscheidend abhängig vom Faktor Arbeit. Das Kapital kann nur durch die Arbeit des Menschen eine nützliche und wirksame Rolle spielen; es kann deshalb in den Betrieben nicht alleinbestimmend sein. Wie fordern daher die verantwortliche soziale, personelle und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Betrieben der Wirtschaft.«
Ebenda.

»Eine demokratische Führung der Wirtschaft darf nicht durch privatwirtschaftliche kartell- und monopolartige Einrichtungen und Abreden untergraben werden. Daher wird die staatliche Kontrolle derartiger Gebilde unter Beteiligung der Gewerkschaften gefordert.

... Die Gewerkschaften fordern ... eine wesentlich erweiterte Publizität der wirtschaftspolitischen und wirtschaftspraktischen Arbeit von Verwaltung, Wirtschaft und Finanz durch Statistik, ausführliche Bilanzveröffentlichungen und sonstige geeignete Maßnahmen.«
Ebenda.

seien gegen die Aufrüstung, für die Auflösung des Parlaments und für eine Volksbefragung über die Wiederaufrüstung. Die vorwärtstreibenden Kräfte in diesem Gremium kamen nicht so sehr von der »Basis« als vielmehr aus der Schicht der mittleren und unteren Funktionäre aus den Betrieben und den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen. Die Massenbewegung gegen die Aufrüstung, die jedoch danach einsetzte, rüttelte Millionen auf, deren Erinnerungen an die katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges noch zu frisch waren, um leicht verdrängt werden zu können.

Wahlsieg Adenauers fördert Aufrüstungspläne

Aber im Juni 1953 erhoben sich die Arbeiter in Ostberlin und danach in vielen Städten der DDR. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Tausende wanderten in Gefängnisse. Dies war die erste Revolte in den »nichtkapitalistischen Staaten«, der später andere in Polen, Ungarn und in der ČSSR folgen sollten. Die Arbeiterschaft signalisierte damit, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ohne Arbeiterdemokratie, ohne demokratische Freiheitsrechte, ohne autonome Gewerkschaften für sie kein Sozialismus ist. Als im Herbst 1953 – kurz nach der Revolte in der DDR – eine Bundestagswahl stattfand, konnte Bundeskanzler Adenauer sich nicht nur auf eine verbesserte Wirtschaftslage stützen, sondern auf einer Welle von angeheiztem Antikommunismus reiten, die auch der KPD ihre Parlamentssitze kostete. Er gewann fünf Millionen neue Wählerstimmen von denen, die 1949 noch kein Vertrauen zu dieser Republik hatten und den Urnen fern geblieben waren. Ungerührt betrieb er nun seine Pläne in Form einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die für ihn nur der Rahmen für die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik war. Diese Pläne scheiterten jedoch in der französischen Nationalversammlung, in der sie keine Mehrheit fanden

Aber am 30. Dezember 1954 wurden unter dem Druck der USA die sogenannten Pariser Verträge erzwungen, die den Weg zur deutschen Aufrüstung im Rahmen der NATO freimachten. Daraufhin kündigten der DGB-Vorsitzende Walter Freitag, der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer zusammen mit dem Theologen Helmut Gollwitzer und anderen aus der Welt der Wissenschaft für den 29. Januar 1955 eine Protestkundgebung in der Frankfurter Paulskirche gegen die Pariser Verträge an. Angekündigt als Beginn einer »disziplinierten Volksbewegung«, wurde die Paulskirche zum Ort der Beerdigung der Bewegung gegen die Remilitarisierung. Der Bundestag verabschiedete die Pariser Verträge, und am 5. Mai 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen. Noch einmal jedoch bäumte sich die Arbeiterbewegung auf, und zwar gegen die tödliche nukleare Bedrohung in einem möglichen Dritten Weltkrieg. Am 12. April 1957 veröffentlichten achtzehn bekannte deutsche Physiker die »Göttinger Erklärung« mit der sie den ausdrücklichen freiwilligen Verzicht auf eine atomare Bewaffnung der Bundesrepublik forderten. Niemand von ihnen, hieß es darin, werde sich an Herstellung, Erprobung oder gar Einsatz von Atomwaffen beteiligen. Diese Erklärung schlug wie eine Bombe in der Öffentlichkeit ein.

Kampf dem Atomtod

SPD und Gewerkschaften gerieten wieder in Bewegung. Es entstand das »Komitee Kampf dem Atomtod«. Auf einer großen Versammlung des Aktionsausschusses dieses Komitees am 23. März 1958 in Frankfurt tauchte die Forderung auf: »Generalstreik gegen die atomare Aufrüstung«. Der Ausschuß stellte jedoch sofort klar, daß die Gewerkschaften über einen solchen Beschluß alleine, ohne jeglichen Druck, entscheiden müßten. Jetzt ginge es nur darum, was jeder einzelne zu tun bereit sei im Kampf gegen den Atomtod. Der Bundesvorstand des DGB beschloß bald darauf, daß er von jeder Streikaktion absehen wolle. Ihren Höhepunkt fand die Bewegung gegen den Atomtod am 1. Mai 1958. Theo Pirker, der Gewerkschaftshistoriker, meint sogar in seinem Buch »Die SPD nach Hitler«, es sei insgesamt noch niemals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Führung von SPD und Gewerkschaften gelungen, für eine Losung – »Kampf gegen den Atomtod« – so viele Hunderttausende zu mobilisieren. Das unrühmliche Ende der offiziellen, von Gewerkschaften und SPD unterstützten Bewegung gegen den Atomtod kam, als die Bundesregierung gegen drei Landesregierungen, die eine Volksbefragung über die atomare Rüstung durchführen wollten, das Bundesverfassungsgericht anrief. Dieses hat eine solche Volksbefragung prompt als verfassungswidrig erklärt! Die Periode, in der SPD und DGB an die Spitze außerparlamentarischer Bewegungen gestellt, oder sie zumindest gefördert hatten, ging nun für viele Jahre zu Ende. In der Bewegung gegen die Notstandsgesetze wirkte nur ein Teil der Gewerkschaften – vor allem die IG Metall – mit bedeutenden Wissenschaftlern und Philosophen – wie Habermas und Ernst Bloch – aber auch mit der Studentenbewegung zusammen. Sie stand damals unter der Führung des SDS, des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes«. Im Haus der IG Metall in Frankfurt wurde für Helmut Schauer, damals führend im SDS, ein Büro eingerichtet, von dem aus Aktivitäten der Gewerkschaften und Studenten gegen die Notstandsgesetze koordiniert wurden. (Helmut Schauer sitzt heute noch als einer der fruchtbarsten Gewerkschaftstheoretiker in der IGM Vorstandsetage). Auch die Bewegung gegen die Notstandsgesetze endete mit einem Mißerfolg. Die Ursachen für all diese Mißerfolge liegen sicher auch darin, daß in der langen Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs mehr materielle Erfolge – wenn auch verbunden mit Streikkämpfen – durchgesetzt werden konnten als je zuvor in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das begünstigte die Illusion, wir lebten im Zeitalter der »permanenten Reformen« – wie dies Willy Brandt als SPD-Bundeskanzler nannte. Wir hätten »gelernt«, Krisen des Kapitalismus rasch zu überwinden, wenn nicht gar sie zu verhindern. Hinzu kam, daß die Vorstellung einer anderen Gesellschaftsordnung – wie sie noch im alten sozialdemokratischen Programm in Form des »Zukunftsstaates« vorhanden war, aufgegeben worden ist. Es gab keine »soziale Utopie« mehr.

Es wurde uns nichts geschenkt

Es war nicht der Wirtschaftsaufschwung, der allein sein Füllhorn über die Arbeitenden ausschüttete. Die Gewerkschaftsbewegung

»Die Herstellung einer Ordnung, in der der arbeitende Mensch Subjekt und nicht nur Objekt wirtschaftlichen Geschehens ist, ist die Voraussetzung für den Bestand einer freiheitlichen Demokratie. Sie gewährleistet erst jedem Menschen ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses, des Glaubens und der Rasse ein freies und menschenwürdiges Leben; sie ist die Grundlage gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritts und sichert die friedliche Zusammenarbeit der Völker.«
Ebenda.

»Die Veränderungen in der Gesellschaft, die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie und die Sozialpolitik haben die Erscheinungsformen des sozialen Konflikts gewandelt. Zwar hat die allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die vor allem der Schaffenskraft und dem Fleiß der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem ständigen Drängen der Gewerkschaften zu verdanken ist, vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet. Aber die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse geführt ... Die Arbeitnehmer, d. h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen ...«

Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen auf dem a. o. Bundeskongreß in Düsseldorf, November 1963.

mußte soziale Errungenschaften erkämpfen. Schrittmacher war zuerst die IG Metall. 1951 streikte sie in Hessen. Der in der Nazizeit verhängte Lohnstopp wurde nach dem Krieg von den Besatzungsmächten aufrechterhalten. Es ging um Pfennige. Der Erfolg war mager. Aber er stärkte das Selbstbewußtsein. Der Bayernstreik 1954 führte zu einer bitteren Niederlage. Der Angestelltenausschuß hatte beschlossen mitzumachen, aber die Angestellten waren noch nicht so weit. Schwere Auseinandersetzungen mit Streikbrechern und der Polizei und ein bitteres Ende mit Maßregelung von hunderten der kämpferischsten Funktionäre, die ihre Arbeit verloren. Das war entmutigend. Erst 40 Jahre später, 1995, wagte die IG Metall wieder in Bayern zu streiken. Aber am 24. Oktober 1956 begann in Schleswig Holstein eine Auseinandersetzung, an der sich 32.000 Arbeiter aus 34 Großbetrieben beteiligten. Sie dauerte 114 Tage. Es ging dabei um die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfalle. Für Frauen und Kinder der Streikenden wurden Kulturveranstaltungen durchgeführt, um sie der »feindlichen Propaganda« der Unternehmer zu entziehen. Vier Urabstimmungen waren nötig, um das Verhandlungsergebnis durchzusetzen: 90 Prozent des Nettolohnes im Krankheitsfalle. Die vom Vorstand ausgehandelten Kompromisse wurden mehrfach in Urabstimmungen abgelehnt. Diese »gewerkschaftliche Bewegung war auch im Bewußtsein der Kämpfenden selbst wesentlich mehr als eine Lohnbewegung«, urteilte der Politologe Prof. Wolfgang Abendroth. Am 29. April 1963 führte der Bezirksleiter von Baden-Württemberg, Willi Bleicher, der zehn Jahre lang Häftling im KZ Buchenwald war, mehr als 100.000 Metaller in einen Streik für 8 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Sein Gegenspieler auf der Unternehmenseite war Dr. Hanns Martin Schleyer, ehemaliges SS-Mitglied. Es schien, als hätten die Schatten der Vergangenheit die Bühne der Geschichte erneut betreten. Willi Bleicher aber wollte nicht den Kampf der Vergangenheit führen, sondern die junge Nachkriegsgeneration ihre eigene Erfahrung mit der herrschenden Klasse der BRD machen lassen, die sofort eine Aussperrung von zusätzlich 200.000 Metallern und Metallerrinnen verhängte. »Wer heute aussperrt, sperrt morgen ein« war eine der Losungen, die an die Aussperrung von 1928 erinnerte, verhängt von den Ruhrindustriellen, die später als Weggefährten der Nazis auch für das Einsperren waren. Löhne und Gehälter wurden nach dem Arbeitskampf um 5 Prozent und ein Jahr danach um 2 Prozent erhöht. Aber für Willi Bleicher war das wichtigste, daß sich »tausendfältige Formen der Kollegialität und Solidarität entwickelt hatten«, wie die täglich erscheinene Streikzeitung berichtete.

Samstags gehört Vati mir

Im Aktionsprogramm von 1955 hatte der DGB die »Fünftagewoche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich und täglicher achtstündiger Arbeitszeit« gefordert. Das hierfür entworfene Plakat, auf dem ein Kind verlangte: »Samstags gehört Vati mir«, schlug mächtig ein. Schritt für Schritt wurde 1956 die 45-Stunden-Woche, dann 1958 die 44- und im »Bad Homburger Abkommen« von 1960 die allmähliche Einführung der 40-Stunden-Woche bis

zur Jahresmitte 1965 erreicht. Wegbereiter war die IG Metall. Als 1966 die Große Regierungskoalition von SPD und CDU gebildet wurde, führte Bundeswirtschaftsminister Schiller (SPD) Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierungsvertreter in einer »Konzertierten Aktion« zusammen, um wirtschaftspolitische Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Im September 1969 legten ausgerechnet in den »mitbestimmten« Stahlbetrieben, die als völlig »sozialpartnerschaftlich« galten, 80.000 Arbeiter in mehr als 40 Betrieben spontan die Arbeit nieder. Diese »wilden Streiks« als Protest gegen die Mäßigung, die von der »Konzertierten Aktion« auferlegt wurde und die rasant gestiegenen Profite, erzielten eine Lohnerhöhung von 11 Prozent. Der Führung der IG Metall waren wegen der »Friedenspflicht«, die ihnen gültige Tarifverträge auferlegten, die Hände gebunden. Aber Otto Brenner und die Zeitung »metall« äußerten volles Verständnis für den »Unmut« der Streikenden. Ausgangspunkt für das Verständnis des Arbeitskampfes 1971 – wiederum in Baden-Württemberg – ist die Rezession 1966/67. Die Gewerkschaftsführung war von diesem nicht erwarteten Wirtschaftsschwung wie gelähmt. Als die Konjunktur wieder auf vollen Touren lief, trat sie in der Tarifpolitik immer noch auf der Stelle. Aber die spontanen Streiks 1969 und die Mobilisierung 1970 hatten Erfolge erzielt. 1971 zeichnete sich ein Abschwung der Konjunktur ab und der Arbeitgeberverband »Gesammetall« war fest entschlossen, der IG Metall eine Niederlage beizubringen.

Unternehmer fanden kein Verständnis

Am 24. November 1971 traten in 14 Verwaltungsstellen der IG Metall 120.000 in den Arbeitskampf. Am gleichen Tage beschloß Gesammetall, seine rund 530 Mitgliedsfirmen mit jeweils über 100 Beschäftigten sollten ihre Arbeiter(Innen) am 26. November aussperren. Bei Daimler Benz in Mannheim mit der kampferprobten und politisch fortschrittlichen Belegschaft prangte daraufhin am Eingangstor ein Riesentransparent: »Kann der Schleyer nicht mehr weiter, übernehmen den Betrieb die Benzarbeiter«. In der täglich erschienenen Streikzeitung konnte man nach der Beendigung des Kampfes lesen, daß die Aussperrung ein »außerparlamentarischer Kampf gegen die Bundesregierung« gewesen sei. Die Unternehmer bedauerten in einer Erklärung, daß sie »bei den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern mit ihren Vorstellungen ... kein Verständnis fanden.« Im Oktober 1973 bewiesen die Metaller Nordwürttemberg/Nordbadens, diesmal bereits mit dem neuen Bezirksleiter Franz Steinkühler, daß es möglich ist, für menschliche Arbeitsbedingungen, für Menschenwürde, einen Streik zu führen und zu gewinnen. Kündigungsschutz und Verdienstsicherung für ältere Arbeitende wurde erzielt, Mindesturlauben für Fließband- und TaktarbeiterInnen von fünf Minuten pro Stunde über die drei Minuten Pause für persönliche Bedürfnisse hinaus. Verbot von Arbeitstaktzeiten unter anderthalb Minuten. Mehr »Lebensqualität am Arbeitsplatz« wurde erstritten. Während es in den acht Jahren von 1963 bis 1971 keinen einzigen großen gewerkschaftsoffiziellen Streik gegeben hatte, fielen in den Zeitraum von 1971 bis 1978, eine Periode von nur sieben Jahren, vier

»Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen.«
Ebenda.

»Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft alle noch abseits stehenden Arbeitnehmer auf, durch ihre Mitarbeit in den Gewerkschaften an der sozialen Ausgestaltung und Festigung der Demokratie und an dem Aufbau einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitzuwirken.«

Ebenda.

Unsere Zeit verlangt vor allem die demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, damit jeder Mensch seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentscheiden kann. Nur wenn es gelingt, eine solche Ordnung zu schaffen, wird die Freiheit des einzelnen, die Freiheit der Gemeinschaft und eine wahrhaft demokratische Gesellschaft in allen ihren Lebensformen verwirklicht werden. Sie allein ist die Gewähr für ein menschenwürdiges Leben und der einzig wirksame Schutz gegen totalitäre und andere unwürdige Daseinsformen.«

Ebenda.

»Das Gemeineigentum in seinen verschiedenen Formen hat in der modernen Industriegesellschaft entscheidende Bedeutung, besonders auch als Lenkungs- und Steuerungsmittel der Wirtschaft. Die Gewerkschaften fordern die Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und seine Weiterentwicklung zu einem sinnvollen System öffentlicher und öffentlich gebundener Unternehmen. Die freie Gemeinwirtschaft ist Bestandteil einer am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschaftsordnung ...«

große Arbeitskämpfe allein im Organisationsbereich der IG Metall: der Streik in NW/NB vom 16. bis zum 25. Oktober 1971; der Streik im Unterwesergebiet vom 6. bis 27. März 1974; Streik und Aussperrung in NW/NB vom 15. März bis 7. April 1978; Streik und Aussperrung in der Stahlindustrie November 1978 bis Januar 1979.

Dreimal im Laufe eines Jahres griffen die Unternehmerverbände 1978 zur Waffe der Massenaussperrung: gegen die Beschäftigten der Druckindustrie, gegen die Metaller in Baden/Württemberg und gegen die Stahlarbeiter, hauptsächlich in NRW. Bereits 1976 hatten die Druckereibesitzer massiv die Aussperrung als Kampfmittel eingesetzt, so daß die kleine IG Druck und Papier dieser Arbeitskampf rund 30 Millionen DM kostete, was sie an den Rand des finanziellen Ruins trieb. Jetzt aber wurde die Aussperrung als Waffe begriffen, Gewerkschaften streikunfähig zu machen. Man brauchte sie nicht zu verbieten. Mit leeren Kassen würden sie kampfunfähig sein.

Herzenswunsch der Stahlarbeiter

Die an der »Basis« entstandene Losung lautete 1978 in NW/NB: »Wer aussperrt, gehört eingesperrt«. Die »Streik-Nachrichten« wurden mit Verhängung der Aussperrung zum ersten Mal in »Aussperrungs-Nachrichten« umgewandelt. Demonstrationen, massenhafte Klagen bei den Arbeitsgerichten gegen die Aussperrung sollten in der Öffentlichkeit das Unrecht der Aussperrung sichtbar machen. Die ausgesperrten Stahlarbeiter in NRW, deren Streikposten sich gegen die bittere Kälte durch eiserne Kohleöfen schützten und ihre Weihnachtsbäume im Freien mit angemalten Eiern schmückten, weil sie bereit seien, auch bis Ostern zu streiken, äußerten ihren Herzenswunsch mit der Losung: »Jetzt sperren uns die Bosse aus – wann schmeißen wir die Bosse raus?« Sie verloren zwar ihren Kampf für die 35-Stunden-Woche, erreichten jedoch ein seit langem erstrebtes gewerkschaftliches Ziel: sechs Wochen – 30 Tage – Urlaub. Außerdem vier Prozent mehr Lohn-Gehalt- und Ausbildungsvergütung, mehr Freischichten für Nachtarbeiter und über 50jährige. Allerdings sollte der Manteltarifvertrag, in dem die 40-Stunden-Woche festgeschrieben war, erst am 31. Dezember 1983 enden – also fünf Jahre lang dauern! Mit der Rezession der achtziger Jahre steigt die Arbeitslosigkeit scharf an. Die IG Metall will durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit einen eigenen Beitrag zu ihrer Bekämpfung leisten. Mit der über der Zahl 35 aufgehenden Sonne als Symbol beginnt sie ihren Kampf für die 35-Stunden-Woche, den sie schrittweise gewinnt. Die konservative Regierung der »politisch-moralischen Wende« will verhindern, daß Arbeitnehmer, die als indirekt Betroffene eines Arbeitskampfes beschäftigungslos werden, (weil nötige Lieferungen nicht eintreffen) Kurzarbeitergeld bekommen.

Für Waffengleichheit

Im Dezember 1985 mobilisieren DGB und IG Metall gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 AFG, die zur finanziellen Ausblutung streikender Gewerkschaften führen soll. Tausende

Aktionen werden durchgeführt. 7,2 Millionen Menschen unterzeichnen ein »Arbeitnehmersvotum«. Auf dem Höhepunkt beteiligen sich an Protesten während der Arbeitszeit eine Million Arbeitnehmer. Aber die Regierung beschließt ungerührt im März 1986 die Änderung des AFG 116. Im »Bündnis für Arbeit« besteht auch unter der »rot-grünen« Koalition keine »Waffengleichheit« zwischen Vertretern der Unternehmer und den Gewerkschaften, die einen Arbeitskampf fürchten müssen. Versprechen, die Änderung des AFG 116 rückgängig zu machen, wurden auch von der jetzigen Regierung nicht erfüllt. Die bayrischen Metaller konnten 1995 ihren Streik gewinnen, weil sie Betriebe auswählten, die möglichst geringe »Fernwirkungen« hatten, so daß die Kasse der IG Metall nicht durch »kalt Ausgesperrte« geplündert wurde. Das von Klaus Zwickel 1999 angekündigte »Ende der Bescheidenheit«, nachdem nachweislich Lohnverzicht nicht – wie versprochen – mehr Investitionen und Arbeitsplätze geschaffen hatte, führte nicht nur in der IG Metall, sondern auch in anderen Gewerkschaften zu Massendemobilisierungen, durch die Einkommenserhöhungen erzielt worden sind.

Sorgenfalten zum 50. Geburtstag

Seit 1991 schrumpfte die Mitgliederzahl des DGB von 11,8 auf 8,3 Millionen. Das ist nicht nur auf die steigende Zahl von Arbeitslosen zurückzuführen. Dort, wo die Gewerkschaften stark verankert waren, in den Industriebranchen, sinkt die Zahl der Beschäftigten. Im wachsenden Dienstleistungsbereich gibt es nur wenig organisatorische »Tradition«, die wichtig ist für die Gewinnung von Mitgliedern. Die Zahl der schwieriger zu organisierenden Angestellten übersteigt mit 54 Prozent die der Arbeiter, die nur noch 39 Prozent der Beschäftigten ausmachen. Gehen wir deshalb dem neuen Jahrhundert mit einer ohnmächtigen Gewerkschaftsbewegung entgegen? Der Politikwissenschaftler Prof. Bodo Zeuner, meint die Zukunft der Gewerkschaften liege in weltweiter Zusammenarbeit. Wenn sie sich am Konkurrenzkampf nationaler Volkswirtschaften beteiligen, tragen sie zu ihrer Selbstauflösung bei. Arno Klönne, Professor für Soziologie schreibt: »Die Gewerkschaften würden sich selbst überflüssig machen, wenn sie auf deutliche Opposition zur ökonomischen Regierung, also der Eigenmacht der Kapitalverwertung, verzichteten. Sie brauchen Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft.«

Betet für eine neue Arbeiterbewegung!

Jeremy Rifkins, Präsident eines privaten Forschungsinstituts in Washington, erklärte auf einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung: »In den USA hatte die Industriebeschäftigung in den sechziger Jahren noch einen Anteil von 30 Prozent, heute noch von sieben(!). Der Prozeß vollzieht sich weltweit. Rifkin rief dazu auf, wieder über Visionen zu diskutieren, sonst würde man schon gedanklich scheitern. »Die 356 reichsten Menschen in den USA haben so viel Vermögen, wie die Hälfte der Weltbevölkerung als Jahreseinkommen zur Verfügung hat« – das müsse ein Ansatzpunkt neuer Visionen sein. »Kapitalismus ist gut für die Produktion, aber

Ebenda.

»Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich. Es darf nicht allein vom Gewinnstreben bestimmt sein. Von wirtschaftlichen Entscheidungen werden insbesondere die Arbeitnehmer betroffen. Deshalb müssen sie und ihre Gewerkschaften gleichberechtigt an der Gestaltung der Wirtschaft beteiligt werden. Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist eine der Grundlagen einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung. Sie entspricht dem Wesen des demokratischen Rechtsstaates.«

Ebenda.

»Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Es ist dringend erforderlich, alle Volksschichten an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung zu beteiligen. Der Umfang der Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit ist ein wesentlicher Maßstab für soziale Gerechtigkeit ... Diesem Ziel müssen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen dienen.«

Ebenda.

»Eines der charakteristischen Merkmale der modernen Industriegesellschaft ist der fortschreitende Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft ... Damit wächst die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht – zu wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken – ständig. Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Mißbrauch zu verhindern.«
Ebenda.

nicht für die Verteilung der Erfolge. Betet für eine neue Arbeiterbewegung!«, sagte Rifkin. Unverzichtbar im Kampf sei weitere Arbeitszeitverkürzung. »Wir sind von der 80- zur 35-Stunden-Woche gelangt, wo ist das Problem weiterer Verkürzungen?«, fragt Rifkin. Einen wirklichen Sprung in der Beschäftigung hält der Forscher nur im sozialen und kulturellen Bereich für möglich.¹ Seltsamerweise stimmt der pragmatische US-Wissenschaftler mit dem überein, was Karl Marx in den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie« erklärte. Er ging davon aus, daß in dem Maße, in dem der Kapitalismus die wissenschaftliche Technologie entwickelt, die Produktion mehr und mehr unabhängig von menschlicher Arbeit im eigentlichen Sinn des Wortes wird. Der Arbeitende werde dann neben den Produktionsprozeß treten und sich als gesellschaftliches Individuum entwickeln. Der Diebstahl an fremder Arbeit wird aufhören, die Quelle des Reichtums zu sein. Die Verringerung der notwendigen Arbeit der Gesellschaft auf ein Minimum – und damit die Erringung von mehr Muße – wird die künstlerische, wissenschaftliche usw. Ausbildung der Individuen ermöglichen durch die für alle freigewordene Zeit und die geschaffenen Mittel. Oder anders ausgedrückt: Die radikale Verlängerung der über das ganze Leben zu verteilenden Muße als Schul- und Lernzeit wird dazu dienen, sich Kultur, Kunst, Wissenschaft anzueignen, aber auch, um mehr Zeit zu leben und zu lieben zu haben.

1 »Brenner-Brief«, Informationsdienst der Otto-Brenner-Stiftung, September 1999.

JENS BECKER UND HARALD JENTSCH

Mitbestimmungsidee und Gewerkschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Da bei Marx und Engels primär die Kritik der politischen Ökonomie, die Analyse der Funktionsmechanismen des Kapitals, im Zentrum ihres Interesses stand, gehörten Darlegungen, wie sich das Kapitalverhältnis für die Arbeiterschaft erträglicher gestalten ließe, also wie deren Reproduktionsbedingungen innerhalb des Lohnsystems geschützt oder gar verbessert werden könnten, nicht unbedingt zu ihrem Arbeitsschwerpunkt. Gleichwohl hielten sie tagtägliche Abwehrkämpfe und Verhandlungen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als genuine Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung für unbedingt notwendig. Die Arbeiterbewegung, so Marx in *Lohn, Preis und Profit*, dürfe jedoch nicht vergessen, daß sie damit »gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den *materiellen Bedingungen* und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind.« Marx zufolge sollten die Gewerkschaften nicht nur »Sammelpunkte des Widerstands« gegen die negativen Auswirkungen des Kapitalismus sein. Vielmehr verfehlten sie ihren Zweck gänzlich, »sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.«¹

Marx ging es darum, neben den Tagesinteressen nicht das Endziel, neben Reformen innerhalb der bestehenden Verhältnisse nicht deren grundlegende Umgestaltung zu vergessen. Zugespitzt formuliert beruhte die Argumentation von Marx und Engels auf der These, daß der Kapitalismus mit der gesetzmäßigen Verschärfung der Krisen dem Untergang entgegen gehe, also der gewerkschaftliche Kampf in einen politisch-revolutionären umschlagen müsse.² Bei der Entwicklung des dafür notwendigen politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse, des Übergangs von der Klasse an sich zur Klasse für sich, maßen beide Theoretiker den Gewerkschaften als der

Jens Becker – Jg. 1964; Diplom-Politologe, ist zur Zeit Mitarbeiter der AG Soziale Infrastruktur an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, promoviert über den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler.

Harald Jentsch – Jg. 1959; Diplompolitikwissenschaftler, promoviert an der TU Darmstadt zur Rolle und Funktion der KPD im und nach dem Jahr 1923.

1 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, in: MEW, Bd. 16, S. 152.

2 In ihren Erwartungen hinsichtlich der kapitalistischen Entwicklung und der Lage der Arbeiterklasse hielten Marx und Engels aufgrund realer Erfahrungen die Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen

Produktionsverhältnisse für weniger elastisch, als sie sich tatsächlich erweisen sollte; allerdings auch nicht für so unelastisch, daß sich daraus notwendig eine (absolute) Verelendungstendenz ergeben müsse – wengleich sich insbesondere in frühen Schriften durchaus Stellen finden, mit denen sich anderes belegen ließe. Diese ließen sich aber kaum mit Marx' Lohntheorie und seiner Auffassung über die Gewerkschaften in einen systematischen Zusammenhang bringen. Vgl. hierzu Walther Müller-Jentsch: Materialien zur Gewerkschaftstheorie, in: Gesellschaftliche Beiträge zur Marxschen Theorie 3, Frankfurt/M. 1975, S. 38; zu entsprechenden Marxschen Aussagen vgl. insbesondere Lohnarbeit und Kapital, in: MEW, Bd. 6, S. 397ff.; Arbeitslohn, in: MEW, Bd. 6, S. 535ff.; Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Kapitel 23 und 24.

3 Vgl. Friedrich Engels an August Bebel, 18./28. März 1875, in: MEW, Bd. 19, S. 6; auch MEW, Bd. 34, S. 128.

4 Vgl. Franz L. Neumann: Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur, in: ders.: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze, Frankfurt/M. 1978, S. 150ff.

5 Walther Müller-Jentsch: Soziologie der industriellen Beziehungen: Eine Einführung, Frankfurt/M. 1997, S. 94 (2. überarbeitete und erweiterte Auflage).

6 Vgl. Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, hrsg. von Frank R. Pfetsch, Stuttgart 1989.

»eigentlichen Klassenorganisation des Proletariats« eine maßgebliche Bedeutung zu.³

Kennzeichnend für die Geschichte der europäischen, insbesondere der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zumindest für jenen Teil, welcher mit der Sozialdemokratie kooperierte, ist indessen die Tatsache, daß sie nicht die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft, sondern Alltagskämpfe in den Vordergrund stellte. Franz L. Neumann schrieb, die Gewerkschaften hätten als Genossenschaften, Kampfverbände und politische Organisationen eine dreifache Funktion zu erfüllen:

Erstens eine »innergewerkschaftliche«, genossenschaftliche, »auf dem Grundsatz der gegenseitigen Hilfe« beruhende, indem sie für ihre Mitglieder »Krankheits- und Unfallunterstützung, Arbeitslosenhilfe, Alterspensionen, Streik- und Aussperungsunterstützungen und ... Rechtsschutz vor Gerichten, Verwaltungsbehörden und Sozialversicherungskörpern« anstrebten und sich um deren Weiterbildung bemühten (in diesem Sinne seien Gewerkschaften »Unterstützungsvereine«). *Zweitens* hätten sie als »primäre Kampfverbände« eine »Markt- oder Kartellfunktion«, die »der monopolistischen Gewalt des Privateigentums die kollektive Macht der organisierten Arbeit gegenüber(stellten)«. Das wichtigste Mittel zur Regelung der Arbeitsbedingungen sei dabei der Tarifvertrag, zu dessen Durchsetzung die Gewerkschaften friedliche (Verhandlungen etc.) oder auch Kampfmittel (Streiks) einsetzten. *Drittens* seien die Gewerkschaften politische Verbände, die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung beeinflussten, wobei sie direkt oder indirekt unter Zuhilfenahme einer politischen Partei oder einer Parlamentsfraktion in die Politik eingriffen. Die Gewerkschaften übten diese drei Funktionen in jeder Periode gleichzeitig, allerdings je nach Zielstellung unterschiedlich gewichtet, aus. Wie Marx wies Neumann den Gewerkschaften ein »Doppelziel« zu: Erhöhung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse und ihre schließliche Befreiung.⁴ Entsprechend stellt Müller-Jentsch resümierend fest: »Die klassischen Gewerkschaftstheorien sahen Gewerkschaften primär als *soziale Bewegung*, als kollektiven Ausdruck der in ihr zusammengeschlossenen Lohnabhängigen und ihrer sozioökonomischen Interessen. Interne wie externe, ökonomische wie politische Funktionen, Hebung der Klassenlage und Beseitigung der Klassenherrschaft, »Kampf im Lohnsystem« und »Kampf gegen das Lohnsystem« – alle diese Funktions- und Zielbestimmungen waren theoretisch auf die kollektiven Interessen von Lohnarbeitern zurückzuführen.«⁵

Sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Bundesrepublik Deutschland läßt sich das von Robert Michels 1911 formulierte »eherne Gesetz der Oligarchie« feststellen: die Tendenz zur Verselbständigung des Organisationsapparats, ferner eine darauf basierende Entfremdung von den Mitgliedern.⁶ Die Gewerkschaften entwickelten sich zu Massenorganisationen mit zentralistisch-bürokratischen Organisationsstrukturen und einem hauptamtlichen Funktionsapparats; Begleiterscheinungen waren und sind deren Entpolitisierung, Bürokratisierung und Professionalisierung. Auf der anderen Seite dominieren die Gewerkschaftsforschung seit den

achtziger Jahren Dezentralisierungs- und Enthierarchisierungskonzepte, ohne daß sich allzuviel an der Trägheit der Apparate, die durch die Finanzknappheit der Gewerkschaften zunehmend abgebaut werden, geändert hätte.⁷

Das bedeutendste Ergebnis in der sozialpolitischen Bilanz der Gewerkschaften in der Weimarer Republik zwischen Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise war zweifellos das am 1. Oktober 1927 in Kraft getretene *Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung*, das als bedeutender Reformschritt hin zu einem modernen Wohlfahrtsstaat gewertet wurde. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) war die Einführung der Arbeitslosenversicherung eine wichtige Etappe auf dem Weg zu der seit 1925 diskutierten »Wirtschaftsdemokratie«, worunter die gleichberechtigte Teilhabe der Arbeiterschaft an den ökonomischen Entscheidungsprozessen verstanden wurde. Nach der Verwirklichung der politischen Demokratie sollte nunmehr die Verfügungsgewalt des Kapitals in der Wirtschaft schrittweise eingeschränkt werden, um so nach etappenweiser Sozialisierung der Grundstoff- und anderer Industrien das eigentliche Endziel zu erreichen. Fritz Naphtali, einer der Begründer dieser Idee, verstand Wirtschaftsdemokratie als eine antikapitalistische Gegenmachtvariante: »Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen.«⁸ Innerhalb der Fabriken sollte der gewerkschaftliche Einfluß vermittlels der Betriebsräte gestärkt werden, außerhalb derselben sollte den Gewerkschaften die Möglichkeit zu einer breiteren wirtschaftlichen Gesamtverantwortung eingeräumt werden. Bewegte sich die Betonung der überbetrieblichen Mitbestimmung einerseits durchaus in der Tradition des gewerkschaftlichen Zentralismus, so war sie andererseits auch eine notwendige Reaktion auf die Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Großkonzernen, wie Vereinigte Stahlwerke und IG Farben, die auf Betriebsebene nicht mehr zu kontrollieren waren.

An der Vorstellung, das Endziel schrittweise aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise heraus zu erreichen, rieben sich insbesondere die kommunistischen Kritiker. Beispielsweise kritisierte August Thalheimer, angelehnt an R. Luxemburg und W. I. Lenin, den Begriff »Wirtschaftsdemokratie«, weil aus der »Verquickung der Begriffe Demokratie und Wirtschaft«, die auf ganz verschiedenen Ebenen lägen und ganz verschiedenen Gebieten angehörten, »nur eine unglaubliche Gedankenverwirrung entstehen« könne. Schließlich habe die Frage des Besitzes an den Produktionsmitteln und damit der Verfügungsgewalt über sie nichts damit zu tun, in welcher Form die herrschende Klasse ihre Macht organisiere – über demokratische Spielregeln oder über eine Diktatur.⁹ Heftig, zum Teil ironisch griff Thalheimer die Auffassung an, eine wie auch immer geartete »Mitbestimmung« in den Unternehmen oder gar genossenschaftliche Betriebe könnten Keimzellen für die neue Gesellschaft sein, da selbige nichts an der ökonomischen und damit an der politischen Macht des Kapitals änderten.

7 Vgl. Jürgen Hoffmann u.a. (Hrsg.): *Jenseits der Beschlußlage. Gewerkschaften als Zukunftswerkstatt*, Köln 1990.

8 Fritz Naphtali: *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Frankfurt/M. 1966 (Neuausgabe), S. 16; ders.: *Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie*, in: *Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands*, abgehalten in Hamburg vom 3. bis 7. September 1928, S. 170ff.

9 Vgl. August Thalheimer: *Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie* (hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik 1981, Nachdruck o. O.), S. 11f.

10 Gerhard Leminsky:
Bewährungsproben für ein
Management des Wandels.
Gewerkschaftliche Politik
zwischen Globalisierung-
sfälle und Sozialstaatsabbau,
Berlin 1998, S. 32.

1945 knüpften die Gewerkschaften an das Konzept der Wirtschaftsdemokratie von 1928 an. »Die Erfahrungen mit dem Versagen des marktwirtschaftlichen Systems in der Weltwirtschaftskrise, der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken und das Ende der Parteien wie der demokratischen Institutionen im Jahre 1933 bestätigten die Gewerkschaften in ihren Forderungen nach einer Alternative zum herrschenden Kapitalismus wie auch zur Zwangswirtschaft nationalsozialistischen Typs.«¹⁰ Mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Oktober 1949 wurde die Tradition der Richtungsgewerkschaften durchbrochen und das Prinzip »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft« verwirklicht. Der DGB blieb parteipolitisch unabhängig, aber nicht politisch neutral. Das Grundsatzprogramm von 1949 zielte auf eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaft. Neben Planung, Vollbeschäftigung, zweckmäßigem Einsatz der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte etc. forderte das Programm vor allem die Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen Fragen der Wirtschaftsführung und die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum.

Durchgesetzt wurde lediglich die »qualifizierte Mitbestimmung« in den Unternehmen des Bergbaus und der Stahlindustrie, die *Montanmitbestimmung*, mit der paritätischen Vertretung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten. Das 1952 gegen den Widerstand der Gewerkschaften verabschiedete *Betriebsverfassungsgesetz* legte eine Ein-Drittel-Vertretung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten fest und schloß an das Weimarer Betriebsrätegesetz an. Wie dieses sah es die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern vor. Das Gesetz schloß den Abschluß von Tarifverträgen durch Betriebsräte ausdrücklich aus und sah lediglich begrenzte Mitbestimmungsrechte bei personellen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Arbeitnehmer vor. Tarifpolitik und Mitbestimmung blieben weiterhin strikt getrennt. Eberhard Schmidt resümiert für diese Zeit: »Während die Gewerkschaften ihr Hauptziel – mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen – verfolgten, hatte sich der Kapitalismus mit kräftiger Hilfe der Besatzungsmächte von der Krise des faschistischen Zusammenbruchs erholt und sich neu entfaltet; alle Angriffe der Gewerkschaften, die auf die Verfügungsgewalt über privaten Kapitalbesitz zielten, konnten abgewehrt werden. Die Regelung der Eigentumsverhältnisse der Schwerindustrie zu Beginn der fünfziger Jahre hatte gezeigt, wie rasch die Machtelite der deutschen Industrie wieder in die alten Positionen einrückte.«¹¹

11 Eberhard Schmidt:
Ordnungsfaktor oder
Gegenmacht. Die politische
Rolle der Gewerkschaften,
Frankfurt/M. 1978, S. 39.

Dessenungeachtet blieb die Mitbestimmungsidee in der Gewerkschaftsbewegung aktuell. Im DGB-Grundsatzprogramm von 1963 hieß es, man strebe weiterhin eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie Gleichberechtigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entscheidungen an. Die Bemühungen der sozialliberalen Koalition, 1972 ein Mitbestimmungsgesetz vorzulegen, das die Forderungen der DGB-Gewerkschaften berücksichtigte, scheiterten am Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1976. Die paritätische Mitbestimmung blieb auf dem Papier stehen, denn die

Doppelstimme des Aufsichtsratsvorsitzenden sichert im Konfliktfall die Interessen der Arbeitgeber ab.

Seit den siebziger Jahren stagniert das Engagement der Gewerkschaften, über eine Novellierung der Mitbestimmungsgesetzgebung weitere Mitspracherechte zu erreichen. Offenbar haben sie sich mit den bestehenden Bestimmungen abgefunden. Und das gesellschaftspolitische Klima, einen Reformschub voranzubringen, ist nicht vorhanden. Aber immerhin heißt es auch im Dresdner Grundsatzprogramm des DGB von 1996, in dem der gesellschaftliche Dialog und die Mitbestimmungsidee vertreten werden: »Der Ausbau der Mitbestimmung gehört für uns zum Kern einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Neben mehr Mitbestimmungsrechten in den Betrieben und in den Unternehmen gehören dazu Einfluß- und Gestaltungsrechte im außer- und überbetrieblichen Bereich.«¹²

»Standortpolitik oder Wirtschaftsdemokratie?« – vor dieser Entscheidung stehen die Gewerkschaften am »fin de siècle«, am Übergang ins 21. Jahrhundert.¹³ Die erste Variante folgt den Imperativen des globalen Wettbewerbs und einer pragmatisch-sozialpartnerschaftlichen Interessenvertretung. Variante 2 schließt pragmatisches Handeln, sprich: notwendige Kompromisse mit der Kapitalseite nicht aus, verfolgt aber eine langfristige Perspektive: Schrittweise soll auf die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft, auf ein wie auch immer zu definierendes sozialistisches Projekt hingearbeitet werden. Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung sind essentielle Bestandteile dieses emanzipatorischen Entwurfes, der, auf die Bundesrepublik bezogen, untrennbar mit den Namen Wolfgang Abendroth, Viktor Agartz und Otto Brenner verbunden ist.¹⁴

In den meisten Gewerkschaftsapparaten haben sich allerdings jene »Modernisierer« durchgesetzt, denen es um die Beseitigung gewerkschaftlicher »Anachronismen« und um ein »Management des Wandels« geht, die also zu dem Schluß gekommen sind, daß Tarifpolitik und Mitbestimmung die neuen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Die irritierende Vielfalt des globalisierten Kapitalismus erfordere ein radikales Umdenken im Sinne einer kooperativen Mitgestaltung.¹⁵ Auf die Umbrüche der letzten Jahre hätten die Arbeitnehmervertretungen, so Gerhard Leminsky, Leiter des von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) geförderten Projekts »Perspektiven der Mitbestimmung in Deutschland«, vielfach mit »Stillstand und Besitzstandsdenken reagiert, auch wenn damit Zukunftsfähigkeit nicht zu gewinnen ist«¹⁶. Dazu hätte das von der Wirklichkeit überholte Leitbild beigetragen, die Gesetzgebung des Wohlfahrtsstaates werde, ergänzt durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik, für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen.

Wahr ist, daß die Hoffnung der Arbeiterbewegung, mit der Einführung der politischen Demokratie, der freien Entfaltung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften werde sich in einem zweiten Schritt gleichsam die Demokratisierung der Wirtschaft herbeiführen lassen, mittlerweile an strukturelle Grenzen gestoßen ist. Die fatale Annahme – hier hat G. Leminsky recht – die insbesondere die deutschen Arbeitnehmervertreter als *conditio sine qua non* angesehen haben, der demokratische Staat Sorge von sich aus für

12 Die Zukunft entfalten. Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongreß vom 13. bis 16. November 1996 in Dresden, Düsseldorf 1997, S. 21.

13 Vgl. Frank Deppe, Michael Wendel: Standortpolitik oder Wirtschaftsdemokratie? in: Die Mitbestimmung, Heft 10/1998; Frank Deppe: Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln 1997.

14 Vgl. Wolfgang Abendroth: Zur Funktion der Gewerkschaften in der westdeutschen Demokratie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), Heft 11/1952; Viktor Agartz: Gewerkschaft und Arbeiterklasse. Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung, hrsg. v. Lutz Ziegenbalg, München 1971; Peter von Oertzen: Zwischen Tradition und Modernisierung. Otto Brenner und die moderne deutsche Gewerkschaftsbewegung, in: GMH, Heft 1/1998, S. 48-57.

15 Vgl. Gerhard Leminsky: Irritierende Vielfalt, in: Die Mitbestimmung, Heft 6/1998, S. 43-46; ders.: Bewährungsproben für ein Management des Wandels. Gewerkschaftliche Politik zwischen Globalisierungsfalle und Sozialstaatsabbau, Berlin 1998.

16 Gerhard Leminsky: Irritierende Vielfalt, a.a.O., S. 43.

17 Vgl. Gerhard Leminsky: *Bewährungsproben ...*, a.a.O., S. 28ff.

18 Vgl. Martin Albrow: *Abschied vom Nationalstaat. Staat und Gesellschaft im Globalen Zeitalter*, Frankfurt/M. 1998.

19 Hans Conert: *Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie*, Münster 1998, S. 375f. (Hervorhebungen im Original).

20 Vgl. Jürgen Habermas: *Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie*, in: ders.: *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt/M. 1998, S. 102f.

21 Vgl. Fritz W. Scharpf: *Demokratie in der transnationalen Politik*, in: Ulrich Beck (Hrsg.): *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/M. 1998, S. 229.

22 Die Empfehlungen und einige Beiträge dazu sind abgedruckt in: *Die Mitbestimmung*, Heft 6/1998.

23 Vgl. Wolfgang Streeck: *Die schwierige Gratwanderung zwischen Solidarität und Modernisierung. Krise der Gewerkschaftspolitik?* in: Hans E. Maier, Thomas Schmid (Hg.): *Der goldene Topf. Vorschläge zur Auflockerung des Arbeitsmarktes*, Berlin 1986, S. 104.

24 Vgl. *Die Mitbestimmung*, Heft 6/1998, S. 19.

die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Industriearbeiter¹⁷, hat sich als Irrtum erwiesen.

Zwar kann an der Schwelle zum 21. Jahrhundert niemand seriös vom Ende der Geschichte sprechen. Das »globale Zeitalter« (Martin Albrow¹⁸) hat die kapitalistische Produktionsweise zur Voraussetzung. Diese muß »als das *Übergreifende verstanden werden und Globalisierung als eine ihrer strukturell-funktionalen Tendenzen*, nicht aber umgekehrt Globalisierung als *eigenständiges Phänomen*, dem sich die Volkswirtschaften zu unterwerfen haben«¹⁹. Doch die »neue Qualität« der Globalisierung²⁰ (Intensivierung der Handelsbeziehungen, Zunahme der transnationalen Unternehmen, Beschleunigung der Kapitalbewegungen und verschärfter Wettbewerbsdruck, der oftmals mit Rationalisierung und Lohndumping beantwortet wird) führt zur Schwächung des Nationalstaates, dessen Handlungsspielräume nachhaltig eingeengt werden. Internationale Zusammenarbeit – etwa die Verwirklichung sozialpolitischer Ziele mit den Mitteln der transnationalen Politik im Rahmen der Europäischen Union, auf die insbesondere Sozialdemokratie und Gewerkschaften setzen – hat sowohl mit innenpolitischen Widerständen von Interessengruppen, als auch mit divergierenden Interessen einzelner Nationalstaaten zu kämpfen.²¹

Folgen die Gewerkschaften nunmehr jenen »Empfehlungen zur künftigen Gestaltung der Mitbestimmung«, die von einer gemeinsamen Mitbestimmungskommission der Bertelsmann-Stiftung und der HBS erarbeitet wurden²², würden sie das nachvollziehen, was ihnen der heutige Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung und Leiter des HBS-Forschungsprojekts »Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen« schon 1986 vorgeschlagen hat: sich von einer statischen Verteilungspolitik und von gesellschaftspolitischen Utopien verabschieden und statt dessen die unausweichliche Modernisierung der Industriegesellschaft mit einer »artikulationsfähigen Produktionspolitik« mitgestalten.²³

Einvernehmlich optieren beide Stiftungen für eine »vertrauensvolle Zusammenarbeit« zwischen Arbeit und Kapital. Im Laufe ihrer Entwicklung habe sich die deutsche Mitbestimmungsidee als flexibel genug erwiesen, den wirtschaftlichen und technischen Gegebenheiten verschiedener Branchen und Unternehmen Rechnung zu tragen. In Zukunft gelte es, die »gewachsene Vielfalt der Mitbestimmung (zu) respektieren und die einzelfallbezogene Optimierung der Mitbestimmungspraxis unter Berücksichtigung betriebs- und unternehmensspezifischer Besonderheiten differenziert zu unterstützen«²⁴. Kooperation sei produktiv für den härter werdenden Wettbewerb und könne für die Unternehmen strategisch nutzbar gemacht werden.

Der sich derzeit durchsetzenden Tendenz zur Verbetrieblichung der Mitbestimmung wird das Wort geredet. Das Stichwort gewerkschaftliche »Gegenmacht« hat daher offenbar ausgedient. Es wird nicht nur der Vorrang von Unternehmerinteressen – zu Lasten betrieblicher Interessenvertretung – anerkannt. Man ist bereit, selbst den erodierenden Flächentarifvertrag zur Disposition zu stellen, wenn dadurch Arbeitsplätze erhalten bleiben. Insgesamt verfestigt sich der Eindruck, daß die deutsche (und wohl auch große Teile der

europäischen) Gewerkschaftsbewegung dem in sozialdemokratischen Kreisen vorherrschenden neoliberalen Zeitgeist ihren Tribut zollt.

Damit stellen maßgebliche Vertreter der Gewerkschaftsbewegung, darunter das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall Karin Benz-Overhage, der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai und die HBV-Chefin Margret Mönig-Raane, einen wesentlichen Bestandteil der klassischen gewerkschaftlichen Mitbestimmungsidee in Frage. Nach dieser Lesart bedingen marktwirtschaftliche Steuerung und sozialstaatliche »Reformen« einander im Sinne einer Beschränkung auf das ökonomisch Vertretbare. Der Anspruch, die kapitalistische Gesellschaft umfassend zu reformieren, gegebenenfalls die dem kapitalistischen Wettbewerb unterliegenden Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen in Frage zu stellen, wird fallen gelassen. Vorschläge gewerkschaftsnaher Theoretiker, selbstverwaltete Produktion, Ansätze einer ökosozialen Modernisierung, Neudefinition des Verhältnisses »Interessenvertretung und Kultur«²⁵, geschweige denn die von Oskar Negt geforderten »Erweiterungen des politischen Mandats der Gewerkschaften« via Kampf um massive Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitsumverteilung²⁶ haben kaum Chancen, umgesetzt zu werden.

Um zu verhindern, daß es im globalen Zeitalter künftig einen »Kapitalismus ohne Gewerkschaften« gibt²⁷, gilt es, jene Möglichkeiten auszuloten, die jüngst Peter Waterman mit dem Stichwort eines »New Labour Internationalism« umschrieben hat. Mehr denn je muß eine globale Zusammenarbeit sozialer Bewegungen angestrebt werden, um dem Druck der transnationalen Konzerne entgegenwirken zu können. Wie die Geschichte zeigt, bringt die Internationalisierung des Kapitals nicht automatisch einen neuen Internationalismus hervor. Internationalisierung wird laut Waterman kein internationalistisches Subjekt im globalen Proletariat kreieren. Vielmehr ergibt sich ein globaler Internationalismus nur durch die Selbst-Kreation von populären, nicht-territorialen Identitäten und ihrer Kombination in selbstbewußte, demokratische und sich selbst aktivierende internationalistische Subjekte.²⁸

25 Vgl. Hoffmann u.a. : Jenseits der Beschluslage ..., a.a.O.

26 Vgl. Oskar Negt: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um Arbeitszeit, Frankfurt/M. 1987, S.121-164.

27 Vgl. Gisbert Schlemmer u.a. (Hrsg.): Kapitalismus ohne Gewerkschaften? Eine Jahrhundertbilanz, Hamburg 1999.

28 Vgl. Peter Waterman: Globalization, Social Movements & the New Internationalisms, London 1998, p. 48.

BERND RIEXINGER

Auswege aus der politischen Krise der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben nach dem vereinigungsbedingtem Zustrom neuer Mitglieder in den letzten acht Jahren über drei Millionen Mitglieder verloren. Der Trend nach unten ist ungebrochen. Im Osten verläuft er dramatisch; aber auch im Westen verlieren alle Gewerkschaften kontinuierlich Mitglieder. Nur noch jeder vierte Lohnabhängige ist Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Mitglieder, die in Betrieben arbeiten, ab, während die Zahl der arbeitslosen Mitglieder und jener, die Rente empfangen, stetig steigt. Bei den Angestellten und im schnell wachsenden Dienstleistungsbereich liegt der Organisationsgrad unter 20 Prozent. Die Gewerkschaften verlieren an Bedeutung.

Die Ursache für diese Entwicklung wird in den Gewerkschaften unterschiedlich beurteilt. Für die Mehrheit hat sich das deutsche »Modell« der Sozialpartnerschaft durchaus bewährt. Dieses Modell muß jedoch modernisiert und den neuen Verhältnissen angepaßt werden. In unterschiedlichen Abstufungen wird dabei einer flexibleren Tarifpolitik (Branchenfenster), einer aktiveren Gestaltung der Arbeitsbedingungen, einer stärkeren standort- und betriebsbezogenen Mitbestimmung und einer fach- bzw. branchenbezogenen Gewerkschaftsarbeit das Wort geredet. Die Massenarbeitslosigkeit soll in einem Bündnis mit dem Kapital und dem Staat reduziert werden (Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit). Um diese Modernisierung vollziehen zu können, ist eine Neuordnung der Gewerkschaften und des DGB erforderlich. Die geplante Gründung der neuen Dienstleistungsgewerkschaft, Ver.di, und der gegründete Dienstleistungsverbund der Industriegewerkschaften sind Ausdruck dieses Verständnisses.

Die Minderheitsmeinung, in erster Linie getragen von Teilen der Linken, vertritt die Position, daß die Krise der Gewerkschaften in erster Linie eine geistig-politische ist und ihre Hauptursache im Formationswandel des Kapitalismus hat.

Krise der Sozialpartnerschaft

Die Krise der Gewerkschaften ist letztlich eine Krise der Sozialpartnerschaft oder gar eine Krise des Sozialreformismus. Die auf das fordistische Akkumulationsmodell gestützte sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaften kam mit diesem in die Krise und zwar in mehrerer Hinsicht:

Erstens: Die Herausbildung eines neuen Akkumulationsmodells (flexible Fertigung, Toyotismus) veränderte sowohl die Arbeits-

Bernd Riexinger – Jg, 1955,
Bankkaufmann, Geschäftsführer der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im Bezirk Stuttgart.
Regelmäßige Veröffentlichungen in »Sozialismus«, Mitglied im Beirat des Forums Gewerkschaften.

und Sozialbeziehungen als auch die Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch sinkende industrielle Beschäftigung, wachsende Beschäftigung im Dienstleistungssektor, vor allem jedoch durch zunehmende Spaltungen und soziale Differenzierungen, die die Basis der bisherigen Gewerkschaftspolitik aushöhlte.

Zweitens: In noch weit stärkerem Maße brachte jedoch die Aufkündigung der sogenannten sozialdemokratischen Nachkriegsära durch das Kapital und die Durchsetzung einer neoliberal/konservativen Wirtschafts- und Sozialpolitik die Gewerkschaften – nicht nur in Deutschland – in die Defensive, aus der sie bis heute nicht herausgekommen sind.

Drittens: Inzwischen hat die neue rot/grüne Regierung mit dem Blair/Schröder-Papier auch theoretisch Abschied von einer keynesianisch geprägten Nachfragepolitik genommen. Mit dem Sparpaket von Eichel wird die Tradition der Sparpakete der konservativ/liberalen Regierung fortgesetzt. Im Unterschied zu dem politischen Modell der konservativen Regierung ist die neue Politik mit einer Vielzahl von Moderations- und Integrationsangeboten verbunden, deren Kern das Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit werden soll. Diese wettbewerbskorporatistische Dauerveranstaltung kann durchaus die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Regierungskoalition gefährden und die politische Krise der Gewerkschaften verstärken, wenn die Gewerkschaften auf einen eigenständigen kritischen politischen Standpunkt und auf außerparlamentarische Mobilisierung verzichten.

Viertens: Verstärkt wird dies durch die wachsende Globalisierung der Wirtschaft, die in den durch die neoliberale Politik vorgegebenen Spuren verläuft und deren Ergebnisse verstärkt. Zum einen ist Globalisierung heute als Fortsetzung der Standortdebatte ein ideologischer Kampfbegriff, der dazu benutzt wird, die Beschäftigten und ihre Organisationen weiter in die Defensive zu bringen, wenn es um die Senkung der Kosten der Ware Arbeitskraft geht, zum anderen sichert die zunehmende internationale Kapitalverflechtung, die wachsende Konzentration und größere Standortunabhängigkeit der Systemführer (Multis) eine strukturelle Übermacht über die nach wie vor national organisierten Arbeiter und Angestellten. Wie stark inzwischen die neoliberale Hegemonie ist, zeigen die Vorgänge um den Rücktritt von Oskar Lafontaine als Finanzminister und SPD-Vorsitzender.

Die Gewerkschaften wurden gleich von mehreren Seiten in die Zange genommen. Ihre Machtbasis wurde durch die sinkende Industriearbeiterschaft geringer. Die Kapitalseite blies zum Angriff auf lang erkämpfte Errungenschaften, was bedeutet: Deregulierung der Märkte, die Umgestaltung des öffentlichen Sektors, vor allem den Abbau des Sozialstaates und die Zerstörung seiner Institutionen, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, niedrigere Besteuerung der Unternehmen und Aufbau einer Kultur privater Vorsorge und persönlicher Risiken durch Zerstörung solidarischer Werte und Moralvorstellungen. Gleichzeitig wird die gewerkschaftliche Solidarität durch den Versuch, die Menschen auf marktgerechtes Verhalten zu trimmen, ausgehöhlt. Auch die Beschäftigten sollen in ihrem Bewußtsein Unternehmersubjekte werden.

»Gewerkschaften vertreten die Interessen der Menschen, die im Arbeitsleben stehen, die eine Ausbildung und Arbeit anstreben, arbeitslos oder im Ruhestand sind. ...

Sie wurden gebildet, um durch Zusammenhalt wirksame Gegenmacht gegen Arbeitgeber- und Kapitalmacht zu schaffen und um Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden.«
Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen auf dem a. o. Bundeskongreß vom 13. bis 16. November 1996 in Dresden.

»Wir engagieren uns für eine weitere Demokratisierung von Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft, für Menschen- und Bürgerrechte und Chancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, selbstbestimmt arbeiten und leben zu können.«
Ebenda.

»Die Gewerkschaften ... sind auch an der Schwelle zum 21. Jahrhundert die entscheidende Grundlage, den Frieden in Europa wie weltweit zu sichern und soziale Interessengegensätze und Konflikte ausgleichen zu können.«
Ebenda.

»Anpassen oder untergehen«

Obwohl es immer wieder Versuche gab, sich diesen Tendenzen durch Tarifikämpfe entgegenzustemmen, wobei in aller Regel die vorhandenen Mobilisierungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden, ist die Entwicklung der Gewerkschaften eher durch Anpassung an die vorherrschende Politik gekennzeichnet als durch die Entfaltung und Verbreiterung des Widerstandes. »Anpassen oder untergehen« lautete im übrigen ein Artikel des DGB-Vorsitzenden Schulte zur Reform der Gewerkschaften.

Dieser Anpassungsprozeß drückt sich u.a. in zahllosen Versuchen aus, ein neues Konsensmodell zu schaffen. Der aktuellste ist das Bündnis für Arbeit. Alle diese Konsensmodelle laufen Gefahr, durch Angebote an Regierung und Unternehmer weiteren ideologischen Flankenschutz für den Abbau erreichter Standards auf nahezu allen Handlungsfeldern gewerkschaftlicher Politik in Betrieb, Branche oder der Gesellschaft zu geben und so die Krise der Gewerkschaften weiter zu verschärfen.

Für einen grundlegenden Perspektivenwechsel

Wenn die Gewerkschaften aus ihrer Krise herauskommen wollen, müssen sie einen grundlegenden politischen Perspektivenwechsel vornehmen, der mit dem radikalen Bruch mit der neoliberalen Politik und ihren Prämissen beginnen muß.

Dabei gilt es nicht nur, die faktisch falschen Behauptungen, wie z. B. unbewiesene Standortnachteile, zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, usw. zurückzuweisen, sondern insbesondere die dahinter liegenden Annahmen und Theorien glaubhaft zu widerlegen. Dazu gehören in erster Linie: *Erstens*: Märkte neigen zum Gleichgewicht und der Eingriff des Staates in die Wirtschaft verursacht die Krisen. *Zweitens*: Wachstum schafft Arbeitsplätze – richtig ist vielmehr, daß wir ein Phase der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung erreicht haben. *Drittens*: Es gibt einen negativen Zusammenhang zwischen hohen Löhnen und Arbeitslosigkeit – richtig ist vielmehr, daß es an Massenkaukraft mangelt. *Viertens*: Die Sozialkosten laufen davon und wir können uns den Sozialstaat ohne Einschnitte nicht mehr leisten. *Fünftens*: Die Globalisierung ist ein Naturgesetz, dem die Menschen und Regierungen hilflos gegenüberstehen und sich nur noch anpassen können. *Sechstens*: Ökologische Politik schadet nur der wirtschaftlichen Entwicklung und vernichtet Arbeitsplätze. *Siebentens*: Unternehmerisches Handeln und Investitionen schaffen per se Arbeitsplätze. *Achtens*: Es gibt keine Alternativen zum System kapitalistischer Marktwirtschaften.

Europäisch/internationales Politikverständnis entwickeln

Ein grundlegender Perspektivenwechsel muß weiterhin ein europäisch/internationales Politikverständnis entwickeln, das sich außerhalb der nationalstaatlichen Standortlogik bewegt. Nationale Konzessionspolitik, um Vorteile im internationalen Konkurrenzkampf zu ermöglichen, behindert die internationale Vernetzung. Unter den veränderten Bedingungen sich internationalisierender Märkte und Produktionsstrukturen erfordert eine nachhaltige

»Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie die gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfaßter Marktwirtschaften. Gleichzeitig haben Widersprüche politisches und gesellschaftliches Gewicht bekommen, die nicht auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind.«
Ebenda.

Bewahrung bzw. Verbesserung von Kampfkraft eine grenzüberschreitende Koordination gewerkschaftlicher Politik auf Konzern-ebene, entlang logistischer Produktionsketten und auch auf der Ebene der Tarifpolitik. Nur so kann die gewerkschaftliche Grundfunktion, die Verminderung der Konkurrenz unter den Anbietern der Ware Arbeitskraft, erfolgversprechend wahrgenommen werden und eine Angleichung der Standards als Entwicklung nach oben statt nach unten eingeleitet werden.

Weitere Elemente eines Perspektivenwechsels:

Die Gewerkschaften dürfen sich nicht auf die Interessenvertretung schwindender Kernbelegschaften reduzieren, sondern müssen einerseits die zunehmenden Spaltungsprozesse, Prekärisierung und Verarmung der Arbeiterklasse bekämpfen, andererseits die Arbeitslosen und prekärisierten Menschen vertreten, ebenso die Rentner sowie für deren materielle Interessen und soziale Integration eintreten.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß im Zentrum der aktuellen Gewerkschaftspolitik stehen. Aus ökonomischen und ökologischen Gründen ist Vollbeschäftigung über Wirtschaftswachstum nicht mehr möglich. Deshalb ist ein wichtiges Element gegen die Massenarbeitslosigkeit die Umverteilung von Arbeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Ohne staatliche Arbeitsmarktpolitik und die Ausdehnung öffentlicher Beschäftigung wird es keinen Abbau der Massenarbeitslosigkeit geben. Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit muß auf die politisch/gesellschaftliche Ebene ausgedehnt werden.

Die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums darf nicht länger tabuisiert werden. Die Frage einer gerechteren Reichtumsverteilung stellt sich dabei auf jeder Ebene, der nationalen, wie auch der internationalen, der tariflichen, wie der politischen.

Eine Fortsetzung des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells ist ökologisch gefährlich. Eine Ökonomie, die beständig die ökologischen Lebensgrundlagen zerstört, ist nicht tragbar. Ökologische und soziale Ziele sollen deshalb miteinander verbunden werden.

Die zunehmende Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsleben bzw. deren Prekärisierung durch deregulierte Arbeit, als klassische Form des »Abbaus« der Massenarbeitslosigkeit, droht die Erfolge der Frauenbewegung zunichte zu machen. Dies zu bekämpfen und für emanzipatorische Lösungen einzutreten, gehört ebenfalls zum unerläßlichen Bestandteil einer fortschrittlichen Gewerkschaftspolitik.

Die Tendenz zu autoritären Strukturen in Betrieben und der Gesellschaft muß von den Gewerkschaften bekämpft und mit den Forderungen nach mehr Demokratie, Aufhebung der Trennung von Ökonomie und Demokratie verbunden werden. Dabei soll immer wieder verdeutlicht werden, daß Demokratie und soziale Gerechtigkeit nicht voneinander getrennt werden können.

Die Gewerkschaften müssen nach innen demokratisiert werden. Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz, Konflikte auf Spitzengesprächsebene zu »lösen«, gefaßte Beschlüsse leichtfertig der

»Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung nehmen zu. Der Konsens, der unsere Gesellschaft über Jahrzehnte geprägt hat und der in unserer Sozialstaatlichkeit zum Ausdruck kommt, droht zu zerfallen. Wenn Teile der Politik und der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände dem Sozialstaat, Arbeitnehmerrechten und dem Flächentarifvertrag grundsätzlich den Kampf ansagen, ist es eine prinzipielle und aktuelle Aufgabe der Gewerkschaften, einer Systemwende nach rechts, gegen den Marsch in einen ungezügelt Kapitalismus, Widerstand zu leisten.«
Ebenda.

»Soziale Gerechtigkeit bei ökologischer Erneuerung ergibt sich nicht aus dem Selbstlauf des Marktes ... Marktradikalismus und Deregulierung tragen zur Entfesselung gerade der zerstörenden Kräfte bei ... Soziale Gegenmacht und gesellschaftliche Gestaltung bleiben unverzichtbar.«
Ebenda.

»Veränderte Lebenserfahrungen und Wertorientierungen führen oftmals zu mehr Selbstbezogenheit, Vereinzelung und sozialer Kälte. Aber auch Wünsche der Menschen nach Selbstentfaltung und Eigeninitiative, nach selbstbestimmter Arbeit, Beteiligung und Mitbestimmung werden gestärkt. Es entstehen neue Erfahrungen und Voraussetzungen dafür, daß Mitbestimmung und Demokratisierung von Arbeitswelt und Wirtschaft zu einer die Menschen bewegenden Idee werden können.«
Ebenda.

Tagespolitik zu opfern, keine Forderungsdiskussionen an der Basis zu führen, sondern diese über die Medien zu propagieren, baut innergewerkschaftliche Demokratie ab und fördert die Lethargie der Mitglieder. Demgegenüber soll die Mitgliederbeteiligung durch Formen direkter Demokratie ausgebaut werden.

Das Nachtrauern nach dem verlorengegangenen »Rheinischen Modell« des Kapitalismus lähmt die Diskussion über grundlegende Alternativen zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Eine Öffnung der innergewerkschaftlichen Diskussion über neue Eigentumsformen, gesellschaftliche Regulierung, demokratische Kontrolle der Ökonomie, ein neues Verhältnis von Markt und Plan, kurz über neue fortschrittliche Formen der Vergesellschaftung auf dem heutigen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte könnte diese Lähmung beseitigen.

Und letztens werden die Gewerkschaften neue Arbeitskampfformen und Strategien entwickeln müssen, wenn sie nicht ohnmächtig der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuschauen wollen. Dazu gehört die Enttabuisierung des politischen Streiks wie auch der Aufbau sozialer Netzwerke für Kampagnen verschiedener Art, die auch Formen wie Boykott, Störung der Betriebsabläufe, Betriebsbesetzungen, Straßenblockaden usw. nicht ausschließen. Diese häufig praktizierten, jedoch selten verallgemeinerten Arbeitskampfformen können in Verbindung mit dem politischen Perspektivenwechsel das emanzipatorische Potential bei den Gewerkschaftsmitgliedern verstärken.

Einen Perspektivenwechsel der gewerkschaftlichen Politik wird es ohne starke Einmischung der Gewerkschafts-Linken und deren Vernetzung sowie Verständigung nicht geben können. Die linken und marxistischen Intellektuellen können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie sich an der Erarbeitung einer inhaltlichen Plattform der Gewerkschafts-Linken beteiligen.

TIM MURPHY

Drogenpolitik und die Linke

Gegenwärtig ist das Verbot von bestimmten psychoaktiven Drogen fester Bestandteil der Politik in nahezu allen Ländern. Keine der großen politischen Ideologien unserer Zeit wendet sich direkt gegen diese Praxis. In diesem Artikel wird jedoch die Ansicht vertreten, daß gerade die sozialistische Bewegung ihre Position in dieser Frage ändern sollte, so daß sie ein wichtiger Teil der weltweiten Kampagne für die Beendigung des Drogenverbots wird. Anders gesagt, in die politische Philosophie des Sozialismus sollte die Forderung nach einer Legalisierung der gegenwärtig verbotenen psychoaktiven Drogen aufgenommen werden.

Die hier exponierte Forderung ist an sich doppelter Natur. Einmal geht es darum, daß heute noch verbotene Drogen legalisiert werden, und zum anderen darum, daß diese Position Bestandteil des sozialistischen politischen Denkens wird. Viele Menschen lehnen diese beiden Ideen wahrscheinlich intuitiv ab. Im allgemeinen werden Drogen als eine Art »Geißel« oder auch als »Bedrohung« für die Grundlagen der sozialen Ordnung wahrgenommen. Und in den meisten Staaten herrscht noch immer die Vorstellung, daß das Drogenverbot – oder wie es auch genannt wird: der »Krieg gegen die Drogen« – selbstverständlich notwendig und richtig ist. Bezüglich des zweiten Moments gehen Sozialisten normalerweise davon aus, daß die Idee der Legalisierung von Drogen allein dem kapitalistischen Ideal des Liberalismus bzw. dem Streben nach noch größerer wirtschaftlicher Effizienz entspringt. Sozialistisch orientierte Analysen der Drogenpolitik konzentrieren sich häufig auf den Zusammenhang zwischen verschiedenen Formen strafrechtlicher Verfolgung des Drogenmißbrauchs und anderen, aus der Klassenzugehörigkeit resultierenden Arten von Benachteiligungen und kommen zu dem Schluß, daß Drogen lediglich einen zusätzlichen »Mechanismus der Unterdrückung« darstellen.

Vor allem aufgrund dieser intuitiven Ablehnung der Idee ist die Forderung nach einer »sozialistischen Legalisierung von Drogen« sowohl schwer zu verstehen als auch schwer zu verwirklichen. Darüber hinaus ist Drogenpolitik insgesamt ein außerordentlich komplexes Phänomen: Es umfaßt gleichzeitig medizinische, psychologische, moralische, soziale, rechtliche, wirtschaftliche und philosophische Aspekte. Jede ernst zu nehmende Diskussion dieser Politik muß daher ebenfalls komplex angelegt sein.

Natürlich erfordert es der begrenzte Raum dieses Artikels, daß hier auf eine ausführliche Begründung der Argumente weitgehend

Tim Murphy – Jg. 1967; Dozent für Rechtswissenschaften am University College Cork, unterrichtete vorher u.a. im Vereinigten Königreich, in Frankreich und in Indien, arbeitet gegenwärtig an seiner Doktorarbeit; wichtige Publikationen: »Rethinking the War on Drugs in Ireland« (1996), »Ireland's Evolving Constitution 1937-97: Collected Essays« (Mitherausgeber, 1998).

Der vorliegende Artikel ist eine überarbeitete Fassung des Beitrags, den der Autor zum Wettbewerb um den Lelio-Basso-Preis 1998 eingereicht hat.

verzichtet werden muß. Trotzdem hofft der Autor darauf, daß die im folgenden vorgestellten Gesichtspunkte zumindest zu einem vertieften Nachdenken über einen Fragenkomplex anregen, der in der Öffentlichkeit oft höchst oberflächlich und hochgradig emotionalisiert behandelt wird.

Bereits ein erster Blick auf die Problematik läßt erkennen, daß der legalisierte Gebrauch von Drogen durchaus positive Konsequenzen in bezug auf eine bessere Aufklärung, hinsichtlich einer weniger gesundheitsschädigenden Anwendungsweise und nicht zuletzt in Hinblick auf den Rückgang jener Straftatbestände hätte, die – wie z.B. die Beschaffungskriminalität – in engem Zusammenhang mit dem Drogenverbot stehen.

Es gibt also durchaus noch andere ernsthafte Gründe für eine Legalisierung als liberale bzw. effizienzfixierte Interessen, weil eine Freigabe des Drogenkonsums in faktisch allen gesellschaftlichen Bereichen – und gerade auch in bezug auf die sozial benachteiligten Schichten – die mit dem Drogenmißbrauch verbundenen Schäden deutlich reduzieren würde. Die Forderung nach Legalisierung von Drogen ist allein schon deshalb ein durch und durch sozialistisches Argument, weil damit der Drogenkonsum in den psychologischen und soziokulturellen Kontext gestellt wird, in den er tatsächlich gehört.

Die Argumente für eine sozialistische Drogenpolitik werden im folgenden in sechs Schritten entfaltet. Im ersten Abschnitt wird zunächst grob der Hintergrund des weltweit geführten »Krieges gegen die Drogen« beleuchtet. Daran schließt sich eine Erörterung der Folgen des Drogenverbots und der Nachweis des praktischen Versagens dieser Konzeption an. Der dritte Teil umreißt die traditionelle sozialistische Position zum Drogenproblem und zeigt, daß dieses Herangehen in die Irre führt, weil es sich von Modellen leiten läßt, die sämtlich auf ein Verbot hinauslaufen. Im vierten und fünften Teil werden sowohl die medizinischen als auch die moralischen Fehler und Mythen, mit denen ein Drogenverbot gerechtfertigt wird, kritisiert. Abschließend werden die Grundlagen einer neuen sozialistischen Position zum Drogengebrauch vorgestellt.

Das Drogenverbot – ein Überblick

Als Droge wird gemeinhin eine chemische Substanz bezeichnet, die im menschlichen Körper Funktionsveränderungen entweder mentaler, physischer oder auch emotionaler Art hervorruft. Der Konsum von Drogen ohne medizinische Indikation ist schon seit ewigen Zeiten ein Merkmal menschlichen Verhaltens. Nach Andrew Weil war die Einnahme von Substanzen, die das Bewußtsein verändern, »überall auf der Welt und in allen Epochen der Geschichte eine alltägliche Gewohnheit« (Weil 1986: 17). Gegenwärtig sind vor allem folgende Drogen auch außerhalb medizinischer Behandlung in Gebrauch: Koffein, Nikotin, Alkohol, Haschisch, Amphetamine, MDMA oder »Ecstasy«, LSD, Heroin, Kokain sowie eine Reihe von pharmazeutischen Drogen wie z.B. Barbiturate. Diese Drogen beeinflussen die Stoffwechselfunktionen und wirken so beruhigend oder stimulierend auf das Nervensystem oder sie erzeugen Halluzinationen oder beides.

Im allgemeinen können drei Formen der rechtlichen Kontrolle des Drogengebrauchs unterschieden werden.

Erstens wird der Gebrauch von Alkohol, Nikotin und Koffein in bestimmten Kulturen als weithin »akzeptierte« Gewohnheit angesehen. Deshalb gibt es für den Umgang mit diesen Drogen kaum rechtliche Restriktionen.

Zweitens werden verschiedene therapeutische Drogen wie z.B. Barbiturate in Schlaf- bzw. Beruhigungsmitteln auch zu nichtmedizinischen Zwecken gebraucht. Zu ihrem legalen Erwerb ist in der Regel eine ärztliche Bescheinigung erforderlich.

Drittens schließlich gibt es Drogen, deren Herstellung, Besitz, Weitergabe und Verkauf als Straftatbestand eingestuft werden. Diese Substanzen – vor allem Haschisch, Amphetamine, »Ecstasy«, LSD, Heroin und Kokain – sind in nahezu allen Staaten verboten; in einigen Staaten trifft dies zudem auf die weithin legale Droge Alkohol zu.

Das Verbot bestimmter Drogen ist ein historisch spezifisches Phänomen, das sich erst im Laufe des 19. Jahrhunderts insbesondere im Zusammenhang mit einer veränderten Einstellung der Öffentlichkeit zum Alkohol- und (später) zum Opiumkonsum herausgebildet hat (vgl. dazu ausführlich Duster 1970; Musto 1987). In Europa und den Vereinigten Staaten hat sich dabei eine Praxis gesellschaftlich durchgesetzt, die idealtypisch als »Abschreckungsansatz« bezeichnet werden kann (vgl. van de Wijngaart 1991: 99-104). Historisch gesehen ist dieses Herangehen die unmittelbare Konsequenz einerseits einer Strategie der interventionistischen Bearbeitung von Problemen, die aus sozialer Differenzierung und Exklusion resultieren. Zum anderen reflektiert sich darin eine positivistische Weltanschauung, in der menschliche Wesen als im wesentlichen passive Organismen begriffen werden, die vor allem auf äußeren Druck reagieren. Aus dieser Perspektive werden »Drogenprobleme« in erster Linie durch das Vorhandensein der Substanzen selbst ausgelöst. Personen, die Drogen konsumieren, gelten folglich als »abhängig« bzw. fremdbestimmt. Aus der Abschreckungsperspektive gibt es folglich zwei Sichten auf den Drogengebrauch. Die »medizinische Sicht« bezieht sich vor allem auf die Abhängigkeit produzierende Wirkung und betrachtet diese Abhängigkeit als »Krankheit« (»Sucht«). In der »moralisch-rechtlichen Perspektive« werden alle illegalen Drogen als gefährlich und ihr Gebrauch als Verfehlung bzw. verurteilt. Die restriktive Drogenpolitik einzelner Staaten wird daher mittels einer Mischung aus medizinischen und moralischen Erwägungen gerechtfertigt.

Die politischen Maßnahmen, die aus der Illegalisierung von Drogen folgen, liegen auf der Hand. Da ist zum einen die »Reduzierung des Angebots« – Polizeigewalt und strafrechtliche Sanktionen werden zum »Kampf« gegen die Zirkulation verbotener Drogen eingesetzt. Zum anderen geht es stets um eine »Verminderung der Nachfrage« – potentielle Nutzer sollen möglichst abgeschreckt werden. In extremen Fällen, wie zum Beispiel in Schweden, werden Entziehungskuren sogar zwangsweise verordnet (zum Fanatismus in der schwedischen Drogenpolitik vgl. Gould 1994; Yates 1996).

Für die typische Verflechtung von »medizinischen« und »moralischen« Argumenten zum Drogenverbot sei hier nur ein prominentes Beispiel angeführt. Anlässlich des Starts einer auf fünf Jahre angelegten »Anti-Drogen-Kampagne« erklärte der US-Präsident Bill Clinton: »Jedes Mal, wenn Jugendliche fernsehen, die Zeitung lesen oder im Internet surfen, werden sie mit der nachdrücklichen Botschaft konfrontiert, daß der Konsum von Drogen falsch, illegal und möglicherweise tödlich ist« (zit. bei Gurdon 1998).

In einem Schreiben der Gegner des Drogenverbots an den UN-Generalsekretär Kofi Annan wird der jährliche Gewinn der illegalen Drogenindustrie auf 400 Milliarden US-Dollar oder rund acht Prozent des Welthandels geschätzt (vgl. Lindesmith Centre 1998).

Die drei bekannten Haupterzeugerregionen illegaler Drogen – die »Kokain Triade« Peru, Bolivien und Kolumbien, der »Goldene Halbmond« mit Pakistan und Afghanistan und das »Goldene Dreieck« im Grenzgebiet von Burma, Thailand und Laos – stellen herausragende Beispiele von Ökonomien dar, die weitgehend von der Drogenproduktion abhängen. Allerdings besteht in der »geographischen Verteilung der Profite« ein großes Gefälle zugunsten von Drogendealern und korrupten Beamten in Europa und Nordamerika.

Unter Anspielung auf den kaum eingeschränkten Zugang zu Alkohol und Nikotin bemerkte jüngst ein irischer Experte, daß das grundlegende Problem der vorbeugenden Aufklärung über die Gefahren des Konsums von Alkohol oder andern Drogen darin besteht, daß in dieser Arbeit »solange nicht rational und logisch konsistent argumentiert werden kann, wie die diesbezügliche nationale und internationale Praxis selbst höchst widersprüchlich ist« (Butler 1994: 137).

Das Drogenverbot – ein praktischer Fehlschlag

Die Feststellung, daß das Drogenverbot nicht sonderlich erfolgreich war, ist eine völlige Untertreibung – nach Eric Hobsbawm sind Drogen zwar auf der ganzen Welt »mit unterschiedlicher Konsequenz, aber überall mit hochgradiger Ineffizienz« (Hobsbawm 1994: 334) verboten. Angebotsseitig hat sich inzwischen eine regelrechte Drogen-Ökonomie etabliert, die ein gewaltiges internationales Geflecht bildet und zahllose nationale Netzwerke für Produktion und Verteilung errichtet hat. Angesichts der tief gestaffelten Handelsstrukturen und der Unmöglichkeit, alle diese Kanäle zu verstopfen, und wenn zudem in Rechnung gestellt wird, daß die Anreize zur Beteiligung an der Drogen-Ökonomie solange fortbestehen, wie die Profite – auch aufgrund des Verbots – derart hoch sind, kann es kaum überraschen, daß in den meisten Ländern (trotz des Verfolgungsdrucks) illegale Drogen ziemlich leicht erhältlich sind. Die punktuellen Fahndungserfolge, die von den Medien meist sensationell aufgemacht werden, stellen lediglich die Spitze des Eisbergs dar.

Da auch die Linke in der Regel innerhalb nationalstaatlicher Grenzen denkt und sich nicht selten als »Repräsentant der gesamten Nation« (Hobsbawm 1996: 45) begreift, bleiben auch viele sozialistisch inspirierte Analysen der Drogenpolitik eigenartig borniert. Die internationalen Aspekte der Problematik werden auch hier eher verdunkelt. Wie 1989 der Congressional Research Service der USA festgestellt hat, »würden massive Erfolge bei der Bekämpfung der Drogenherstellung, wenn sie nicht von entsprechenden wirtschaftlichen Fördermaßnahmen begleitet werden, lediglich ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit, drastische Währungsabwertungen und den weitgehenden Zusammenbruch regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie schließlich die Verstärkung von Wanderungsbewegungen in die Slums der Großstädte zur Folge haben« (zit. nach Fox/Mathews 1991: 115). Obwohl sich diese Aussage vor allem auf Lateinamerika bezieht, kann sie durchaus verallgemeinert werden. Solange es praktisch keine Alternativen zur Produktion von Coca, Marihuana und Opium gibt, wird der Krieg gegen die Drogen kaum zu durchgreifenden Veränderungen führen (vgl. Boyd/Lowman 1991: 123).

Alle Versuche, die Nachfrage zu reduzieren, sind gleichfalls fehlgeschlagen. Obwohl jede quantitative Schätzung des illegalen Gebrauchs – früher wie heute – höchst problematisch ist, bestehen doch kaum Zweifel daran, daß es in den sechziger Jahren einen beträchtlichen Anstieg vor allem in Europa und Nordamerika gegeben hat und daß das Konsumniveau – auch wenn es seither durchaus Schwankungen gab – noch immer relativ hoch ist und tendenziell steigt. Tatsächlich ist, ironischerweise, die Nachfrage und die Verfügbarkeit von illegalen Drogen in den Vereinigten Staaten am höchsten, in einem Land, das an der Spitze des internationalen Krieges gegen die Drogen steht (vgl. Gurdon 1998).

Was die präventive Aufklärung angeht, so wird von vielen Kennern der Szenerie eingeräumt, daß es sich dabei um eine hochgradig symbolische Veranstaltung handelt. Die Neigung zum Drogenkonsum wurde damit jedenfalls kaum merklich zurückgedrängt. Im

Zusammenhang mit dem Drogenverbot muß aber nicht nur auf das faktische Versagen aller vorbeugenden Maßnahmen, sondern auch auf die mit ihm verbundenen enormen sozialen und wirtschaftlichen Kosten verwiesen werden. Zu den am meisten offensichtlichen Kosten zählen u. a. die Aufwendungen zur rechtlichen Durchsetzung des Verbots (einschließlich Polizei-, Gerichts- und Gefängniskosten), die unvermeidliche Tendenz zur fortwährenden Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und die Entfremdung von an sich unbescholtenen Menschen von Recht und Ordnung, in die sie durch das Verbot des Drogenkonsums getrieben werden. Weniger offensichtlich sind die Kosten, die durch Straftaten in Verbindung mit der Kriminalisierung von Drogen entstehen. Auch wenn der Zusammenhang von »Drogenmißbrauch« und Eigentumsdelikten allgemein anerkannt ist, wird doch oft verkannt, daß es nicht die »Drogen« sind, die diese Kriminalität auslösen, sondern ihr Verbot. In bezug auf Eigentumsdelikte muß das Drogenverbot aufgrund seiner preistreibenden Wirkung geradezu als kriminalitätserzeugend (criminogenic) angesehen werden. In dem Maße, wie der Krieg gegen die Drogen an sich billige Substanzen extrem verteuert, wird er zum direkten Auslöser von Beschaffungskriminalität. Diese Straftaten werden daher nicht durch »Drogenmißbrauch« verursacht, sondern dadurch, daß die Nachfrage auf einem Markt befriedigt werden muß, der durch den Staat illegalisiert und damit in den Untergrund getrieben wurde. Ferner wird oft behauptet, daß die »Drogen« erst das kriminelle Drogenmilieu hervorbringen, aber auch diese Art von Kriminalität wird erst durch das Verbot erzeugt. Das Verbot schafft (oder begünstigt zumindest) eine Gruppe von Kriminellen – nämlich jene, die den Drogenmarkt organisieren (vgl. dazu auch Murphy 1996).

Sozialismus und das Drogenverbot

Die vorherigen Abschnitte bilden den Hintergrund, vor dem nun eine sozialistische Position zum Drogenverbot entwickelt werden soll. Wie bereits erwähnt, stellt heute keine der wichtigen politischen Strömungen die beschriebene Antidrogenpolitik in Frage. Typisch ist vielmehr, daß innerhalb der einzelnen Länder ein »partiübergreifender« Konsens besteht, und auch die außerparlamentarische Linke unterstützt im allgemeinen diesen Konsens, statt mit alternativen Konzepten wirksam zu opponieren.

Die (gegenwärtige) sozialistische Position zeichnet sich jedoch durch zwei bemerkenswerte Gesichtspunkte aus. Erstens tendiert sie – oft allerdings nur implizit – dazu, medizinischen Aspekten wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu widmen als rechtlich-moralischen. Die moralische Rechtfertigung des Verbots wird hier in der Regel als Ausdruck eines bürgerlich-kapitalistischen Moralverständnisses abgelehnt. Der zweite Gesichtspunkt bezieht sich auf den mittlerweile gut dokumentierten Zusammenhang zwischen Drogenmißbrauch und wirtschaftlicher Benachteiligung. Der Gebrauch von psychoaktiven Drogen verhindert demnach die Herausbildung eines adäquaten Klassenbewußtseins auf seiten der Unterdrückten und fügt ihnen – und hier kommt der medizinische Aspekt ins Spiel – sogar noch zusätzliche Schäden an Leib und Seele wie

»(Wenn Drogen) deutlich billiger wären – was der Fall wäre, wenn sie legalisiert würden –, würde die Zahl der Verbrechen, die von Drogensüchtigen begangen werden, um die entsprechenden Mittel zu beschaffen, höchstwahrscheinlich dramatisch fallen. Selbst wenn bei Freigabe des Drogenkonsums mit der Absicht der Abschreckung eine relativ hohe Verbrauchssteuer erhoben würde, wären die Drogenpreise wahrscheinlich immer noch niedriger als gegenwärtig« (Nadelmann 1988: 17).

auch materielle Verluste zu. Genau dieses Verständnis der Problematik, das in der bekannten Metapher von der ›Religion als Opium des Volkes‹ geronnen ist, reflektiert die heutige sozialistische Position zu Drogen wie auch zur Religion. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang zudem, daß die Sicht der Linken auf das Drogenproblem zwar nicht Alkohol und andere ›gewöhnliche‹ Drogen völlig übersieht (vgl. Smith 1988); aber der besondere Zorn der Sozialisten richtet sich (wie bei den Liberalen und Konservativen) gleichfalls auf die verbotenen Drogen.

Von besonderer Bedeutung – vor allem für das Anliegen dieses Artikels – ist jedoch die Einstellung der Linken zur Legalisierung des Drogenkonsums. Solche Ideen werden durch die sozialistische Bewegung vorwiegend unter zwei Aspekten reflektiert, die beide darauf hinauslaufen, sie quasi als kapitalistische Ideologie abzutun. Zum einen werden derartige Vorschläge als Ausgeburt des *bürgerlichen Liberalismus* verworfen, der die unbegrenzte Freiheit des Individuums von der Intervention des Staates – einschließlich des Rechts auf Schädigung des eigenen Körpers – fordert. Zum anderen wird darin der Versuch gewittert, eine *kostengünstigere (sparsamere) Allokation knapper staatlicher Ressourcen* zum Nachteil der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen. »Legalisierer« werden daher von den Linken verdächtigt, sich in Wahrheit für die Interessen einer gelangweilten Mittelklasse einzusetzen, deren Freizeitkonsum an Drogen in den letzten Jahrzehnten merklich gestiegen ist, und die Probleme jener Menschen, Familien und Gemeinschaften zu mißachten, deren Leben durch Drogen zerstört wurde und die überwiegend wirtschaftlich benachteiligten Gruppen angehören.

Dieses »sozialistische« Herangehen beweist jedoch nur die weitgehende Ignoranz der Linken in dieser wichtigen Frage öffentlicher Politik. Sie hat es versäumt, sich ernsthaft mit der inzwischen vorliegenden wissenschaftlichen Literatur auf diesem Gebiet zu befassen. Obwohl tatsächlich einige der Argumente für eine Freigabe von Drogen Ausdruck liberaler Ideen sind (vgl. z.B. Barnett 1994) oder aus der Forderung nach gesteigerter wirtschaftlicher Effizienz abgeleitet werden (vgl. z.B. Taubman 1991), ist es grundsätzlich falsch – das zeigt die erwähnte Literatur in aller Deutlichkeit –, davon auszugehen, daß alle Argumente für eine Legalisierung entweder aus der einen oder der anderen neoliberal-bürgerlichen Ecke stammen. Das wichtigste Argument für die Freigabe des Drogenkonsums besteht darin, daß dadurch nahezu in allen gesellschaftlichen Bereichen eine deutliche Verringerung der Schäden erreicht werden könnte. Damit wird dem »Abschreckungsansatz« eine »Normalitätsperspektive« entgegengestellt (vgl. van de Wijngaart 1991: 104-116). Diese Politik setzt statt auf Exklusion auf eine integrative soziale Strategie. Sie basiert auf einer Weltsicht, die davon ausgeht, daß der Mensch ein eigenständiges und innerhalb eines gegebenen sozialen Umfelds verantwortungsvoll handelndes Subjekt ist, das in der Lage ist, dieses Umfeld selbst zu beeinflussen und sich selbständig solchen Veränderungen anzupassen. In bezug auf Drogen heißt das, daß die individuellen und sozialen Umstände ihres Konsums von weit größerem Belang sind, als

irgendwelche psychologischen oder chemischen Wirkungen bzw. Eigenschaften der Substanzen selbst. Aus Sicht des Normalitätsansatzes ergeben sich zwei Modelle des Drogengebrauchs. Das »*psychosoziale Modell*« geht davon aus, daß der Drogenkonsum nur solange als Gewohnheit fortbesteht, wie er für den Nutzer irgendeine sinnvolle Funktion hat. Im zweiten, dem »*soziokulturellen Modell*«, werden die sozialen und psychologischen Aspekte des zuerst genannten Modells berücksichtigt, aber darüber hinaus auch sozio-ökonomische und andere Umweltbedingungen – wie auch psychosoziale Dispositionen und verschiedene Streßfaktoren – in Rechnung gestellt. Gerade das soziokulturelle Modell sollte die Basis einer sozialistischen Kritik der gegenwärtigen Drogenpolitik abgeben.

Kritik des medizinischen Modells

Die von medizinischen Überlegungen bestimmte Ansicht, daß bestimmte Drogen erwiesenermaßen gefährlich und Abhängigkeit erzeugend sind, ist in sich nicht konsistent. Tatsache ist vielmehr, daß alle Drogen *relativ* unbedenklich sind. Daher ist ihre Diffamierung als unweigerlich »Abhängigkeit erzeugend« bzw. »süchtig machend« unbegründet. Wengleich ein solches Urteil den Realitäten zu widersprechen scheint, so wird es doch durchweg von der gesamten seriösen wissenschaftlichen Literatur gestützt. Drogen sind lediglich *potentiell* gefährlich.

Die grundlegende wissenschaftliche Abhandlung für den nicht-medizinischen Gebrauch von Drogen – *Drug, Set, and Settings: The Basis for Controlled Intoxicant Use* – stammt von Norman Zinsberg (1984). Die zentrale Aussage, zu der Zinsberg aus der Analyse von Interviews mit Konsumenten von Marihuana, Heroin und LSD gekommen ist, besteht darin, daß – um zu verstehen, warum sich jemand getrieben fühlt, eine unerlaubte Droge zu konsumieren und wie diese Drogen auf den Nutzer wirkt – drei Determinanten beachtet werden müssen: die Droge (>drug< – d.h. die pharmakologische Wirkung der Substanz selbst), der Zustand (>set< – d.h. die persönliche Verfaßtheit des Nutzers zum Zeitpunkt des Konsums, einschließlich seiner gesamten Persönlichkeitsstruktur) und die Umstände (>setting< – d.h. die Einflüsse der physischen und sozialen Umwelt, unter denen der Drogengebrauch stattfindet) (vgl. Zinsberg 1984: 5). Mit andern Worten, die Wirkung von Drogen ist keineswegs immer die gleiche, sondern variiert, innerhalb bestimmter Grenzen, in Abhängigkeit von den Wechselwirkungen zwischen der Person des Konsumenten, dem Umfeld, in dem konsumiert wird, und der Droge selbst.

Damit soll jedoch nicht behauptet werden, daß die Folgen des Gebrauchs in der ganzen Diskussion um Drogen vernachlässigt werden können. Vielmehr geht es hier darum zu zeigen, daß die Vorstellung von einem *direkten, festen* Zusammenhang zwischen der chemischen Substanz und dem konkreten menschlichen Verhalten in die Irre führt. Während z.B. die Wirkung von Alkohol allgemein darin besteht, mentale Hemmungen zu unterdrücken, ist seine Wirkung auf die Konsumenten durchaus nicht ausschließlich enthemmend, sondern sehr unterschiedlich. Zinsbergs Analyse ver-

In bezug auf den Konsum von Haschisch, Heroin, Kokain und LSD stellt z.B. Miller fest: »Solange diese verantwortungsvoll und mit der gebotenen Vorsicht konsumiert werden, besteht kein Grund zur Besorgnis; im Gegensatz dazu wird ein unvorsichtiger und hemmungsloser Nutzer in einer Katastrophe enden« (Miller 1991: 25).

»Die Wechselwirkungen zwischen der Persönlichkeit (Zustand), den sozialen Gegebenheiten (Umstände) und der Droge liegen auf der Hand. Jeder weiß, daß psychische Zustände großen Schwankungen unterliegen, die von der Umwelt maßgeblich beeinflußt werden, und daß Drogen darauf eine große Wirkung haben. Diese Wechselwirkungen lassen sich zwar theoretisch leicht erfassen, sind aber überraschenderweise in konkreten Situationen nur schwer zu identifizieren. Daher ist es falsch zu glauben, die Wirkung einer Droge sei immer die gleiche« (Zinsberg 1984: 172).

weist daher vor allem auf das Problem des »Umfelds«, ein Bereich, der in bezug auf den Drogenkonsum bisher die geringste Beachtung gefunden hat. Er argumentiert, daß es gerade die sozialen Umstände sind, die auf Grundlage der Ausprägung informeller, nicht rechtsförmiger Kontrollmechanismen, die Art und Weise sowie den Umfang des Gebrauchs bestimmen. Insbesondere verweist er darauf, daß der Konsum jeder Droge sowohl Werten als auch Verhaltensmustern – »sozialen Sanktionen« und »sozialen Ritualen« – folgt. Soziale Sanktionen bestimmen, ob und durch wen eine bestimmte Droge konsumiert wird. Soziale Rituale beschreiben die »verinnerlichten Verhaltensmuster« des Drogengebrauchs (Zinsberg 1984: 5).

Aus Zinsbergs Theorie lassen sich zwei bemerkenswerte Schlußfolgerungen ableiten. Die erste hat Zinsberg in einem späteren Artikel so formuliert. »Die Herausbildung sozialer Sanktionen und Rituale vollzieht sich in bezug auf den der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend entzogenen Gebrauch illegaler Drogen offenbar viel langsamer, als dies bei einer legalen Droge wie Alkohol der Fall ist. Das Umfeld des Konsums – die Heimlichtuerei, die Verdächtigungen und die Angst vor Bestrafung wie auch Mythen und Unwissenheit – erschwert den Austausch von Informationen (d.h. soziales Lernen), durch den sich soziale Sanktions- und Kontrollmechanismen erst herausbilden können« (Zinsberg 1987: 266). Das heißt, Drogenmißbrauch wird durch die spezifischen Bedingungen, die durch das Verbot erst geschaffen werden, *eher begünstigt*. In der zweiten Schlußfolgerung kommt die politische Grundposition Zinsbergs zum Ausdruck. »Auf allen Ebenen – rechtlich, medizinisch und sozial – müssen zwei Formen des Konsums psychoaktiver Drogen unterschieden werden: Konsum, der aus Neugier, zur Erholung oder situationsbedingt (gelegentlich) erfolgt und daher minimale soziale Kosten verursacht (>Drogengebrauch<), und Konsum, der übersteigert, zwanghaft und schädigend ist und daher hohe soziale Kosten zur Folge hat (>Drogenmißbrauch<)« (Zinsberg 1984: 203). Die medizinische Sichtweise, die ein zentrales Element der Verbotsideologie darstellt, hat wesentlich zur *Dämonisierung* illegaler Drogen als zerstörerisch und gefährlich beigetragen. Das bedeutet nicht nur, daß mit diesem Argument der staatlich autoritäre Krieg gegen die Drogen gerechtfertigt wird, sondern auch, daß nicht zwischen Drogengebrauch und -mißbrauch unterschieden wird. Jeder Gebrauch ist in diesem Verständnis Mißbrauch.

Wie kann man überhaupt ernsthaft vom >Gebrauch< solcher Drogen wie Heroin oder Kokain oder LSD reden? Das Ausmaß der Dämonisierung läßt sich schon darin ersehen, daß bei vielen Menschen allein die Aufzählung dieser Substanzen bereits tief verinnerlichte Ängste und Abwehrreaktionen auslöst. Aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Zum Beispiel konnte bisher in keiner Studie zum Gebrauch von Heroin (wie auch in bezug auf Marihuana) nachgewiesen werden, daß »der regelmäßige Konsum von Heroin bei relativ leichtem Zugang zu dieser Droge irgendwelche ernsthaften Auswirkungen auf die physische und mentale Gesundheit gehabt hätte« (Duke/Gross 1993: 62).

Ähnliches hat auch Edward Brecher festgestellt. »In der medizinisch und psychiatrischen Literatur besteht Übereinstimmung dahingehend, daß die Wirkungen von Opium, Morphin und Heroin auf die geistige und körperliche Verfassung des Süchtigen – unter den Bedingungen leichter Zugänglichkeit und niedriger Preise – insgesamt erstaunlich belanglos sind« (zit. nach Duke/Gross 1993: 62).

Damit soll nun jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, daß die Dämonisierung verbotener Drogen eine *völlige* Fiktion ist. In allen weitverbreiteten Mythen findet sich ein Körnchen Wahrheit. Und gerade in bezug auf Heroin ist das oben zitierte nur die halbe Wahrheit, weil der *Mißbrauch* von Heroin unterschlagen wird. Der fortgesetzte Mißbrauch von narkotisierenden Substanzen wie Heroin führt in jedem Fall zu schweren Gesundheitsschäden (vgl. Henry 1991:423). Aber auch hier bezieht sich die Verbotsrhetorik hauptsächlich auf Probleme, die nichts mit Heroin *per se*, jedoch viel mit der Anwendungsweise und dem Milieu zu tun haben.

Ähnlich gravierende Fehlinformationen betreffen auch *die* dämonisierte Folge des Drogenkonsums schlechthin: die Sucht. Wenn allerdings die drei oben genannten Determinanten »Droge«, »Zustand« und »Umfeld« in Rechnung gestellt werden, dann ist klar, daß die langfristigen, gewohnheitsprägenden Faktoren wie auch die Wirkungen des Drogenkonsums durchaus nicht unveränderlich sind. Der Drogenkonsument wiederum muß im Kontext seines sozialen und wirtschaftlichen Umfelds gesehen werden. Es geht nicht um die Droge an sich, wenn der Umfang des Drogengebrauchs und der Drogenabhängigkeit reduziert werden soll.

Probleme des moralisch-rechtlichen Modells

Die moralisch-rechtliche Sicht auf den Drogenkonsum – die Auffassung, daß der Gebrauch verbotener Drogen falsch und gefährlich ist – stützt sich hauptsächlich auf ein Konzept des »pharmakologischen Calvinismus«, das vor allem von Gerald Klerman (1972) entwickelt wurde. Es basiert auf der Überzeugung, daß »dem Gebrauch von Drogen außerhalb medizinischer Indikationen generell zu mißtrauen ist – weil sie ›dir ein gutes Gefühl vermitteln, müssen sie moralisch schlecht sein« (Kramer 1994: 274). Dahinter steht die Ablehnung aller Art von Glücksgefühlen, die nicht »erarbeitet« und daher »unverdient« sind.

Ein weiteres moralisches Argument wurde von James O. Wilson in die Debatte gebracht. Er meint, daß der Versuch, den Drogenkonsum zu verbieten daher rührt, daß »der ausgiebige Gebrauch von bestimmten Drogen den menschlichen Charakter zerstört« (Wilson 1990: 523).

Im moralisch-rechtlichen Modell werden die sozialen Verhältnisse gänzlich ignoriert. Die Überlegung, daß z.B. Arbeitslosigkeit oder Armut Menschen zu dem Verlangen veranlassen können, ihrem Elend durch den Konsum von Drogen wenigstens zeitweise zu entrinnen, wird schlicht negiert. Realistischerweise müssen jedoch allgegenwärtige Erscheinungen, wie der in modernen kapitalistischen Gesellschaften herrschende Konsumkult, das auf Individualismus zielende Arbeitsethos in Unternehmen und die Verherrlichung bestimmter Arten von Glück und Erfolg, in die Beurteilung der sogenannten Bedrohung durch Drogen einfließen. Es liegt auf der Hand, daß die gegenwärtig propagierten gesellschaftlichen Werte und insbesondere »die überall präsen- te ideelle Welt des Konsums«, die nicht zuletzt durch Werbung und die dort krei- erten »Ab- bilder von Begeisterung, Erfolg, Sexualität, Jugendlichkeit und Glück« (Mugford 1991: 39) vermittelt werden, unterschiedlichste

»Die physischen Schädigungen, die bei Süchtigen häufig beobachtet werden ..., sind die Folge der mehrfachen Verwendung von (nicht mehr sterilen) Spritzen und von Versuchen, Drogen zu injizieren, die dafür ungeeignet sind, sowie auch Folge von Vergiftungen mit verunreinigtem Heroin« (Stimson/Oppenheimer 1982: 16).

Drogen »bieten die Möglichkeit sich zu entspannen, sich wohlfühlen, Probleme zu verdrängen, Befriedigung zu erlangen und zu sich selbst zu finden, Abhängigkeit resultiert jedoch aus der Psyche des Nutzers« (Fox/Mathews 1992: 11). Sucht ist deshalb »keine Eigenschaft der Droge ... Sucht ist eine Eigenschaft des Nutzers« (Krivanek 1988: 6).

Wenn der kapitalistische Markt als gewaltiger Hebel zur Ausdehnung des Konsums überhaupt fungiert, dann »macht der Gebrauch von Drogen angesichts des allgemein grassierenden Hedonismus der Konsumkultur keine Ausnahme« (Mugford 1991: 39).

Bedürfnisse weckt. Und Drogen sind in dieser Welt eine besonders begehrte Ware. Die Ideologie eines »Krieges« gegen die Drogen steht daher in einem fundamentalen Widerspruch zum omnipräsenten konsumorientierten Umfeld.

Aber damit ist die Kritik am moralisch-rechtlichen Modell keineswegs erschöpft. Die Argumente von Wilson gegen eine Legalisierung richten sich tatsächlich nur gegen mögliche negative Folgen des Drogenmißbrauchs. Jeder Liberalisierung der gegenwärtigen Verbotspraxis ist demnach die Bedrohung durch Drogenabhängigkeit und »übermäßigen Konsum« bestimmter Drogen entgegenzuhalten. Diese Entgleisungen sind aber durchaus nicht die notwendige Folge bereits des Erstkonsums. Vielmehr entscheiden die individuelle Verfaßtheit (»Zustand«) und das gesellschaftliche »Umfeld«, ob der Erstkonsum möglicherweise jene Konsequenzen hat, die von Wilson generell unterstellt werden.

Eine neue Konzeption

Verschiedene Formen von Abhängigkeit sind vor allem als *erlernte Verhaltensweisen* zu interpretieren, statt als »Zustände«, die wiederum Gegenstand medizinischer oder moralischer Erwägungen zu sein hätten. An der realen Existenz von Drogenabhängigkeit bestehen keinerlei Zweifel. Aber Sucht ist weniger eine Krankheit als vielmehr Ergebnis sozialer Lernprozesse – Resultante aus »Zustand« und »Umfeld«. Sowohl der »psychosoziale« als auch der »soziokulturelle« Ansatz greifen auf Elemente der Theorie sozialen Lernens zurück. Sofern es um den *unproblematischen* Drogenkonsum geht, wird gewöhnlich auf die Vorstellungen von Norman Zinsberg in bezug auf soziale Sanktionen und soziale Rituale zurückgegriffen. Für Zinsberg beinhalten diese Kontrollmechanismen Bestimmungen darüber, was als tolerierbarer Konsum angesehen wird, die Mißbilligung zwanghaften Gebrauchs, das Wissen um mögliche Wirkungen und Vorsichtsmaßnahmen, die vor und während des Konsums beachtet werden (vgl. Zinsberg 1984: 17). Dabei ist die »Gruppe von gleichaltrigen Konsumenten die wichtigste Quelle für diese Regulative« (Zinsberg 1984: 18).

Die Ursachen dafür, daß *problematische* Verhaltensweisen »erlernt« werden, sind vielfältig. Forschungsergebnisse verweisen regelmäßig darauf, daß Drogenmißbrauch häufig zusammenfällt mit: kultureller Ambivalenz zum Drogenkonsum, emotionalen Erschütterungen und sexuellen oder körperlichen Exzessen. Von wesentlicher Bedeutung ist zudem der Nachweis, daß oft wirtschaftliche Faktoren (und deren soziale Konsequenzen) in verschiedenen Zusammenhängen eine wichtige Rolle beim individuellen Lernen spielen. Überall, wo wirtschaftliche Benachteiligung herrscht, wächst die Bedeutung von Abhängigkeitssyndromen – und ihre erlernte Verinnerlichung. Der Drogenkonsum wird zu einer Art Ersatzbefriedigung. »Vor allem geht es (z.B. in Irland – JM.) um soziale Zustände, die bei den Jugendlichen das Bedürfnis nach »Flucht« wecken, das Drogen befriedigen können« (McCullagh 1996: 221).

Wenn also Drogenprobleme als erlernte Verhaltensweisen begriffen werden müssen, dann ist klar, daß ihnen mit einem Verbot von

Drogen grundsätzlich nicht beizukommen ist. Vielmehr verweisen einige Autoren darauf, daß »dann, wenn Drogen faktisch unerreichbar gemacht werden, wahrscheinlich andere gesundheits-schädliche Verhaltensweisen um sich greifen werden, die im Prinzip dieselbe Funktion (wie Drogenkonsum) erfüllen. Möglicherweise sind diese Praktiken jedoch viel schädlicher und weniger leicht zu kontrollieren« (Kokeny et al. 1988: 77).

Worin könnte also eine angemessene Antwort auf diese Probleme bestehen? Aus der Normalitätsperspektive ergeben sich unterschiedliche Ansätze. Während der psychosoziale Ansatz Drogensucht als falsches Anpassungsmuster interpretiert und daher auf eine psychologische Bearbeitung erlernter Verhaltensweisen orientiert, sind die Interventionsbereiche im soziokulturellen Ansatz wesentlich breiter gefaßt. Hier sollen erlernte Gewohnheiten vor allem auch durch Veränderungen der sozioökonomischen und der Umweltbedingungen beeinflußt werden. Das psychosoziale Modell setzt folglich bei der Behandlung des individuellen Konsumenten (aber ohne die medizinisch-moralische Ideologie des Abschreckungsansatzes) an. Im soziokulturellen Modell »liegt der Akzent auf jenen staatlich-gesellschaftlichen Strukturen, die für die Sozialisation des Individuums von Bedeutung sind«. Die Überwindung destruktiver Gewohnheiten des Drogengebrauchs hat »die Durchdringung der kulturellen wie auch der psychologischen Dispositionen des Individuums zur Voraussetzung« (Kokeny et al. 1988: 77).

Wenn also die Linke eine tatsächlich sozialistische Drogenpolitik entwerfen will, die ernsthaft bestrebt ist, die gesellschaftlichen Probleme zu bearbeiten, sollte sie sich auf den soziokulturellen Ansatz stützen. Im Gegensatz zur landläufigen Auffassung, daß die Drogen selbst das Problem darstellen, muß der Krieg gegen die Drogen als die eigentliche Ursache für Drogenprobleme und ihre negativen wie teuren Folgewirkungen begriffen werden. Drogenpolitik sollte daher vor allem auf die Reduktion der Schädigungen gerichtet sein. Die Aufgabe der Regierung besteht dann darin, Menschen vor einem bewußtseinsmäßig unreflektierten Erstkonsum unter dem verhängnisvollen Einfluß zweifelhafter Personen zu warnen und entsprechend ausreichend Informationen sowie medizinische und soziale Unterstützung für Drogenkonsumenten mit Problemen bereitzustellen.

Die Legalisierung selbst sollte schrittweise erfolgen. Es wäre zweifellos nicht zu verantworten, wenn zu viele neue Drogen innerhalb kurzer Zeit frei zugänglich würden (vgl. van de Wijngaart 1991: 130; Fromberg 1993). Ferner gilt es zu begreifen, daß es keine rechtliche »Lösung« für die vielfältigen Probleme des Drogenkonsums geben kann. Rechtliche Regelungen »folgen immer einer Logik, die in einem gewissen Spannungsverhältnis zur gesellschaftlichen Realität steht, auf die sie angewandt werden« (Norrie 1993: 27). Im hier interessierenden Kontext betrifft dieses »Spannungsverhältnis« den Umstand, daß verschiedene Drogen sehr wohl zum Tod oder zu schweren Schäden für die Konsumenten führen können, ohne daß dies durch ein Gesetz wirksam verhindert werden könnte. Drogen stellen immer nur ein Element innerhalb

Einige Autoren haben viel weitergehende Interpretationsmuster entwickelt. Für Stephen Lyng verbirgt sich hinter dem Drogenkonsum »ein Moment experimenteller Anarchie, bei dem das Individuum die sozialen Strukturen überschreitet«. Seine weite Verbreitung stellt nichts anderes dar, als »eine fundamentale Kritik an der modernen Form gesellschaftlichen Lebens« (Lyng 1990: 882). Norman Zinsberg hat gleichfalls darauf verwiesen, daß das Verhalten zu Drogen weitreichende politische Implikationen hat. »Veränderte Zustände ... stellen die herrschenden kulturellen Werte in Frage. Von daher erscheinen sie als Gefahr für das Wohlbefinden der Menschen, insbesondere der Jugend, weil sie unsere Orientierung auf materielles Wachstum und technologische Entwicklung erschüt-

tern« (Zinsberg 1977: 2).

komplexer gesellschaftlicher Prozesse dar. Idealerweise muß daher die Freigabe von Drogen in eine umfassende sozialistische Gesellschaftskonzeption eingebettet werden. Während die rechtlichen Probleme des Drogenkonsums durch eine Legalisierung weitgehend beseitigt werden können, bedürfte es einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung, um die Folgeprobleme des Gebrauchs wirkungsvoll anzugehen. D.h. die Forderung nach einer Freigabe von Drogen kann nicht von einer sozialistischen Gesellschaftsstrategie insgesamt »abgelöst« werden. Eine tiefgreifende sozioökonomische Umgestaltung ist die wesentliche Voraussetzung dafür, daß der gegenwärtige Mißbrauch von Drogen infolge von Armut, Arbeitslosigkeit und Benachteiligungen im Bildungsbereich beseitigt werden kann. Das eigentlich *zentrale Argument* für die Legalisierung des Drogenkonsums ist das darin liegende Potential für eine deutliche Verminderung der Schäden in allen gesellschaftlichen Schichten. Beträchtliche Mittel könnten so von autoritär vormundschaftlichen Aktivitäten des Staates in die Behandlung derer umgeleitet werden, die Fehlverhalten im Umgang mit Drogen erlernt haben. Der unproblematische alltägliche Gebrauch von Drogen würde sich – wie in vergangenen Jahrhunderten – ohne staatlichen Zwang von selbst regeln.

Zweifelsfrei erfordert die Kontrolle des Drogengebrauchs in jedem Rechtssystem erhebliche Aufmerksamkeit und ernsthafte Planungsanstrengungen. Möglicherweise ist es auch notwendig – da Privatunternehmen für diesen Zweck höchst ungeeignet sein dürften –, eine Art sozialen Hilfsdienst zu schaffen, der sich insbesondere mit der Kontrolle und Regulation eines möglichst unbedenklichen (sicheren) Drogenkonsums befaßt. Darüber hinaus wäre die vorbeugende Aufklärung genauso zu verstärken, wie die wissenschaftliche Begleitung der schrittweisen Normalisierung vor allem durch Langzeitstudien (vgl. dazu van de Wijngaart 1991). Zudem müssen sich die Protagonisten darüber im klaren sein, daß jede denkbare Form der Legalisierung unter maßgeblicher Beteiligung des Staates mit einer Ausweitung sozialer Kontrollmechanismen, wie z.B. die »Erfassung« persönlicher Daten, einhergehen könnte. Mitunter wird auch darauf verwiesen, daß Alkohol, Heroin und Ecstasy heute schon als Mittel zur Stillstellung von sozialem Protestpotential wirken, was durch ihre Legalisierung noch verstärkt werden könnte.

Eine ausführliche Diskussion dieser Gesichtspunkte kann in diesem Artikel natürlich nicht geleistet werden. Deshalb sei abschließend nochmals betont, daß all diese zweifellos ernsthaft zu erwägenden Argumente eine Aufrechterhaltung der bisherigen Verbotspraxis nicht zu rechtfertigen vermögen.

Literatur

- Barnett, R.E. (1994): Bad Trip: Drug Prohibition and the Weakness of Public Policy, in: Yale Law Journal, vol. 103, No. 2593.
 Boyd, N./Lowman J. (1991): The Politics of Prostitution and Drug Control, in: Stenson, J./Cowell, R. (eds.): The Politics of Crime Control, London.
 Butler, S. (1994): Alcohol and Drug Education in Ireland: Aims, Methods, and Difficulties, Samhradh.
 Duke, S.B./Gross A.C. (1993): America's Longest War: Rethinking Our Tragic Crusade Against Drugs, New York.
 Duster, T. (1970): The Legislation of Morality: Law, Drugs, and Moral Judgement, New York.
 Fox, R./Mathews, I. (1992): Drugs Policy: Fact, Fiction, and Future, Sydney.

- Fromberg, E. (1993): Prohibition as a Necessary Stage in the Acculturation of Foreign Drugs, in: Heather, N./Wodak, A./Nadelmann, E.A./O'Hare, P. (eds.): *Psychoactive Drugs and Harm Reduction: From Faith to Science*, London.
- Gould, A. (1994): Sweden's Syringe Exchange Debate: Moral Panic in a Rational Society, in: *Journal of Social Policy*, vol 23, No. 195.
- Gurdon, H. (1998): Clinton plea to turn the young of drugs, in: *Daily Telegraph*, 10 July.
- Henry, J. (ed.) (1991): *The British Medical Association Guide to Medicine and Drugs*, London.
- Hobsbawm, E. (1994): *Age of Extremes – The Short Twentieth Century: 1914-1991*, London.
- Hobsbawm, E. (1996): Identity Politics and the Left, in: *new left review*, vol. 38, No. 217.
- Klerman, G.L. (1972): Psychotropic hedonism vs. Pharmacological calvinism, in: *Hastings Center Report*, vol. 1, No 2.
- Kokeny, M./Ajakay, Z./Bognar, I. (1998): Risk Factors Investigation of Health Behaviour: Hungarian Experiences, in: Anderson, R./Davies, J.K./Kickbusch, I./McQueen, D.V./Turner, J. (eds.): *Health Behaviour Research and Health Promotion*, Oxford.
- Kramer, P. (1994): Listening to Prozac: A Psychiatrist Explores Antidepressant Drugs and the Remaking of the Self, London.
- Krivanek, J. (1982): *Drug Problems, People Problems: Causes, Treatment and Prevention*, Sydney.
- Krivanek, J. (1988): *Addictions*, Sydney.
- Lyng, S. (1990): Edgework: A Social Psychological Analysis of Voluntary Risk-Taking, in: *American Journal of Sociology*, vol. 95, No. 851.
- McCullagh, C. (1996): *Crime in Ireland: A Sociological Introduction*, Cork.
- Miller, R. (1991): *The Case for Legalising Drugs*, New York.
- Mugford, S. (1991): Drug Legalization and the »Goldilocks« Problem: Thinking about Costs and Control of Drugs, in: Krauss, M.B./Lazear, E.P. (eds.): *Searching for Alternatives: Drug-Control Policy in the United States*, Stanford.
- Murphy, T. (1996): Drugs, Drug Prohibition and Crime: A Response to Peter Charleton, in: *Irish Criminal Law Journal*, vol. 6, No. 1.
- Musto, D.F. (1987): The history of legislative control over opium, cocaine, and their derivatives, in: Hamowy, R. (ed.): *Dealing With Drugs: Consequences of Government Control*, Lexington.
- Nadelmann, E. A. (1988): The Case for Legalization, in: *The Public Interest*, vol 92, No. 3.
- Norrie, A. (1993): *Crime, Reason and History: A Critical Introduction to Criminal Law*, London.
- Lindesmith Centre (1998): Open Letter to Kofi Annan, Secretary General of the United Nations, New York (June).
- Smith, R. (1988): Dry Spells Ahead, in: *Marxism Today*, August.
- Stimson G./Oppenheimer, E. (1982): *Heroin Addiction: Treatment and Control in Britain*, London.
- Taubman, R. (1991): Externalities and Decriminalization of Drugs, in: Krauss, M.B./Lazear, E.P. (eds.): *Searching for Alternatives: Drug-Control Policy in the United States*, Stanford.
- Van de Wijngaart, G.V. (1991): *Competing Perspectives on Drug Use: The Dutch Experience*, Amsterdam.
- Weil, A. (1986): *The Natural Mind: An Investigation of Drugs and the Higher Consciousness*, Boston.
- Wilson, J.Q. (1990): Drugs and Crime, in: Torry/Wilson, J.Q. (eds.): *Crime and Justice: A Review of Research*, vol. 13, Chicago.
- Yates, J. (1996): The Situation in Sweden, in: *International Journal of Drug Policy*, vol 7, No. 88.
- Zinsberg, N. (1977): *The Study of Consciousness States*, in: Zinsberg, N. (ed.): *Alternate States of Consciousness*, New York.
- Zinsberg, N. (1984): *Drug, Set, and Setting: The Basis for Controlled Intoxicant Use*, New Haven.
- Zinsberg, N. (1987): The Use and Misuse of Intoxicants: Factors in the Development of Controlled Use, in: Hamowy, R. (ed.): *Dealing With Drugs: Consequences of Government Control*, Lexington.

Aus dem Englischen von Arndt Hopfmann

RICHARD SAAGE

Planwirtschaft und Konsumgesellschaft. Edward Bellamys utopischer »Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887«

I.

Edward Bellamy ist am 22. Mai 1898 in Chicopee Falls, Massachusetts, gestorben. Einen Monat später veröffentlichte die Zeitschrift *American Fabian* folgenden Nachruf: »Es ist zweifelhaft, ob jemals ein Mensch während seiner eigenen Lebenszeit einen so großen Einfluß auf die sozialen Überzeugungen seiner Mitbürger ausgeübt hat wie Edward Bellamy. Zum Zeitpunkt seines Todes wurde Marx kaum von den Massen wahrgenommen, und obgleich sein Einfluß auf den fortschrittlichen Kampf überwältigend geworden ist, so geschah dies durch seine Interpreten; es war nicht seine eigene Stimme, die zu der Menge sprach. Aber Bellamys Botschaft war einfach und direkt; seine Phantasie konzipierte und seine Kunst gestaltete den sozialen Rahmen der Zukunft in so klaren und kühnen Umrissen, daß der einfachste Geist ihn verstand und sich mit ihm ineinsetzte. In welchen Ländern auch immer Menschen eine gerechtere soziale Ordnung auf der Grundlage wirtschaftlicher Demokratie anstreben, Bellamy ist der anerkannte Prophet des idealen Staates.«¹ Dieser Nekrolog, der sich zweifellos auf Bellamys »Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887« (im folgenden zitiert als *Rückblick*) bezieht, ist bemerkenswert in zweierlei Hinsicht: Er enthält eine Hypothese, die den massenhaften Absatz dieses Romans erklärt. Und er stilisiert seinen Autor zu einer anerkannten und unumstrittenen Autorität, der er im 19. Jahrhundert zu keinem Zeitpunkt war.

Tatsächlich war der Verkaufserfolg dieses utopischen Romanes so gewaltig, daß bereits in Dissertationen die Bedingungen seiner Rezeptionsgeschichte untersucht worden sind.² »Innerhalb von zwei Jahren wurden 213 988 Exemplare verkauft; zuweilen wurden über 1000 Bücher an einem einzigen Tag erworben. Im März 1890 machte *The Nationalist*, eine reformerische Zeitschrift, die durch *Looking Backward* angeregt worden ist, bekannt, daß 310 000 Exemplare des Buches in Druck seien; und dies war nur der Anfang von Millionen von Bänden, die überall auf der Welt erschienen.«³ In über 20 Sprachen übersetzt, war auch der literarische Einfluß dieses Buches phänomenal. Es soll nicht nur Thorsten Veblen, John Dewey und andere führende Intellektuelle, sondern auch Schriftsteller wie Mark Twain, Jack London und Upton Sinclair beeindruckt haben. Darüber hinaus stimulierte es die Produktion utopischer Entwürfe in den Vereinigten Staaten wie kein anderes literarisches Werk zuvor. »Vor Bellamys *Rückblick* gab es

Richard Saage – Jg.1941,
Politikwissenschaftler,
Professor an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

Zitiert wird nach folgender
Edition: Edward Bellamy:
Ein Rückblick aus dem
Jahre 2000 auf 1887. In der
Übersetzung von Georg von
Gizycki. Hrsg. v. Wolfgang
Biesterfeld. Die Bellamy-
Zitate, die durch arabische
Ziffern in runden Klammern
im Text gekennzeichnet
sind, wurden mit den
entsprechenden Stellen in
folgender amerikanischer
Ausgabe verglichen:
Edward Bellamy: *Looking
Backward 2000-1887*. With
a Forword by Erich Fromm,
New York and Scarborough,
Ontario o.J.

1 Zit. n. Krishan Kumar:
*Utopia and Anti-Utopia in
Modern Times*, Oxford 1987,
S. 133.

ungefähr vierzig Utopien. Zwischen 1888 und 1900 erschienen ca. 190 Utopien (...). Viele der Titel dieser Arbeiten ahmten Bellamys Titel nach, und die meisten der Autoren machten direkte oder indirekte Anspielungen auf das von Julian West beschriebene Utopia⁴. Ebenso wichtig aber ist, daß Bellamys *Rückblick* zu den wenigen Publikationen gehört, die gleich nach ihrem Erscheinen die Entstehung einer sozialen Bewegung auslösten. Zwischen 1890 und 1891 entstanden 165 Bellamy-Clubs überall in den Vereinigten Staaten, in denen die im *Rückblick* entwickelte Vision der zukünftigen Gesellschaft diskutiert und propagiert wurde. Aus diesen Clubs ging die *Populist Party* hervor, die in ihren besten Zeiten bis zu einer Million Stimmen auf sich vereinigen konnte. Aber auch ein Politiker wie Franklin D. Roosevelt war mit Bellamys Ideen vertraut, so daß die These, sie hätten indirekt auf den »New Deal« eingewirkt, nicht abwegig erscheint.⁵

Diesem Erfolg kontrastiert die Tatsache, daß Bellamys *Rückblick* vom Tag seiner Publikation an umstritten geblieben ist. Liberale und Konservative warfen Bellamys Vision eines »besten« Staates vor, sie stürze die Menschheit »mit einem Schläge vom Gipfel der Macht in den Abgrund (...)« und hinterlasse sie »in einem viel ärmeren Zustande wie nur je in den hilflosesten Tagen der Urzeit«.⁶ Bellamys Fiktion eines »Kommunistenstaates«, so ein anderer Autor, trage die Züge eines »riesigen Zuchthauses am Abend vor einem Aufstande der Sträflinge«.⁷ Dieses Kritikmuster hat auch im 20. Jahrhundert das Bellamy-Bild nachhaltig geprägt: Für nicht wenige Kritiker ist Bellamys *Rückblick* die Antizipation totalitärer Herrschaftssysteme faschistischer und realsozialistischer Provenienz.⁸ Aber auch im Lager der organisierten Arbeiterbewegung vor allem in Deutschland überwog die Skepsis gegenüber diesem Roman.⁹ So kritisierte Clara Zetkin Bellamys Transformationsstrategie. Sie setzte auf die »Denkenden und Wohlmeinenden aller sozialen Schichten« und verkenne, daß die neue Ordnung nur »die Schöpfung des revolutionären Proletariats«¹⁰ sein könne. Und William Morris bekannte in einem Brief an John Glasier vom 13. Mai 1889, er jedenfalls möchte nicht in einem solchen »Cockney paradise« leben¹¹, wie Bellamy es imaginiert habe: Er fühlte sich durch die hierarchische Struktur der maschinellen Arbeitsgesellschaft des Jahres 2000 mit ihrer wachsenden Standardisierung der Produzenten, der Produkte und der Konsumenten so provoziert, daß er selbst eine Utopie entwarf¹², die in allen wesentlichen Aspekten das Gegenteil dessen propagierte, was Bellamy unter einem »guten Leben« verstand.

Daß trotz dieser Kritiken Bellamys *Rückblick* zu »der erfolgreichsten Utopie des 19. Jahrhunderts und der vielleicht meistgelesenen Utopie überhaupt«¹³ wurde, ist nicht nur auf die Wirtschaftskrise in den USA von 1873 mit drei Millionen Arbeitslosen und die Depression von 1884 bis 1886, die massive Streiks und Unruhen auslöste, zurückzuführen. Auch die literarische Präsentation sowohl seiner Gesellschaftskritik als auch seines fiktiven Gegenentwurfs dürften ihre massenhafte Rezeption mit begünstigt haben. Ähnlich wie in Cabets *Reise nach Ikarien* kleidet Bellamy seine soziale Botschaft in die Form eines Romans, der den konventionellen

2 Vgl. Kenneth M. Roemer: *Looking Backward: Popularity, Influence and vertraute Entfremdung*, in: Klaus L. Berghahn, Hans Ulrich Seeber (Hrsg.): *Literarische Utopien von Morus bis zur Gegenwart*, 2. Auflage, Königstein/Ts. 1986, S. 146-162; *The Genesis of Edward Bellamys Thought*, Doc. Diss., New York University 1951; Robert Hogan: *The Literary Career of Edward Bellamy*, Doc. Diss. Boston University.

3 Roemer: *Looking (Anm. 2)*, S. 148

4 Ebenda.

5 Vgl. Sylvia E. Bowman: *Edward Bellamy*, Boston 1986, S. 126f.

6 Conrad Wilbrandt: *Des Herrn Friedrich Ost Erlebnisse in der Welt Bellamys*. Mitteilungen aus den Jahren 2001 und 2002, Wismar 1891, in: Bellamy: *Rückblick*, S. 288.

7 Robert Michaelis: *Ein Blick in die Zukunft. Eine Antwort auf: Ein Rückblick von Edward Bellamy*, Leipzig 1890, in: Bellamy, *Rückblick*, S. 281.

8 Vgl. hierzu Kumar, *Utopia (Anm.1)*, S. 158f.

9 Zur sozialistischen Bellamy-Rezeption in Deutschland vgl. Franz Xaver Riederer: *Edward Bellamy's utopischer Sozialismus und sein Einfluß auf das sozialistische Denken in Deutschland*, Diss., München 1961 sowie Lucien Hölscher: *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im Deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 1989.

10 Clara Zetkin: Vorwort zu Edward Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000, auf das Jahr 1887. Übers. v. Clara Zetkin, 2. Auflage, Stuttgart 1914, in: Bellamy: Rückblick, S. 291.

11 Vgl. The Collected Works of William Morris, ed. and introd. May Morris, Vol. 21, London 1910-15, S. 28

12 Vgl. William Morris: News from Nowhere or an epoch of rest being some chapters from a utopian romance. Edited by James Redmond, London 1970.

13 Wolfgang Biesterfeld: Nachwort zu Bellamy: Rückblick, S. 296. Zur internationalen Rezeption von Bellamys »Rückblick« vgl. grundlegend Sylvia E. Bowman et al.: Edward Bellamy Abroad. An Prophets Influence, New York 1962.

14 Kindlers Neues Literatur Lexikon, Bd. 2, München 1989, S.429.

15 Zu Leben und Werk Bellamys vgl. grundlegend Sylvia E. Bowman: The Year 2000. A Critical Biography of Edward Bellamy, New York 1958; dies.: Bellamy (Anm. 5); Franklin Rosemont, Bellamy, Edward (1850-98), in: Encyclopedia of the American Left, New York & London 1990, S. 79-83.

16 Riederer: Bellamy's utopischer Sozialismus (Anm. 9), S. 2.

17 Vgl. Bowman: Bellamy (Anm. 5), S. 7.

Lesegewohnheiten außerordentlich entgegenkam: »Julian West, ein reicher junger Mann aus Boston, leidet an chronischer Schlaflosigkeit und läßt sich häufig von seinem Arzt hypnotisieren, um in seinem schalldichten unterirdischen Schlafzimmer die ersehnte Ruhe zu finden. In einer Nacht des Jahres 1887 brennt das Haus über dem Schlafenden ab, sein Diener kann ihn nicht mehr aus der Hypnose wecken, und als Julian gefunden wird und erwacht, sind 113 Jahre vergangen. Im Boston des Jahres 2000 findet sich Julian in der Obhut des gütigen Dr. Leete und dessen schöner Tochter Edith, die sich später als eine Nachfahrin von Julians einstiger Braut entpuppt.«¹⁴ Am Ende des Buches wird Julian noch einmal mit der sozialen Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts konfrontiert. Doch erweist sich diese Begegnung als Alptraum: Der ideale Staat des Jahres 2000 ist nicht nur Realität. Auch Julian selbst hat seine alte Identität abgestreift und ist zu einem »neuen Menschen« geworden: eine Transformation, die ihm trotz aller Krisen psychologisch erleichtert wird durch seine Liebesbeziehung zu Edith und die Zuwendung seines Mentors Dr. Leete, der ihm einfühlsam die Errungenschaften der idealen Gesellschaft des Jahres 2000 vor Augen führt.

Zu Recht ist die soziale Sensibilität Bellamys, ohne die er seinen utopischen Roman *Rückblick* und dessen 1897 erschienene Fortsetzung *Equality* nicht geschrieben hätte, mit seiner Biographie¹⁵ in Verbindung gebracht worden. Am 26. März 1850 im amerikanischen Chicopee Falls, einer damals aufstrebenden Industriestadt in Massachusetts, als Sohn eines Baptistenpredigers geboren, wuchs er in der Nähe der Baumwollspinnereien und Waffenfabriken, aber auch der Arbeitersiedlungen und Häuser der Fabrikanten seines Heimatortes auf. Bellamy absolvierte das öffentliche Schulsystem der Stadt, besuchte aber auch für einige Monate das Union College Schenectady, N.Y., um Literatur zu studieren. 1868 verbrachte er ein Jahr im Ausland, vor allem in Deutschland, wo er zum ersten Mal in den großen Industriezentren mit der »sozialen Frage« konfrontiert wurde. Nach Amerika zurückgekehrt, studierte er Jura und erhielt seine Zulassung als Anwalt. Aber er gab diesen Beruf nach kurzer Zeit wieder auf, weil er keine »Stütze der Plutokratie«¹⁶ bzw. nach eigener Darstellung kein »öffentlicher Bluthund« (public blood hound)¹⁷ sein wollte. Er arbeitete danach als Journalist für die *Evening Post* (New York) und die *Union* (Springfield, Mass.). 1880 gründete er mit seinem Bruder in Springfield die *Daily News*. 1882 heiratete er Emma Sanderson. Zu dieser Zeit gab er seinen journalistischen Beruf auf, um ausschließlich als Schriftsteller tätig zu sein. Doch seine Erzählungen und Romane, die er ab 1873 publizierte, sind heute längst vergessen: Der Weltruhm Bellamys beruht ausschließlich auf seinem utopischen Roman *Rückblick*, der 1888 erschien. Der Erfolg dieses Werkes veränderte das Leben Bellamys grundlegend. Von Natur aus eher schweigsam und zurückhaltend, entwickelte er sich zum Propagandisten seiner Ideen, wie er sie im *Rückblick* entwickelt hatte. Zu diesem Zweck gründete er 1891 in Boston die Zeitung *New Nation*. Durch eine Lungentuberkulose zum Rückzug aus dem politischen Leben gezwungen, vollendete er entgegen ärztlichem Rat kurz vor seinem Tod das Buch *Equality*,

das, als Nachfolgewerk zum *Rückblick* gedacht, dessen Erfolg bei weitem nicht wiederholen konnte. 48jährig starb er in seiner Heimatstadt.

Wie gebrochen und vermittelt auch immer, so zeigen die häufigen Bibelzitate in Bellamys Schriften¹⁸, daß ihm schon sehr früh die christliche Erziehung in seinem Elternhaus den Weg zu seinen sozialen Überzeugungen bahnte.¹⁹ Deren »präzise ökonomische und politische« Fundierung gelang ihm freilich erst in seinem berühmten Roman. Auch wenn sich in Bellamys Zeitdiagnose viele kritische Topoi wiederfinden, auf die man bei Saint-Simon, Fourier, Owen und Cabet stößt, so unterscheidet sie sich doch von deren Analysen in einem entscheidenden Aspekt: Den fortgeschrittenen Stand der kapitalistischen Entwicklungsdynamik der Vereinigten Staaten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vor Augen, verbindet er seine Sozialkritik mit einer Gesellschaftstheorie, die das Konzept des »organisierten Kapitalismus«, wie es später von Hilferding entwickelt wurde, in zentralen Aspekten antizipiert. Tatsächlich geht er in seiner Zeitdiagnose von der Prämisse aus, daß die Periode des liberalen laissez-faire-Kapitalismus zu Ende sei. In dieser Phase, in der Handel, Handwerk und Industrie noch von unzähligen kleinen Unternehmen mit geringem Kapital betrieben wurden, nahm der einzelne Arbeiter dem Unternehmer gegenüber eine verhältnismäßig wichtige und unabhängige Stellung ein. Da zudem geringes Kapital und manchmal schon eine neue Idee ausreichten, um ein eignes Geschäft zu gründen, seien ständig Arbeiter zu Unternehmern geworden: Es habe sich um eine Mobilität gehandelt, die »keine feste Grenze zwischen den beiden Klassen« (41) zuließ.

Unter diesen sozialen Voraussetzungen dachte niemand an eine Organisation von Arbeiterinteressen oder an Streiks und Aufstände. Das sollte sich jedoch in dem Augenblick schlagartig ändern, als mit der Industrialisierung die Periode der großen Kapitalansammlungen einsetzte. »Der einzelne Arbeiter, der für den kleinen Unternehmer relativ wichtig gewesen war, wurde den großen Korporationen gegenüber bedeutungs- und machtlos, während ihm zugleich der Weg aufwärts zur Stellung des Unternehmers abgeschnitten wurde. Die Notwehr trieb ihn zur Vereinigung mit seinen Genossen« (ebd.). Aber auch auf der Kapitalseite bewirkten diese Konzentrationstendenzen tiefgreifende Umwälzungen. Die kleinen Betriebe gingen zugrunde oder wurden, wenn sie keine Marktnische fanden, zu bloßen Zulieferanten der großen Korporationen. Zugleich setzten die riesigen Syndikate und Trusts, die das Fabrik- und Eisenbahnwesen beherrschten, »die Preise fest und schlugen alle Konkurrenz nieder, außer wenn Verbindungen entstanden, die ebenso mächtig waren wie sie selbst. Dann folgte ein Kampf, der in einer noch größeren Konsolidierung des Kapitals endete« (42).

Es ist für Bellamys Zeitdiagnose von außerordentlicher Bedeutung, daß er diesen Konzentrationsprozeß nicht nur negativ bewertet. Er hebt nämlich hervor, daß er die Bedingungen der Produktion eines gesellschaftlichen Reichtums schafft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist (42f.). Auf der anderen Seite stimmte er jedoch mit Fourier, Owen und Cabet darin überein, daß dieser

18 A.a.O., S. 4.

19 Vgl. Kumar: *Utopia* (Anm. 1), S. 148.

von der Akkumulationsdynamik des Kapitals getragene Prozeß der Industrialisierung einen schweren Strukturfehler enthält: Dadurch nämlich, daß die private Verfügung über die Produktions- und Eigentumsmittel eine egalitäre Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verhindert, muß er eine soziale Polarisierung der Gesellschaft bewirken, die die der Ständegesellschaft des Feudalismus noch bei weitem übertrifft. Während sich der gesellschaftliche Reichtum in den Händen einer kleinen Schicht konzentriert, erwartet diejenigen, die ihn produzierten, »ein Joch schimpflicherer Sklaverei (...), als je dem Menschengeschlecht auferlegt worden« sei: »eine Sklaverei nicht unter Menschen, sondern unter seelenlosen Maschinen, die jedes Motivs außer unersättlicher Gier unfähig sind« (41). Das Gefühl gemeinsamen Menschentums werde in der individualistischen Eigentümergeellschaft in ihrem industriellen Entwicklungsstadium ausgelöscht und zugleich in »verkaptetes Dynamit« verwandelt: »Die ungleiche Verteilung des Reichtums und noch viel wirksamer die ungleiche Gelegenheit, Erziehung und Bildung zu erlangen, zerriß die Gesellschaft (...) in Klassen, welche einander in vielen Beziehungen als verschiedene Rassen betrachteten« (123).

Worin besteht nun aber die Alternative zu einer Zivilisation, die einer auf die Spitze gestellten Pyramide (39) gleicht? Bellamy folgt jener auf Morus zurückgehenden Linie²⁰, wenn er dem Chaos der auf Konkurrenz und Ausbeutung beruhenden Gesellschaft seiner Zeit das Ideal der sozialen Harmonie und der Solidarität konfrontiert. Tatsächlich erneuert Bellamy den seit Morus in der utopischen Tradition immer wieder erhobenen Anspruch, daß die »Welt ein Paradies der Ordnung, der Gerechtigkeit und des Glücks sei« (181). Nicht zufällig verabschiedet er die kontraktualistische Prämisse, »die das Gemeinwesen zu einer Vereinigung von Menschen zu bloß politischen Zwecken« verkürze, »die ihr Glück nur entfernt und oberflächlich berührten« (204). Worauf sein Ideal demgegenüber hinausläuft, ist – wie bei allen Utopisten vor ihm – eine Assoziation »als einer Familie, einer inneren Einheit, eines gemeinsamen Lebens, eines mächtigen, zum Himmel aufragenden Baumes, dessen Blätter, das Volk, aus den Wurzeln ernährt werden und sie wiederum ernähren« (ebd.). Die antiegoistische Stoßrichtung dieser Vision ist evident: Sie richtet sich explizit gegen jenen Individualismus der bürgerlichen Gesellschaft, der nicht nur »jedem lebendigen Gefühl der Brüderlichkeit und Interessengemeinschaft unter den gleichzeitig lebenden Menschen« (215) eine Absage erteilt, sondern auch das Bewußtsein der Verantwortung der gegenwärtigen für die folgenden Generationen (216) im Ansatz erstickt.

Andererseits gibt Bellamy das Muster der geometrischen Homogenität der Architektur und der Stadtplanung auf: Die Häuser in Boston, das sich längst von einer Industriemetropole in eine Gartenstadt verwandelt hat, fallen durch ihre große Verschiedenheit in der Größe und Kostbarkeit ihrer Ausstattung auf (85). Überhaupt gilt im Amerika des Jahres 2000 ein dem individuellen Geschmack Rechnung tragender Grundsatz, den wir in den meisten älteren Utopien nicht finden: »Eine Verwaltung oder eine Majorität, welche es unternehmen wollte, dem Volk oder einer Minorität

20 Vgl. hierzu Hans Ulrich Seeber: Thomas Morus Utopia (1516) und Edward Bellamys Looking Backward (1888): ein funktionsgeschichtlicher Vergleich, in: Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie. Hrsg. v. Wilhelm Voßkamp. Dritter Band, Frankfurt am Main 1985, S. 357-377.

vorzuschreiben, was sie essen, was sie trinken oder wie sie sich kleiden solle, (...) würde in der Tat als ein seltsamer Anachronismus angesehen werden« (146). Vielmehr entscheidet der persönliche Geschmack über die Verwendung des Einkommens eines jeden (85). Was selbst noch bei Cabet strikt unterbunden wurde, gilt in Bellamys Utopie als eine Selbstverständlichkeit: der ständige Wechsel der Moden (148). Ausdrücklich betont er, daß die Güterproduktion zu berücksichtigen habe, was in den älteren Utopien undenkbar schien: die Wünsche selbst kleiner Minoritäten, »die eine besondere Neigung für diesen oder jenen Artikel haben« (145). Auch wird die individuelle Bewegungsfreiheit in Bellamys idealem Staat durch nichts eingeschränkt: Jeder kann ein- oder auswandern, wohin er will (114).

Wenn also Bellamys normative Orientierung das solidarische Muster der klassischen Utopie jenseits sozio-politischer Konflikte nicht grundsätzlich sprengt, so wollte er es doch offensichtlich durch bestimmte individualistische Traditionen korrigieren, die die Vereinigten Staaten seit der Revolution von 1776 geprägt haben.²¹ Das Resultat dieses Versuchs ist sein Konstrukt des idealen Staates im Jahr 2000. Ob er zu überzeugen vermag, soll im folgenden geprüft werden.

21 Vgl. hierzu Kumar: Utopia (Anm. 1), S. 145f.

II.

Bellamys angestrebte Vielfalt in der Einheit des harmonischen Zusammenlebens aller Bürgerinnen und Bürger in seiner idealen Gesellschaft der Zukunft beruht auf der Abschaffung des Privateigentums an den Produktions- und Arbeitsmitteln (124). Abgesehen von »den Artikeln für den persönlichen Gebrauch« (168) gibt es im Amerika des Jahres 2000 – wie bei Cabet – nur einen Eigentümer: Das ist der Staat bzw. die Nation (48). Bellamy war davon überzeugt, daß dessen planwirtschaftliche Eingriffe in die Ökonomie durch ihren hohen Konzentrationsgrad erheblich erleichtert würden, weil Schwankungen des Marktes, Manipulationen der Konkurrenten, die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner usw. jetzt ausgeschaltet seien. Sowohl die Ermittlung der Nachfrage der zu produzierenden Güter als auch die Festlegung ihrer Preise obliegt den staatlichen Planungsinstanzen. Zur Bewältigung der ersten Aufgabe ermitteln Statistiker im Distributionssektor »jede Stecknadel« (143). Sie übermitteln ihre genauen Zahlen am Ende eines Abschnittes (Woche, Monat, Jahr) dem zuständigen Verteilungsamt. Auf diese Daten gründet sich dann die Wirtschaftsplanung für das kommende Jahr (ebd.), die sowohl die konstante als auch die variable Nachfrage der produzierten Güter berücksichtigt (144). Die staatliche Preisgestaltung geht von den Kosten für die Herstellung der Produkte aus, die nach der Zahl der Arbeitsstunden berechnet werden (146). »Bei einigen Warengattungen kommt neben den Produktions- und Transportkosten noch die Seltenheit der verarbeiteten Stoffe bei der Preisgestaltung in Betracht« (147). Bei knappen Gütern – Bellamy nennt u.a. Produkte, zu deren Herstellung es eine hohe Kunstfertigkeit oder besonders seltener Materialien bedarf – wird die Nachfrage dadurch reguliert, daß entweder die Preise zeitweilig oder auf Dauer erhöht werden (ebd.).

Es ist klar, daß eine zentralisierte Planwirtschaft dieses Typs ohne eine gigantische Wirtschaftsbürokratie nicht auskommt. Zehn Berufsgenossenschaften, in denen alle Betriebe erfaßt sind, versorgen sowohl die wirtschaftliche Generalverwaltung als auch die Verteilungsämter mit »harten« Daten, so daß ein Höchstmaß an Planungssicherheit hinsichtlich der Qualität der Produkte und der Menge der tatsächlich nachgefragten Güter erreicht werden soll (144). Eine wirkungsvolle Unterstützung seines planwirtschaftlichen Ansatzes erwartete Bellamy ferner von einer strikten Militarisierung der Arbeit in den produzierenden Betrieben: In der konsequenten Befolgung der Maxime, daß »der Offizier befiehlt und der Arbeiter gehorcht« (166), sah er die beste Garantie der Umsetzung der gesamtwirtschaftlichen Planungsziele. Aber auch der Verteilungssektor ist in Bellamys Wirtschaftssystem unter strikter staatlicher Kontrolle: Die Distribution erfolgt über Magazine in den Städten und Dörfern, die die Konsumenten innerhalb von fünf oder zehn Minuten erreichen können. In ihnen gibt der Kunde anhand einer Liste seine Bestellungen auf, die über ein Rohrpostsystem an das Zentrallager weitergeleitet werden. Von dort gelangen dann direkt die angeforderten Produkte in die Wohnung des Kunden (79). Wie in der klassischen Utopietradition macht dieses »System direkter Verteilung aus den nationalen Warenlagern« mit dem Wegfall des Handels auch das Geld überflüssig (67). Doch während die älteren Utopisten Geld bzw. Gold als Zahlungsmittel im internationalen Handel weiter einsetzten, überwacht bei Bellamy ein überstaatlicher Bundesrat den internationalen Gütertausch. Ihm genügt ein einfaches Buchführungs- und Abrechnungssystem, um den zwischenstaatlichen Warenverkehr bargeldlos zu regeln (122).

Die Bezahlung der Produkte erfolgt durch Kredite, die die Staatsbuchführung jedem einzelnen zu Beginn des Jahres nach dem Gleichheitsgrundsatz einräumt (67f.). Seine jeweilige Höhe bemißt sich nach dem Umfang des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts. Der Staat legt gemäß der investierten Arbeit für jedes Produkt einen Preis in Dollars und Cents fest: Bei diesen Zahlungsmitteln handelt es sich freilich nur um algebraische Zeichen, die den Wert der verschiedenen Produkte vergleichbar machen sollen. Will der einzelne nun einen bestimmten Gegenstand erwerben, so wird dies von dem zuständigen Beamten dadurch verbucht, daß er aus der Kreditkarte den Preis der bestellten Ware herausschneidet (78). Zugleich konzidiert Bellamy dem Konsumenten, was in der Sphäre der Produktion und Distribution strikt untersagt ist: individuelle Entscheidungsfreiheit. Er kann sich nicht nur aus den Warenlagern besorgen, »was er wünscht, und wann er es wünscht« (67f.). Da der nicht übertragbare Kredit egalitär verteilt wird, ist es darüber hinaus Angelegenheit der einzelnen, selbst Prioritäten zu setzen: Wenn jemand das gute Essen und Trinken liebt, so wird er sich nur ein bescheideneres Haus leisten können und umgekehrt. Nur in Ausnahmefällen ist es möglich, einen beschränkten Vorschuß auf den Kredit des nächsten Jahres zu erhalten (69). Durch dieses Kreditssystem wird die Konsumtion so geregelt, daß alles, was über die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung hinausgeht, die einzelnen eher belastet (91). Auch eine Erbschaft kann nicht zu einer Akkumulation

von Reichtümern führen, da keine Möglichkeit besteht, sie zu verkaufen (ebd.).

Um alle Bedenken gegenüber der Leistungsfähigkeit seiner verstaatlichten Planwirtschaft zu zerstreuen, trägt Bellamy drei zusätzliche Argumente vor, die die Überlegenheit seines Produktions- und Distributionssystems gegenüber dem organisierten Kapitalismus erhärten sollen. Zunächst kommt es zu einer vollständigen Mobilisierung aller Arbeitsressourcen, die selbst – wie bei Campanella – Behinderte, Geisteskranke und Invaliden mitumfaßt (103). Mit der Verstaatlichung der Industrie sind alle Bürger infolge ihres Bürgerrechts Arbeiter, »die den Bedürfnissen der Industrie gemäß verteilt werden« (48). Die Botschaft, die sich hinter dieser Aussage verbirgt, ist klar und von William Morris heftig kritisiert worden: Arbeit muß von jedem einzelnen in ihrer entfremdeten Zwanghaftigkeit als unvermeidliches Schicksal akzeptiert werden. Die Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion ist nicht der Ort individueller Selbstentfaltung. Als »Reich der Notwendigkeit« herrschen in ihr ausschließlich die Sekundärtugenden des Fleißes und des Gehorsams.²² »Was wirkliche Nachlässigkeit der Arbeit, positiv schlechte Arbeit und offenbare Trägheit von seiten solcher Menschen anbetrifft, die edlerer Motive nicht fähig sind, so ist die Disziplin im Arbeitsheer viel zu streng, als daß irgend etwas geduldet werden könnte. Ein Mensch, der fähig ist, Dienste zu tun, sich dessen aber hartnäckig verweigert, wird zu Isolierhaft bei Wasser und Brot verurteilt, bis er sich willig zeigt« (100). Da die Wirtschaft zudem krisenfrei produziert, ist ein ökonomisch bedingtes »Brachliegen der Arbeitskraft« in Form von Arbeitslosigkeit unbekannt (193f.). Wie dies schon bei Fourier, Owen und Cabet der Fall war, erwartete Bellamy außerdem einen großen Zuwachs der Produktivität der Arbeit durch den Wegfall der individualistischen Wirtschaftsorganisation. Vor allem aber bewirke der Primat der Produktion gegenüber der Distribution, daß ein Achtzigstel der Arbeiter ausreichen, um den gesamten Verteilungsprozeß zu organisieren, der im 19. Jahrhundert ein Achtel der Gesamtbevölkerung in Anspruch nahm (184). Mit der Abschaffung des Geldes und des kapitalistischen Prinzips des Kaufs und Verkaufs seien Banken und Börsen ebenso überflüssig geworden wie unzählige Handelsgesellschaften und Kaufläden, die dem produktiven Sektor der Volkswirtschaft wertvolle Arbeitskräfte entzögen.

Der älteren Utopietradition des 19. Jahrhunderts folgend, tritt im übrigen die Wirtschaft der »neuen Welt« des Jahres 2000 das gesamte Erbe der mit wissenschaftlich-technischen Mitteln vorangetriebenen Industrialisierung an und entwickelt es weiter. Alle Errungenschaften des »Zeitalters des Dampfes und der Telegraphie« werden übernommen und in den Dienst der industriellen Entwicklung gestellt, die die Arbeitsproduktivität unter kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen bei weitem übertrifft (42). Daß die »neue Welt« des Jahres 2000 an der Spitze des wissenschaftlich-technischen Fortschritts marschiert, illustriert Bellamy an vielen Details. So sind aus den Städten die Schornsteine verbannt. Ihr Fehlen deutet darauf hin, daß das »rohe Verbrennungsverfahren« (83) durch Holz und Kohle veraltet ist. Elektrizität sorgt für Wärme und

22 Vgl. hierzu die Kritik von Kumar: Utopia (Anm. 1), S. 161, der sich auf eine Rezension von William Morris bezieht.

Beleuchtung in Privatwohnungen (93). Die Kommunikation zwischen den Magazinen der Bezirke und den Zentralwarenlagern findet, wie schon erwähnt, durch ein Rohrpostsystem statt. Durch dieses Netz werden die Informationen an ihre Adressaten innerhalb weniger Sekunden weitergeleitet (83). Zugleich rationalisiert die Technik nicht nur die gesamte Hausarbeit weg; sie ermöglicht auch die Befriedigung kultureller Bedürfnisse: So sind die Privathäuser mit Telefon-Anlagen ausgestattet, mit deren Hilfe man sich durch Knopfdruck den Genuß eines Konzerts verschaffen kann, das frei zu wählen ist (87).

Und schließlich sieht Bellamy in der Abkehr vom Sparsamkeitsgebot der älteren Utopietradition nicht eine Gefährdung, sondern eine notwendige Konsequenz seiner angestrebten Überflußgesellschaft. »Die Nation ist reich«, so heißt es, »und sie wünscht nicht, daß man sich irgendwelches Gute versage« (70). Dieser demokratisierte, weil allen zugängliche Luxuskonsum stößt nur auf eine Schranke: Er ist an die »vernünftigen«, mit den Interessen der Allgemeinheit vereinbaren Bedürfnisse der einzelnen gebunden. Da es dem Staat obliegt, diese gemeinsame Schnittmenge zu bestimmen, hat es die Güterherstellung mit der Befriedigung einer zwar im Vergleich zur älteren Utopietradition dynamisierten, letztlich aber doch berechenbaren Nachfrage zu tun.

III.

Wie ist nun aber das politische System zu charakterisieren, das kontrollierend und gestaltend in die Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion interveniert? Ohne Zweifel stellt auch für Bellamy die Regelung des Verhältnisses zwischen den Geschlechtern eine Basisinstitution seines idealen Staates dar. Doch modifiziert er sie gegenüber den hegemonialen Modellvorstellungen des klassischen Utopiediskurses in zweierlei Hinsicht. Der Frauen- und Kindergemeinschaft im Sinne Platons und Campanellas stellt er den staatlichen Schutz der monogamen Ehe und die gesellschaftliche Stigmatisierung der Ledigen gegenüber (216). Und gegen die patriarchalische Ehe, die Morus in seiner Utopia als Vorbild beschrieben hat, spielt er die Frauenemanzipation aus, die nicht nur die volle Gleichberechtigung der Geschlechter im Berufsleben, sondern auch die Entlastung der Ehefrau von allen Dienstleistungen im Haushalt und die freie Partnerwahl vorsieht (209, 213). Allerdings sieht Bellamy nicht in der Angleichung, sondern in der Betonung der Verschiedenheit das Ziel der Emanzipation (208). Einen »unnatürlichen Wettbewerb« (ebd.) ablehnend, ordnet er dann auch den Frauen geschlechtsspezifische Tätigkeiten zu. So bilden sie »eher eine Hilfstruppe als einen integrierenden Teil des Heeres der Männer. Sie stehen unter dem Oberbefehl einer Frau und auch sonst ausschließlich unter weiblicher Leitung« (207).

Zwar optiert Bellamy nicht – wie Platon und Campanella – für eine staatlich kontrollierte Fortpflanzung. Doch ist auch bei ihm das Gebären und die Ernährung der Kinder keine Privatsache, sondern Dienst an der Nation (210). Wie den meisten Utopisten, so geht es auch Bellamy um eine »Höherzüchtung des Menschengeschlechts« durch Fortpflanzung; sie wird im Jahr 2000 durch den

Grundsatz der Liebesheirat bewirkt. Von ihr erhoffte er sich die Weiterentwicklung der »besseren Typen der Gattung« und das Aussterben der schlechteren (214f.). Jedenfalls setzte er hohe Erwartungen in die »moralische Wiedergeburt der Menschheit«, die er mit der »gänzlichen Vernichtung des Bösen« (221) identifizierte. Der Aufbruch in die Zukunft des Jahres 2000, so betont Bellamy, stelle alle Leistungen der Renaissance im 15. und 16. Jahrhundert in den Schatten. Der »neue Mensch« erlebe nicht nur eine physische Regenerierung: »Menschen von gewöhnlicher Konstitution werden in der Regel 85 oder 90 Jahre alt«, und mit 45 seien sie jünger als mit 35 im 19. Jahrhundert. Darüber hinaus bewirke der »neue Mensch« »eine Periode mechanischer Erfindungen, wissenschaftlicher Entdeckungen, einer Schöpferkraft in den Künsten, in der Musik, in der Literatur, womit nichts in irgendeinem früheren Zeitalter der Welt zu vergleichen ist« (128).

Was nun das politische System der »neuen Welt« des Jahres 2000 im engeren Sinne betrifft, so folgt Bellamy Spuren, die auf Saint-Simon²³ zurückverweisen: Ohne Zweifel war er ein dezidierter Verfechter des »technischen Staates«. Dessen zentrale Funktionen sind nämlich wirtschaftlich-technischer Natur: Er übernimmt die Leitung und Kontrolle der nationalisierten Industrie, die aus den großen Trusts und Korporationen mit ihrem hohen Konzentrations- und Monopolisierungsgrad hervorgegangen ist (45). Da gesellschaftliche Konflikte entfallen, sind Parlamente, Parteien und Verbände zu ihrer Artikulation ebenso überflüssig wie eine legislative Tätigkeit zu deren Regelung. Auch die klassischen Funktionen des bürgerlichen Staates sind außen- und innenpolitisch obsolet geworden. Der dauerhafte Frieden ist durch die lockere Form einer bundesstaatlichen Vereinigung, die die ganze Welt umfaßt (110), gesichert; daher besteht für den Staat nicht länger mehr die Notwendigkeit, Armee, Marine oder andere militärische Organisationen unterhalten zu müssen. Innenpolitisch kann mit dem Wegfall sozialer Spannungen zunehmend die Repressionsgewalt des Staats abgebaut werden: Justiz und Polizei sehen sich auf marginale Randgebiete der Gesellschaft abgedrängt (166f.). Alle Gefängnisse sind ebenso abgeschafft wie die Jurisprudenz als Wissenschaft (165). Der Hang zur Gewalttätigkeit wird als ein Fall von Atavismus in Spitälern behandelt (161). Für gelegentlich vorkommende leichte Vergehen reicht eine rudimentäre Justiz aus.

In dem Maße, wie Politik nichts anderes ist als die beste mögliche Lösung eines anstehenden technischen Problems, ist Bellamys Vertrauen in das demokratische Partizipationshandeln der Bürger gering: Es würde nur, wie er betont, die Disziplin der einzelnen unterminieren, die für die Effizienz der wissenschaftlich-technischen Superstrukturen unverzichtbar ist (152). Gewählt werden denn auch lediglich die Inhaber zweier Ämter, nämlich die Leiter der 10 Berufsgenossenschaften, die zugleich Mitglieder des Regierungskabinetts sind, und dessen Chef, der Präsident. Die zehn Leiter der Berufsgenossenschaften im Range kommandierender Generäle rekrutieren sich aus der Gruppe der verbeamteten Spitzenmanager der Einzelgewerbe, aus denen sich die jeweilige Berufsgenossenschaft zusammensetzt. Der Präsident als Hauptbefehlshaber der

23 Vgl. hierzu a.a.O., S. 156f.

Arbeitsarmee geht aus der Zahl der zehn Chefs der Berufsgenossenschaften hervor. Gewöhnlich zum Zeitpunkt der Wahl etwa 45 Jahre alt, beträgt seine Amtsperiode 5 Jahre. Ihm zu Seite steht das sog. »Inspektorat«, d.h. eine Behörde, »vor deren Forum alle Klagen oder Berichte über Mangelhaftigkeit der Waren, Grobheit oder Untüchtigkeit der Offiziere und Übelstände aller Art kommen, die im öffentlichen Dienst zutage getreten sind« (152). Die Wähler der zehn Leiter der Berufsgenossenschaften und des Präsidenten sind die mit dem 45. Lebensjahr aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedenen Ehrenmitglieder der einzelnen Genossenschaften bzw. Bürger der Nation.

Die Frage ist freilich, was diese Bestimmung der Aktivbürgerschaft an emanzipatorischem Potential wirklich austrägt. Von den Zwängen der autoritären Strukturen ihres Arbeitslebens entlastet, sollen die Vollbürger, in Clubs organisiert, über die Besetzung der leitenden Positionen in der Wirtschaft durch Mehrheitsentscheid bestimmen (150). Doch der Zweifel bleibt, ob sie überhaupt aufgrund ihrer Sozialisation in der Lage sind, in diesem »Reich der Freiheit« ihre Rolle als autonome Citoyen wirkungsvoll zu spielen. Ähnliche Bedenken rufen die Bedingungen hervor, unter denen Bellamy für Pressefreiheit eintritt. Es gibt zwar nur staatliche Druckereien. Dennoch ist die Behörde für Drucksachen verpflichtet, alles zu publizieren, »was ihr vorgelegt wird, aber sie tut es nur unter der Bedingung, daß der Verfasser die ersten Kosten aus seinem Kredit trägt« (128). Da diese Ausgaben durch Sparsamkeit von den einzelnen gedeckt werden können, steht im Prinzip jedem die Laufbahn als Schriftsteller offen: Hat sein Buch Erfolg, so kann er sich ganz vom Dienst im Arbeitsheer beurlauben lassen und sich der Schriftstellerei widmen (ebd.). Ähnlich verhält es sich mit Zeitungen und Zeitschriften: Sie werden privat, d.h. staatsunabhängig von den Lesern finanziert, die auch die Redakteure wählen (132f.). Dergestalt unmittelbar vom Publikum selbst konstituiert, ist die öffentliche Meinung direktes Sprachrohr des Volkes, ohne vom Staat oder von Kapitalinteressen reglementiert zu werden.

Doch auch diese Regelung, die den freien Berufen, vor allem den Schriftstellern und Journalisten, entgegenzukommen scheint, ist ambivalent: Jedenfalls entzieht sie einer wissenschaftlichen und künstlerischen Avantgarde den Boden, die sich ja gerade durch ihren Gegensatz zur Mehrheitsmeinung definiert.

IV.

Zum Schluß bleibt noch die Frage zu klären, welchen Geltungsanspruch Bellamy mit seiner Utopie der idealen amerikanischen Sozietät im besonderen und der Weltgesellschaft im allgemeinen des Jahres 2000 verbindet. Es besteht keine Frage, daß es sich bei seiner Fiktion um eine klassische Zeitutopie handelt: Nicht zufällig knüpft er in formaler Hinsicht an Merciers Kunstgriff eines langen Schlafes an, aus dem der Held des Romans, Julian West, nach 113 Jahren erwacht: Als Ich-Erzähler schildert er dann, wie dargelegt, die idealen Institutionen der amerikanischen Gesellschaft des Jahres 2000, die gleichsam das Modell für alle anderen Nationen der Welt darstellen. Das Ziel der idealen Gesellschaft ist also eindeutig

in die Zukunft projiziert. »Looking Backward« wurde in der Überzeugung geschrieben«, bemerkt Bellamy in der 2. Auflage seines Buches, »daß das goldene Zeitalter vor und nicht hinter uns liegt und nicht mehr weit entfernt ist« (272).

Diese in die Zukunft verlegte Vision eines »besten« Staates verbindet Bellamy nicht anders als Mercier mit einer Fortschrittsperspektive, die den Ablauf der Geschichte gleichsam teleologisch vorstrukturiert. Der Übergang von der alten zur neuen Ordnung bedeutet nicht nur eine grundlegende Verbesserung der materiellen Lage eines jeden einzelnen; sie sei generell »eine Erhebung des Menschengeschlechts zu einer höheren Stufe der Existenz (...), die einen unbegrenzten Fortschritt in Aussicht stellte« (127). Zwar habe das Buch die Form eines phantasievollen Romans. Doch dies dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß es »allen Ernstes in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Evolution als eine Voraussage für den nächsten Schritt in der industriellen und sozialen Entwicklung der Menschheit, insbesondere in diesem Land (d.h. den USA, R.S.) gemeint« ist (270).

Es ist nun für die Struktur des Transformationsprozesses Bellamys von entscheidender Bedeutung, daß er es einerseits mit realen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Wirtschaftsystems um die Jahrhundertwende und andererseits mit einer gewaltlosen Reformpraxis verklammert. Tatsächlich sieht Bellamy Kräfte, die den Kapitalismus überwinden, in ihm selbst wirken: Es ist »die Bewegung in die Richtung eines durch immer größere und größere Kapitalien geleiteten Geschäftsbetriebs, die Tendenz zu Monopolen« (43). Wenn diese Konzentration des Kapitals ihre höchste Intensität erreicht habe, nehme das Volk der amerikanischen Staaten die Wirtschaft selbst in die Hand; »geradeso wie es 100 Jahre zuvor die Leitung seiner Regierung selbst« übernahm, werde es sich »jetzt zu industriellen Zwecken auf genau derselben Grundlage« neu formieren, »auf welcher es sich damals zu politischen Zwecken organisiert hatte« (44). Bellamy setzt also auf die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Prozesses, in dessen Rahmen sich die Spannungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gleichsam von selbst lösen: »die Lösung kam als das Ergebnis eines Prozesses wirtschaftlicher Entwicklung, welche gar nicht in anderer Weise enden konnte. Alles, was die Gesellschaft zu tun hatte, war, diese Entwicklung anzuerkennen und zu unterstützen, sobald ihre Tendenz unverkennbar geworden war« (38).

Doch die Frage ist, durch welche politische Praxis und von welchen Akteuren die Umsetzung dieser objektiven, im Wirtschaftsprozeß wirkenden Evolution für eine grundlegende Neuordnung von Staat und Gesellschaft nutzbar gemacht werden kann. Die entscheidende Voraussetzung des Überganges zur neuen Welt des Jahres 2000 besteht Bellamy zufolge darin, daß er mit demokratischen Mitteln zu erfolgen hat; er kann nur gelingen, wenn die »Mehrheit des Volkes« hinter ihm steht (203) und die gesamte öffentliche Meinung die Ideen der neuen Gesellschaft vertritt: Erst dann ist die Umwälzung weder durch Gewalt noch durch Argumente zu verhindern (45). Bellamy erwähnt in diesem Zusammenhang die sog. »Nationalistenpartei«, die sich von ihren Methoden

als auch von ihrem sozialen Profil her auf diese Bedingungen eingestellt und das umfassende Reformwerk erfolgreich in den USA durchgesetzt habe: Sie stehe zu den Anarchisten ebenso in Distanz wie zu den marxistischen Arbeiterparteien. Von jenen trenne sie die Option für eine Praxis gewaltloser Reformen (202f.), von diesen die Annahme, daß das soziale Substrat der Transformation nicht das Industrieproletariat im engeren Sinne, sondern Männer und Frauen aller Schichten und Klassen der Bevölkerung sind. Ihr Motiv der Systemveränderung sei weniger materiell als ethisch bestimmt: Sie hielten es für inhuman, unter gesellschaftlichen Bedingungen zu leben, »welche das Leben auf einen brutalen Kampf um die Existenz« reduziert und die »jedes Gebot von Ethik und Religion« ebenso ad absurdum führten wie sie die »Bemühungen der Menschenliebe nahezu sinnlos« machten.

Bellamys Utopie hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Zwar kann seine Transformationsstrategie mit ihrer schichten- und klassenübergreifenden Perspektive und ihrer ethischen Fundierung heute eine viel größere Plausibilität für sich reklamieren als orthodoxe Marxisten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts dies für möglich hielten. Doch ebenso sicher ist, daß die technokratische Herrschaft einer Managerklasse auf der Basis eines perfekten gesellschaftlichen Gleichgewichts, das eine marktorientierte Bedürfnisbefriedigung ebenso ausschließt wie soziale Konflikte und systemtranszendierende Konfliktlagen, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht standzuhalten vermag. Wo immer ein solches Programm auch tatsächlich umgesetzt wurde, waren die Resultate ernüchternd: Sie bewirkten das Gegenteil dessen, was das gelungene Leben der Zukunft ausmachen sollte.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Nun also haben wir den Rummel hinter uns – und jetzt? Nichts. Zeiten für Optimisten sind ohnehin nicht angebrochen, und wenn ich ganz schlimm alpträume, dann sehe ich Deutschland – im Verbund mit anderen Westeuropäern – irgendwann wieder einmal nach Osten stapfen. Selbstredend mit vaterländischer Unterstützung durch die staatsfrommen Sozialdemokratien. Denn dem »russischen Bären« hatten sie im vorigen Jahrhundert auch durch zwei Weltkriege nicht beizukommen vermocht. Und nun ist er wieder eine permanente Bedrohung ...

Natürlich weiß auch ich, daß sich Geschichte nicht wiederholt. Aber warum sollten gleiche oder ähnliche Strukturen nicht gleiche oder annähernd gleiche beziehungsweise ähnliche Abläufe produzieren können? Zugegeben: ein Alptraum. Der konservative Historiker Joachim Fest, 73, befand kürzlich in einem »Tagesspiegel«-Interview: »Solange wir an Utopien festhalten, drohen immer wieder Gewalt, Diktatur, Willkür.«

Das mag Fest halten wie er will, und es stimmt sicherlich, daß Menschen ohne Utopien ruhiger leben können, weil ihnen weniger Enttäuschungen ins Haus stehen. Dennoch ist eine gewisse Ahistorizität dieses Historikers nicht zu übersehen: Hätte es nicht seit Menschengedenken Utopien gegeben, säßen wir wohl noch heute auf den Bäumen oder lebten in Erdhütten. Allerdings bliebe in solchem Falle natürlich immer noch die Frage offen, ob wir mit solcher Lebensart wirklich unglücklicher wären.

Hören wir an dieser Stelle auf, die Welt wieder einmal zu erfinden, und wenden wir uns unseren piefigen Alltäglichkeiten zu. Das vorige Jahr hielt in seinen letzten Wochen einen Wust von Skandalen

bereit, die Vorteilsnehmer der Republik wurden uns reihenweise vorgeführt. Nein, ich rede jetzt nicht von Helmut Kohl, auch wenn er selbst in dieser Hinsicht überdurchschnittlich abschnitt. Ich meine eher die gleich dutzendweise einschlägig aktiv gewordenen Funktionäre der darunterliegenden Ebenen. Es waren nicht allein die Gelder, um die es jeweils ging, bemerkenswert, sondern die Reaktionen der Männer; seltsam: Mir fällt auf Anhieb in diesen Zusammenhängen keine Frau ein – gibt es hier eine Gleichberechtigungslücke? Nehmen wir des Kanzlers Ziehkind Bodo Hombach. Der soll, schrieben die Zeitungen übereinstimmend, eine Erhöhung seines Soldes von 30 000 auf 36 000 Mark gefordert haben. »Lüge!«, läßt der Bosnien-Beauftragte einen Hombach-Beauftragten reagieren. Doch der zuständige EU-Beamte wußte es genauer: Bodo Hombach hatte wirklich nicht die Erhöhung seines *Gehaltes* gefordert – es war ihm nur um die Aufstockung seiner Aufwandsentschädigung gegangen ...

Wir müssen hier nicht nachträglich noch einmal alle Bestechlichkeiten auflisten, die im Dezember 1999 ruchbar geworden waren. Zumal wir – es ist der Erscheinungsweise dieses Organs geschuldet – sowieso nicht aktuell sein können; sicher ist, daß der Januar 2000 kaum anders verlaufen dürfte als der Dezember 1999. Auch wenn jetzt integere Politiker beklagen, über sie werde nicht geredet oder geschrieben: Der Eindruck, daß die Republik versifft ist, läßt sich nun wahrlich nicht sehr leicht wegreden. Und das geht bis ins letzte Glied.

Sicher, wir sind unterschiedlich von unterschiedlichen Vorgängen beeindruckt. Mich zum Beispiel regten Mitte Dezember die Nachrichten aus dem Berlin-nahen Zickenschulze-Bernau auf: Nicht nur, daß das dortige *Rote Kreuz* entgegen den Bestimmungen Spendengelder gewinnträchtig anlegte, war ermittelt worden, sondern der Chef des DRK hatte sich ein Gehalt von 20 000 und einen Dienstwagen für 130 000 Mark bewilligt. Und was bleibt den Bürgern? Vermutlich werden sie jetzt lange Zeit kein Geld mehr in DRK-Sammelbüchsen stecken, denn dieser Verein hat ja nicht nur in Bernau, sondern im vorigen Jahr landesweit für negative Schlagzeilen gesorgt. Und sie werden, so sie die Skandale politisch einordnen, immer weniger wählen gehen. Oder sie wählen vermehrt jene Saubermänner, die die Demokratie als Ursache allen Übels ansehen. Und das ist das eigentlich Schädliche, aber nicht justitiabel.

»Und wo«, um einen Altvordern zu zitieren, »bleibt das Positive?« Ich blättere und blättere und werde schließlich im Lokalteil einer Hauptstadtzeitung fündig. Am dritten Advent – selbst Atheisten wissen, was das ist – wurde dort in einem Aufmacher der Frage nachgegangen: »Sollte am ersten Advent nur eine, am zweiten die zweite und so weiter – Kerze für Kerze – angesteckt werden oder vielmehr von Anbeginn aufs Ganze gegangen werden?«

Nachdem ich die spannende Abhandlung, deren Autor sich ins unverbindliche Sowohl-als-auch flüchtete, gelesen hatte, wanderte mein Zeitungsauge weiter über die Seite. Und was knallt mir dort für eine Überschrift entgegen? »Rechnungshof: Stadtrat verursachte Millionenschaden«. Wünsche, frohe Weihnachten und einen erklecklichen Jahreswechsel gehabt zu haben.

Otfried Höffe:
 Demokratie im Zeitalter
 der Globalisierung,
 Verlag C. H. Beck München 1999,
 476 S. (68 DM)

Der zu den Allerfleißigsten unter den Philosophieprofessoren deutscher Zunge zählende Autor – das Personenregister weist es aus: Höffe kann sich selbst öfter zitieren als jeden anderen Autoren, mit Ausnahme von Kant vielleicht – bietet eine umfassende Sicht auf das nationale, internationale und universale Problemensemble. Sein Lösungsvorschlag zielt auf eine den Subsidiaritäts- und Föderalprinzipien verpflichtete Weltrepublik, die sich den Bedingungen einer rechts- und sozialstaatlichen, freiheitlichen Demokratie unterwerfen solle.¹

Unter Globalisierung versteht H. keine »Durchkapitalisierung der Welt« (womit aber Altvater sehr wohl das Wesen des Gegenwartsprozesses erfaßt hat),² das Subsidiaritätsprinzip leitet er nicht aus genuin christlichen Quellen (Enzyklika *Quadragesima anno 1931*) ab und seine Weltrepublik solle kein Globalstaat sein. Vielmehr schaffe oder verschärfe die Globalisierung, d.h. die dreidimensionale Entwicklung der menschlichen Schicksalsgemeinschaft als Gewalt-, als (auch wirtschaftliche) Kooperations- und als Gemeinschaft von Not und Leid einen Handlungsbedarf, der nach einer Rahmenordnung verlange, in der weltweit die Gewalt an das Recht und das Recht an Gerechtigkeitsprinzipien gebunden und schließlich das gerechte Recht einer subsidiären und föderalen Weltrepublik überantwortet werde (S. 14, 430). Diese Weltrepublik sei keine lebensferne Vision, die zur Ohnmacht des bloßen Sollens verurteilt ist, sondern »eine Utopie des Noch-Nicht, ein Ideal, dessen Verwirklichung die reale Menschheit rechtsmoralisch verpflichtet und zu dem sie, glücklicherweise, schon ein wenig unterwegs ist« (S. 430).

Innerhalb dieses Bezugsrahmens wird ein Lexikondimensionen annehmender Kanon argumentativ unterbreitet, in dem unter anderem eine vollständige (!) Liste von Gerechtigkeitsprinzipien (S. 140) sowie ein dreidimensionales Demokratiekonzept (herr-

schaftslegitimierende, herrschaftsausübende, partizipatorische Demokratie) enthalten ist (S. 107). Es werden die globalen Standards von Menschen-, Bürger- und Weltbürgerrechten (auch der sozialen Rechte, denen (S. 75) kein geringerer Rang zugewiesen wird als den Freiheitsrechten) ebenso erörtert wie die erforderlichen Institutionen, ein Weltgericht etwa. Das Recht, sogar die Pflicht zur sogenannten humanitären Intervention bei Menschenrechtsverletzungen wird entschieden erweitert: Der Mauerbau 1961, das Heiratsverbot mit Nichtglaubensgenossen in Moslem-Staaten, sogar die permanente hohe Arbeitslosigkeit legitimieren ein Interventionsrecht, freilich nicht unbedingt dessen legitime Anwendung (S. 394f.).

All dies und viel mehr wird im Ergebnis von Pro- und Kontra-Argumenten und der Berücksichtigung der jeweiligen historischen Dimension des Problems in bewunderswerter Fülle, Differenziertheit und Belesenheit ausgebreitet. Die Glaubwürdigkeit des ganzen Unternehmens leidet freilich unter einer von H. unbeantworteten, ja nicht einmal gestellten Frage: Welche gesellschaftlichen Ursachen haben bewirkt, daß die Gegenwartsverhältnisse innerhalb der Staaten und zwischen diesen ein solches Ausmaß an Krisen und Kriegen, an Ungleichgewichten zwischen der einen Supermacht und ohnmächtigen Mächten zuhauf, an Gegensätzen zwischen immer größer werdendem Reichtum auf der einen, immer größer werdender Armut auf der anderen Seite angenommen haben? Ohne eine vorausgegangene politiksoziologische Analyse gerät jede politikphilosophische Abhandlung in die Gefahr, als akademische Schönrederei beiseite geschoben zu werden, als eine Ansammlung hehrer Ideen, die von niemandem gescholten, aber von keinem ernstgenommen werden. Die Machtmotive der Mächtigen sind wie die Herrschaftsinteressen der Herrschenden seit eh und je immun gegen die Gerechtigkeitsgedanken der Gelehrten. Die Vision des freien Marktes für Alle harmoniert mit der Utopie des Wohlstands für Alle (S. 399), gewiß, aber eben nur auf der ideellen Ebene.

Vielleicht hätte es dem Realitätsgehalt seiner Monographie doch gut getan, wenn H. die Demokratie- und Gerechtigkeitstheorien von Materialisten und Sozialisten wenigstens als

Wetzstein des Verstandes zur Kenntnis genommen hätte,³ auch wenn deren Literatur nicht bis in Tübingens Bibliotheken vorgezungen zu sein scheinen.

HERMANN KLENNER

- 1 Neueste Demokratie-Monographien (von denen nur eine einzige in Höffes Literaturverzeichnis, S. 435-460, aufgenommen wurde): Alex Demirovic: Demokratie und Herrschaft, Münster 1997; Antony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt 1997; Gregor Husi: Der Geist des Demokratismus, Münster 1998; Eckard Jesse: Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1998; Erik Kuehnelt-Leddihn: Demokratie – Eine Analyse, Graz/Stuttgart 1997; Wolfgang Luthard: Direkte Demokratie, Baden-Baden 1994; Ingeborg Maus: Zur Aufklärung der Demokratietheorie, Frankfurt 1992; Karl Mittermaier: Demokratie, Darmstadt 1995; Stefan Przygode: Die deutsche Rechtsprechung zur unmittelbaren Demokratie, Baden-Baden 1995; Giovanni Sartori: Demokratietheorie, Darmstadt 1992; Rainer Schmalz: Reflexive Demokratie, Baden-Baden 1995; Danilo Zolo: Die demokratische Fürstenherrschaft, Göttingen 1997.
- 2 Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1997, S. 17.
- 3 Vgl. Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Demokratie, Berlin 1989; ders.: »Zur Geschichte der marxistischen Demokratietheorie«, in: UTOPIE kreativ 59-1995, S. 29-40; Hermann Klenner: »Demokratiedefizite«, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 6(1995) 21, S. 15-21; Heuer/Klenner: Demokratie und Diktatur, Recht und Gerechtigkeit (Marxistische Le-sehefte 1), Berlin 1998.

Rainer Land/Ralf Possekel:
Fremde Welten.
Die gegensätzliche Deutung
der DDR durch SED-Reformer und
Bürgerbewegung in den 80er Jahren,
Ch. Links Verlag Berlin 1999,
312 S. (38,00 DM)

Nach der 1994 unter dem Titel »Namenlose Stimmen waren uns voran« veröffentlichten ersten Studie über politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR legten die Autoren jetzt eine zweite Arbeit zu dieser Thematik vor. Ziel dieser Untersuchung ist es, die kollektiven Deutungs- und Handlungsmuster politischer Kommunikationsgemeinschaften zu analysieren, und zwar speziell bezogen auf die »dritte Generation«, also etwa zwischen 1976 und 1990.

Die Autoren unterscheiden hier zwei parallel zueinander verlaufende und kaum miteinander verbundene Diskurse, zum einen den im Umfeld der SED entstandenen »Reformdiskurs« und zum anderen den unter dem

Dach der evangelischen Kirche angesiedelten »Verweigerungsdiskurs«. Beide Diskurse prägten auf ihre Weise politische Identitäten und bestimmten bis 1989 maßgebend die intellektuelle Szene in der DDR. Daß es im politischen Alltag zwischen den beiden Gruppen, den »konspirativen Avantgardisten« und den »symbolhaften Verweigerern«, zu keiner Annäherung kam, diese sich vielmehr *fremd* blieben, bis zuletzt, und auch heute, zehn Jahre nach ihrem Scheitern und Überrolltwerden durch die Geschichte, *fremd* sind, ist eine Tatsache, die einer Erklärung bedarf. Land und Possekel versuchen eine solche, indem sie, gestützt auf empirisches Material (Interviews vor allem), die »zentralen Codes« bestimmen, die den Diskursen zugrunde liegen. Dabei sind sie, obwohl selbst Diskursakteure, um größtmögliche Objektivität bemüht, das heißt, sie behandeln die beiden Diskurse »als gleichwertig« (S. 13).

Es gelingt ihnen so, Wesentliches über die Spezifik beider Diskurse auszusagen, die entscheidenden Codes auszumachen und zu definieren sowie die jeweiligen Konsequenzen für das Verhalten der »Reformer« sowie der »Bürgerbewegten« aufzuzeigen. Mit dem Titel »Fremde Welten« brachten sie das Ergebnis der Analyse auf den Begriff. Sowohl in der Beurteilung der DDR als auch hinsichtlich ihrer Vorstellungen über mögliche Alternativen agierten die beiden Diskurse in der Tat weltverschieden.

Und ein vermittelnder Dialog fand nicht statt. Erhärtet wird diese Aussage dadurch, daß die »Fremdheit« in der Beurteilung der DDR, der Wende und der gegenwärtigen Situation bis heute andauert, denn nach wie vor verstehen sich nur Personen ein und desselben Diskurses.

So zutreffend und einleuchtend diese Darstellung ist, so ist sie doch nicht gänzlich frei von Schematismus. In dem Bemühen, die Diskurswelten der »Reformer« und der »Verweigerer« deutlich voneinander abzugrenzen, vernachlässigen die Autoren den zwischen den Diskursen pendelnden bzw. an beiden Diskursen partizipierenden Personenkreis. Die wenigen Hinweise, die es hierzu in dem Buch gibt, werden der Realität, wie der Rezensent aus eigener Erfahrung weiß, in ihrer widersprüchlichen Vielfalt nicht gerecht. Es

würde sich lohnen, dieser Frage einmal nachzugehen und die Diskurswelten nicht von ihrem »Kern« her zu analysieren, sondern von ihrem Rand aus, wo die Konturen verschwimmen und die Positionen der Akteure ambivalent bleiben.

Zu den Besonderheiten und Originalitäten dieses Buches gehört seine Darstellungsform: Theoretische Erklärungen wechseln mit persönlichen Erfahrungsberichten, Hypothesen mit Tatsachenbeschreibungen. Obwohl die erzählerischen Passagen, die verdichteten Interviews, insgesamt einen breiten Raum einnehmen, verliert sich das Buch nicht darin. Letztlich dominiert die theoretische Analyse und die wissenschaftliche Interpretation. Dafür spricht auch, daß das auf den ersten Seiten vorgestellte Diskursschema von den Autoren durchgehalten wird und die für den jeweiligen Diskurs relevanten Codes im Text kontrapunktartig immer wieder hervortreten, so daß ein Mix aus Thesen, Erläuterung, Illustration und Beweisführung entsteht, der das Buch insgesamt zu einer interessanten und abwechslungsreichen Lektüre werden läßt.

Am besten gelingt dies den Autoren natürlich in bezug auf die »Reformer« und ihr Umfeld. Demgegenüber fällt die Darstellung der paradigmatischen Grundlagen des »Verweigerungsdiskurses« etwas schwächer aus. Insbesondere werden die christlich-ethischen Aspekte und der idealistische philosophische Ansatz der hier vertretenen Positionen zu wenig ausgeleuchtet.

Im dritten Teil des Buches geben die Autoren faktisch eine Zusammenfassung ihrer Erkenntnisse: Sie benennen noch einmal die zentralen Codes der beiden Diskurse und definieren so die jeweilige »Gesamtheit aller an einem Diskurs als sinngleich behandelten Narrationen, denen andere als nicht sinngleich geltende Geschichten gegenüberstehen« (S. 199). Dem Leser wird so Gelegenheit gegeben, sich seine *eigene* Geschichte in Erinnerung zu rufen und sie einem der beiden Diskurse zuzuordnen, wodurch das Buch zu einer Art »Lebenshilfe« avanciert, nützlich für die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und das Verständnis der darin enthaltenen kollektiven Irrtümer und Selbsttäuschungen. Aber aus den Recherchen von Land und Pos-

sekel geht auch hervor, daß sich die beiden Diskurse als solche bis 1989 nicht wahrnahmen: »Sie erkannten im jeweils anderen nur die Verlängerung einer Struktur – hier Staat, dort Kirche –, nicht aber das Kommunikationsgeschehen einer anderen, der eigenen ähnlichen ... Kommunikationsgemeinschaft« (S. 201). So erzeugten beide Diskurse automatisch, »hinter dem Rücken der Individuen«, Abgrenzungen, die ein Zusammengehen 1989 verhinderten. Die Folge war, daß beide Diskurse den historischen Augenblick für die Umsetzung ihrer Ziele »verpaßten« und damit von der politischen Bühne abtraten. Das Aufgehen der DDR in der Bundesrepublik gem. Art. 23 GG entsprach weder den Intentionen der »Reformer« noch denen der »Bürgerbewegung«, wurde aber unabweisliche Realität. Die Folge ist ein »Unbehagen« beider Gruppierungen gegenüber den neuen Verhältnissen – und ein Festhalten an den alten Diskurswelten, bis heute. Es ist das Verdienst der beiden Autoren, diese Kontinuität im politischen Denken bestimmter Gruppierungen aufgezeigt und vor allem plausibel erklärt zu haben.

ULRICH BUSCH

Eva Müller, Manfred Neuhaus,

Joachim Tesch (Hrsg.):

Ich habe einige Dogmen angetastet ...

Leben und Wirken von Fritz Behrens.

Beiträge des vierten Walter-Markov-

Symposiums, Rosa-Luxemburg-

Stiftung Sachsen,

Leipzig 1999, 158 S. (19,80 DM)

Auch wenn er über den Kreis seiner Fachkollegen und Schüler hinaus nicht die Popularität seiner Leipziger Kollegen Ernst Bloch und Hans Mayer erreichte, so ist doch die Ausstrahlung der alma mater lipsiensis in den vierziger und fünfziger Jahren bis über die DDR-Grenzen hinaus ohne Fritz Behrens' Persönlichkeit nicht zu erklären. Als erster marxistischer Inhaber eines Lehrstuhls für Ökonomie in Deutschland, staatlicher Leiter und SED-Funktionär hat er sich in den Nachkriegsjahren mit Erfolg bemüht, linke Wissenschaftler von internationalem Ruf in die

Pleißestadt zu holen. Die Leipziger Universität wurde seinerzeit zu einem Mekka der jungen Intellektuellen, die mit Enthusiasmus an einer gesellschaftlichen Alternative zur bisherigen deutschen Geschichte mitwirken wollten.

Hier liegt einer der Gründe, warum sich gerade die in Leipzig ansässige Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen am 9. November 1996 im Rahmen des vierten Walter-Markov-Symposiums des Werkes und Wirkens von Fritz Behrens annahm. Nunmehr – freilich spät, aber nicht zu spät – kurz vor seinem 90. Geburtstag haben Eva Müller, Manfred Neuhaus und Joachim Tesch den Protokollband der Tagung vorgelegt. Er enthält die 15 Beiträge, die mehr sind als nur eine Annäherung an den wohl bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler der DDR. Diese wurden dankenswerterweise ergänzt durch Dokumente aus Behrens' Feder, die Aufschluß über sein ambivalentes Verhältnis zum von ihm zunächst vorbehaltlos mitgetragenen und letztlich gescheiterten Versuch, aus der kapitalistischen Marktlogik auszubrechen, geben. Erstmals sind seine handschriftlich hinterlassene Notiz »Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling«, das Urmanuskript seiner Rede auf dem Kolloquium »Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ›Kapital‹« vom September 1967 und seine Rede zur Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig im Oktober 1979 der Öffentlichkeit zugänglich. Sie und die Diskussionsbeiträge werden durch eine Bibliographie der Arbeiten von Behrens sowie eine Auswahl der Literatur über ihn ergänzt.

Um das Erfassen der vielfältigen und vielschichtigen Zusammenhänge des inhalts- aber auch konfliktreichen Lebens und Wirkens von Fritz Behrens zu erleichtern, haben die Herausgeber die Beiträge des Kolloquiums in drei sowohl logisch als auch historisch gut aufeinander abgestimmte Themenkomplexe gegliedert – »Fritz Behrens als Mensch, Wissenschaftler und Politiker«, »Fritz Behrens' Beiträge zur Politischen Ökonomie« und »Fritz Behrens' Visionen von einer sozialistischen Gesellschaft«.

Der erste Komplex wird getragen von den Beiträgen Helmut Steiners »Notizen zu einer ›Gesellschaftsbiographie‹ des Fritz Behrens (1909-1980)« und Jörg Roeslers »Behrens

und Berger. Zur Rolle des Behrens-Schülers und Ulbricht-Beraters Wolfgang Berger in der Wirtschaftspolitik der SED«. Ergänzt werden sie durch Repliken von Behrens-Schülern auf wichtige Abschnitte seines Wirkens: Gerhard Müller zu »Fritz Behrens als Hochschullehrer in Leipzig (1946-1957)«; Heinrich Seickert zu »Das Wirken von Fritz Behrens als Leiter des Arbeitskreises ›Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit‹ an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin« und Rolf Emmrich zu »Erinnerungen an Fritz Behrens in Leipzig«.

Steiner unternimmt mit seinem auf umfassenden Archivstudien und Interviews mit zahlreiche Zeitzeugen gestützten, akribischen und ausgewogenen Aufsatz den anspruchsvollen Versuch, den Lebensweg von Fritz Behrens – vom Gymnasium über die Maschinenschlosserlehre, sein Studium der Wirtschaftswissenschaften und erste wissenschaftliche Tätigkeiten bis hin zur Zeit als Hochschullehrer in Leipzig, seine Rolle als erstem Chef der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Mitglied der Akademie der Wissenschaften sowie schließlich als Pensionär – nachzuzeichnen. Es ist der Weg eines Wissenschaftlers der Gründergeneration, die nach 1945 engagiert am Aufbau einer gesellschaftlichen Alternative mitwirkte, von der aber auch viele im Laufe der Jahre erfahren mußten, daß die Ideale der Anfangszeit mehr und mehr verblaßten und ihr Intellekt und Können zusehends mit Argwohn beobachtet und nicht selten auch mit Repressalien verfolgt wurden. »Die DDR verzichtete im Verlauf ihrer Entwicklung zunehmend auf die engagierte und kreative Mitarbeit dieses eigenständigen Typus marxistischer und sozialistischer Wissenschaftler aus den ersten Nachkriegsjahren. Fritz Behrens ist dafür ein charakteristisches Beispiel«, stellt Steiner schließlich fest (vgl. S. 14).

Die Leipziger Zeit als Hochschullehrer war Behrens' produktivste. Während jener Jahre kristallisierten sich auch seine wichtigsten Interessengebiete als Wissenschaftler heraus: Theorie und Methode der politischen Ökonomie, Geschichte der politischen Ökonomie und vor allem die Arbeitsproduktivität. Insbesondere damit stieß er immer wieder auch auf die Frage der Funktionsmechanismen einer

sozialistischen Wirtschaft – ein Problem, das Behrens, der stets auch den Blick des Philosophen auf die Wirtschaft hatte, bis an sein Lebensende bewegte und ihn mehr und mehr in Konflikt mit der offiziellen Doktrin der SED brachte.

Als er – und sein Schüler Arne Benary – während des »Tauwetters« nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 die Frage nach der Rolle von Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus aufwarf und für eine größere Selbständigkeit der Wirtschaftssubjekte eintrat, wurde diese Infragestellung unter anderem von keinem geringeren als Walter Ulbricht selbst als Inbegriff des theoretischen und politischen Revisionismus stigmatisiert. Mit Genugtuung, aber dennoch aus Distanz und mit Skepsis verfolgte Behrens die Reformversuche während des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) in den sechziger Jahren. Das Schicksal der NÖS schildert Jörg Roesler am Aufstieg und Fall des Behrens-Schülers Wolfgang Berger, der von Walter Ulbricht gefördert neben Herbert Wolf zum wichtigsten politischen Organisator des Projektes wurde. Doch spätestens 1967/68 war Behrens vollends klar, daß der reformfeindliche Parteiapparat wieder die Oberhand gewinnen würde. Auf der Konferenz zur 100jährigen Erstausgabe des »Kapital« in Frankfurt/M. maß er den theoretischen Anspruch der von ihm selbst mit begründeten politischen Ökonomie des Sozialismus an der wissenschaftlichen Substanz des Werkes von Karl Marx. Und er kommt zur Einschätzung: »Die historischen Bedingungen waren und sind die Ursache dafür, daß die politische Ökonomie des Sozialismus bis in die Gegenwart hinein ausschließlich in den Dienst der Sicherung des sozialistischen Aufbaus gestellt wurde, Merkantilismus und Kameralismus blieb.« Als wichtigste Ursache nennt er den fehlenden Raum für »freie wissenschaftliche Forschung, wie Marx sie verstand« (S. 137). Diese nüchterne, illusionslose Wertung von Behrens hätte eigentlich Pflichtlektüre für jeden Ökonomiestudenten in der DDR werden müssen, ließ sie doch die Alarmsignale der »Hüter der reinen Lehre« Sturm läuten. Entsprechende Auseinandersetzungen folgten. Mit der militärischen Niederschlagung des »Prager Frühlings« von 1968 – dem, nach Behrens

»außenpolitischen 18. Brumaire der Sowjetunion« (S. 6) – begann nicht nur das Ende des NÖS. Es schwanden auch seine bis dahin immer noch vorhandenen Hoffnungen auf eine Demokratisierung des Staatssozialismus.

Es folgte der Rückzug in die innere Emigration. Selbst enge Vertraute wußten nicht, womit Behrens sich tatsächlich beschäftigte: der Analyse des Staatssozialismus, der für ihn »Staatskapitalismus« war und aufgrund seiner undemokratischen politischen Strukturen keine Perspektive hatte.

Der zweite Abschnitt des Bandes ist Behrens' Hauptbetätigungsfeld, der politischen Ökonomie gewidmet. Herbert Wolf schildert hier die Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die der Boden waren, auf dem die Marxsche Theorie noch weitgehend uninstrumentalisiert durch die Jugend angeeignet wurde. Einer ihrer wichtigsten Lehrer war Fritz Behrens, der zugleich bedeutsame Bausteine für die Weiterentwicklung der Theorie selbst lieferte, so z.B. 1948 mit seinem Buch »Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie«. Helmut Koziol widmet sich der brisanten Frage »Hat die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen?«, Horst Richter und Eva Müller wenden sich dem Problem der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus zu, das nicht ohne Grund im Zentrum des wissenschaftlichen und politischen Interesses von Behrens stand. An der Unmöglichkeit, diese Fragen sachlich und frei von politischen Dogmen zu erörtern, ist Behrens letztlich verzweifelt – und der »Staatskapitalismus« gescheitert. Dabei war es nur folgerichtig, daß Behrens hier immer wieder ins Visier von wissenschafts- und intellektuellenfeindlichen Dogmatikern geriet. Andreas Schüler nimmt sich der Aktualität der von Behrens entwickelten Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität an, während Günter Krause seinen Beitrag einem Gegenstand widmet, der gleichfalls das wissenschaftliche Werk Behrens' wie ein roter Faden durchzieht: der Geschichte der politischen Ökonomie. 1980 mußte er allerdings resignierend feststellen: »Es ist erschreckend, wie niedrig das Niveau vieler sozialistischer Ökonomen in ihren Kenntnissen der Geschichte ihrer Wissenschaft ist.« Und auch bei

seinen wissenschaftshistorischen Arbeiten stieß Behrens auf die Grenzen des damals wissenschaftlich Machbaren. Den Plan, sein Standardwerk zur Theoriengeschichte mit einem Band zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus abzuschließen, gibt er schließlich auf. Völlig zu Recht mußte er, wie Krause feststellt, konstatieren, daß der Gegenstand aufgrund seiner Nähe zu sensiblen politischen Interessen der SED-Führung letztlich nicht mit wissenschaftlichem Anspruch zu bearbeiten ist.

Im letzten Abschnitt widmen sich Klaus Steinitz, Uwe-Jens Heuer und Ernst Wurl zentralen Problemen im wissenschaftlichen Schaffen von Behrens', die nach wie vor von brennender Aktualität sind – die Herausforderungen an eine gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft; das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus und die Rolle von utopischen Elementen im wissenschaftlichen und politischen Diskurs.

Vor dem Hintergrund einer »zunehmenden Kluft zwischen wachsender Regulierungsnotwendigkeit und schwindender bzw. fehlender Regulierungsrealität« (S. 108) greift Steinitz auf Behrens' prinzipielle Überlegungen zum Verhältnis von ökonomischen Gesetzen – insbesondere dem Wertgesetz – und politischer Einflußnahme auf die Wirtschaft zurück. Sowohl unter kapitalistischen als auch unter sozialistischen Bedingungen ist damit zugleich stets auch das Demokratieproblem angesprochen. Politische Ziele und deren Realisierung sind immer Fragen der Macht. Macht ohne Demokratie birgt immer die Gefahr der Lebensfremdheit in sich. Sozialismus ohne Demokratie bzw. Demokratie ohne Sozialismus – dessen wurde sich Behrens während seiner Konflikte mit der staatssozialistischen Realität und deren politischen Protagonisten immer stärker bewußt – haben keine Perspektive. Diesem bitteren Erkenntnisweg geht Heuer nach, indem er nochmals akribisch Behrens' Weg von der Aufbruchstimmung nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) bis zu seiner zum Teil selbst gewählten Isolation verfolgt. Fast, so möchte man meinen, verbittert klammert er sich schließlich an »seine« Utopie, ohne die man kein Marxist sein kann, wie er in seinem politischen und wissenschaftlichem Testament,

das 1992 postum fälschlicherweise unter dem Titel »Abschied von der sozialen Utopie« (ohne Fragezeichen) erschien, feststellt. Ernst Wurl nimmt dies zum Anlaß, sein Utopieverständnis mit Blick auf Behrens' seinerzeitige Reflexion der Utopieforschung zu beleuchten. Er konstatiert die Nähe zum verfeimten Ernst Bloch, einem engen Weggefährten aus der Leipziger Zeit, macht jedoch Widersprüche und Brüche aus, die allerdings wohl eher Ausdruck einer letztlich kompromißlosen und daher fast verzweifelten Suche eines linken Intellektuellen nach den Ursachen des Scheiterns des Staatssozialismus als Schwächen in der analytischen Arbeit waren. Wurls Beitrag schließt mit der Zustimmung zu Fritz Behrens' Überzeugung, daß die Utopie »ein notwendiger Bestandteil der revolutionären Linken« (S. 132) ist. Er vergißt jedoch nicht, zugleich davor zu warnen, aus den Erfahrungen der untergegangenen DDR heraus sofort neue Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln, deren Realisierung gleichsam nur noch ein Problem des politischen Willens sei.

Utopie und Realität – zwei Koordinaten der politischen Linken, mit denen sie sich nicht nur hiezulande stets schwer tat – mal mehr mit der einen, mal mehr mit der anderen. Sie muß sich zweifellos an beiden orientieren, wenn ihr zukünftig mit ihren Visionen Erfolg beschieden sein soll.

Leben und Werk von Fritz Behrens können dabei wichtige Erfahrungen vermitteln, die von der »offiziellen DDR« bis zuletzt ausgeschlagen wurden. Dem vorliegenden Band ist vor allem auch wegen seiner über den konkreten Gegenstand hinausreichenden Einsichten ein breiter Leserkreis zu wünschen.

GÜNTER FABIUNKE/DIETER JANKE

Andere Zeiten.

Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation, Heft 5/1999

Bei Bündnis 90/Die Grünen ist nach dem Landtagswahldesaster im Herbst '99 Wundenlecken angesagt. Im bundesdeutschen Osten hat sich der Stimmenanteil der Partei flächendeckend halbiert. Und folglich scheint der noch im Wahlkampf gehegte Traum vom

Überspringen der 5-Prozent-Hürde auf lange Zeit ausgeträumt. Gerade die Linken in der Partei bekommen die Konsequenzen besonders hart – nämlich doppelt – zu spüren. Zum einen sind sie natürlich (Mit)Leidtragende des allgemeinen Debakels, zum anderen jedoch wurde der linke Parteiflügel, vor allem seit dem Eintritt in die Bundesregierung, von den ›Realos‹ weitgehend ins Abseits gedrängt.

Im neuesten Heft der Zeitschrift »Andere Zeiten«, die eher als Sprachrohr der Parteilinken von Bündnis 90/Die Grünen gilt, werden die jüngsten Wahlkämpfe und Wahlergebnisse – vor allem bei den zurückliegenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Berlin – kritisch analysiert, und es wird versucht, erste Schlußfolgerungen zu ziehen.

Neben dem üblichen Hickhack um Personen, der sich wohl in keiner Partei vermeiden läßt, fallen vor allem zwei Überlegungen ins Auge. Friedrich Heilmann (Brandenburg) fordert eine Rückbesinnung auf ›ur-grüne‹ Werte, verbunden mit einem Neuanfang von unten – »wir fangen von unten an, aber nicht von vorn« (S. 17). Noch einen Schritt weiter geht Rüdiger Brandt (Berlin). Er plädiert für ein grundsätzliches Überdenken der Position gegenüber der PDS und fragt: »Warum leisten wir uns immer weiterhin diese fundamentalistische (Selbst-)Blockade und lassen die Grünen in Ostdeutschland derweil immer weiter abstürzen?« (S. 34). Die insgesamt wenig ermutigenden Einzelberichte zusammenfassend, versucht schließlich Tarik Ahmia die Frage zu beantworten, wer eigentlich die Grünen retten soll. Es überrascht sicherlich kaum, daß ›der Retter‹ auch von Ahmia nicht ge- bzw. erfunden wird. Was als Quintessenz nach einer knappen tour d'horizon durch die Asservatenkammer linksgrüner »Essentials« herauskommt, erschöpft sich allerdings in einer Wiederbelebung des »Kampfes um die Macht«. Das dürfte als strategisches Konzept kaum befriedigen. »Nur mit ... Entscheidungsgewalt in verantwortlichen Positionen können überhaupt linke Inhalte durchgesetzt werden. Wer seine Machtbasis in der Partei verloren hat, dem nützt auch das schönste theoretische Modell nichts mehr« (S. 40).

Der für ein linkes öko-soziales Projekt wohl strategisch gehaltvollste Beitrag stammt aus

der Feder von Frithjof Schmidt und Frieder Otto Wolf. Ausgehend von einer Analyse des Ist-Zustandes nach einem Jahr rot-grüner Koalition auf Bundesebene fordern sie eine deutlichere Abgrenzung von der »verschrödeten« Sozialdemokratie, die auf dem ›dritten Weg‹ einer deutlichen »Rechtsverschiebung« ihrer politischen Positionen eingeschwenkt ist. Daher wären die Bündnisgrünen gut beraten, sich von der »geborenen Partnerschaft« mit der SPD loszusagen und Offenheit auch für andere Bündnisvarianten zu gewinnen. Dazu fordern die beiden Autoren dringend eine Schärfung des »programmatischen Profils«, wozu sie anschließend sechs Thesen unterbreiten. Den Kern ihrer Überlegungen bilden drei Forderungen: ein »ökologisch-solidarischer Gesellschaftsvertrag als strategisches Konzept«, die Durchsetzung des Primats der Politik (»Prinzip Verantwortung«) gegen den Marktfundamentalismus und eine neue gesellschaftliche »Werte Debatte«, für die sich die Bündnisgrünen gut gerüstet glauben. Am Anfang aber steht – nach Schmidt und Wolf – eine Neubestimmung der eigenen Position. »Bei Bündnis 90/Die Grünen hat der politische Selbstbetrug bei vielen in den Führungsgremien Hochkonjunktur. (...) Die Linie von Partei und Regierung ist super. Nur die Menschen verstehen uns noch nicht richtig. (...) Wir plädieren dafür, offen auszusprechen, daß unser strategisches Konzept für einen rot-grünen Reformblock aufgrund konzeptioneller Fehler nicht aufgegangen ist und überarbeitet werden muß« (S. 79).

Alles in allem ist das Heft 5/1999 von »Andere Zeiten« auch für jene lesenswert, die nicht Mitglied bei den Bündnisgrünen sind. Es offeriert sowohl Einsichten in die Befindlichkeiten einer geplagten – in bezug auf ihren linken Flügel sogar gepeinigten – Partei, präsentiert aber auch (trotz alledem) beachtenswerte strategische Überlegungen für eine ökologisch-soziale Wende.

(»Andere Zeiten« erscheint sechsmal im Jahr zum Preis von 13 DM und mit einem Umfang von 92 Seiten; zu beziehen über AZ Elmar Peine, Schönleinstr. 6a, 10967 Berlin.)

ARNDT HOPFMANN

Beiträge

- Adolphi, Wolfram: Klammheimliches Verwachsen. Gedanken beim Lesen (m)eines deutsch-deutschen Geschichtsbuches (Heft 99)
- Adolphi, Wolfram: Kommunikationsstörung. PDS am Jahreswechsel (Heft 101)
- Andxel, Ruth: Wie ich allen auf den Wecker falle (Heft 99)
- Badstübner, Rolf: Zur Entstehung von BRD und DDR (Heft 103/104)
- Balke, Detlef: Beim Wenden der Steine. 90 Jahre Kibbuz (Heft 109/110)
- Bamba Ka: Afrika – zwischen westlichen Demokratiemodellen und demokratischer Selbstbestimmung (Heft 108)
- Barck, Simone: Mythos BPRS-Literatur? Zum widersprüchlichen Umgang mit der BPRS-Tradition in der DDR (Heft 102)
- Behrend, Hanna: Marxismus und Feminismus – inkompatibel oder verwandt? (Heft 109/110)
- Beyer, Manfred: Trauerrede für Dieter Strützel, 17. Mai 1999 (Heft 106)
- Bock, Helmut: Pax Americana. Wie human sind die USA? Erinnerung aus gebotenen Anlaß (Heft 106)
- Bollinger, Stefan: DDR 1989/1990 – vom Aufbruch zum Anschluß (Heft 103/104)
- Bollinger, Stefan: Die Revolution für den Sozialismus kam zu spät. 1989 zwischen letzter Chance und Thermidor (Heft 108)
- Braun, Anneliese: Zwischen Produktion und Reproduktion des Lebens marxistische und feministische Ideen vor gemeinsamen Herausforderungen? (Heft 109/110)
- Brüning, Elfriede: Erinnerungen an den BPRS (Heft 102)
- Bugliani, Roberto: Für eine neue Dialektik im Kampf gegen den Neoliberalismus (Heft 109/110)
- Busch, Ulrich: Solidarischer Finanzausgleich. Wie hoch ist der Solidaritätsbeitrag der alten für die neuen Länder? (Heft 100)
- Busch, Ulrich: Sozialtransfers für Ostdeutschland – Eine kritische Bilanz (Heft 105)
- Calandra, Benedetta: Gemeinwirtschaftliche Organisationen in Chile (Heft 102)
- Chinajewa, Jelena: Die Identität der russischen Frau (Heft 106)
- Chrapa, Michael: »Rechter Nachwuchs« – Werte und Einstellungen rechtsextrem orientierter Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt (Heft 106)
- Chrapa, Michael, Dietmar Wittich: »Panta rhei«. Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik (Heft 109/110)
- Creydt, Meinhard: Die Grünen – Verstaatlichung einer Partei (Heft 108)
- Dietzel, Horst: Über den dritten Weg zur neuen Mitte? Eine Zäsur in der Entwicklung der SPD (Heft 107)
- Dwars, Jens-Fietje: Ein Intellekt auf Beinen? Anmerkungen zur ersten Harich-Biographie (Heft 101)
- Ehlers, Kai: Rußland: Autoritärer oder demokratischer Weg aus der Krise? (Heft 107)
- Fähnders, Walter: Revolutionäre und proletarische Literaturentwicklungen im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik (Heft 102)
- Galkin, Alexander: Sieben Jahre unter Jelzin. Eine Bilanz (Heft 107)
- Gass, Karl: Der Einmarsch der »Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.« (Heft 105)
- Gräbe, Hans-Gert: Wissenschaft zwischen Freizügigkeit und Kommerz (Heft 100)
- Gusseck, Karl-Diether: Wie Brecht Rat suchte – wir aber Belehrung empfangen (Heft 108)
- Harms, Karl: Die »russische Krise«. Ursachen und Wirkungen (Heft 101)
- Haug, Frigga: Feministisch arbeiten mit Marx (Heft 109/110)
- Hedeler, Wladislaw: »Russische Frage« statt Klassenkampf und Bürgergesellschaft (Heft 101)
- Hobsbawm, Eric: Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung (Heft 109/110)
- Hofmann, Jürgen: Zum Umgang mit deutscher Zweistaatlichkeit (Heft 106)
- Holtzhauer, Martin: Risiko Gentechnik!? (Heft 105)
- Hopfmann, Arndt: »... eine gewisse unrichtige Auffassung« – über »Einheit« und Reformfähigkeit (Heft 99)
- Hopfmann, Arndt: Über das Rezensionsumwesen. Eine Ermütigung für den gehässigen Rezensenten (Heft 99)
- Kaeselitz, Hella: Die Ängste der Margaret Thatcher. Einige Aspekte der britischen Haltung zur deutschen Vereinigung (Heft 105)
- Kagan, Gennadi E.: Der »Kalte Krieg« in meiner Erinnerung (Heft 103/104)
- Kagarlitzki, Boris: Globalisierung und Marxismus (Heft 101)
- Kassé, Maguéye: Interkulturelle Kommunikation im Globalisierungsprozeß – Afrika und Europa (Heft 103/104)
- Kebir, Sabine: Aladár Komját (1891-1936) – ein unbekanntes Mitglied des BPRS (Heft 102)
- Khalatbari, Parviz: An Essay on the Principle of Population. Zweihundert Jahre Kontroverse um ein Pamphlet (Heft 99)
- Klein, Ingomar, Wolfgang Triebel: Quo vadis, Genosse Scharping? (Heft 101)
- Klenner, Hermann: Zu dem von Walter Markov herausgegebenen Montesquieu-Essay des Werner Krauss (Heft 100)
- Kreft, Lev: Kultur, Nationalismus, Nation – oder das Gespenst mißlingender Modernisierung in Slowenien (Heft 106)
- Krenzlin, Leonore: Roter Matrose und Widerstandskämpfer. Der unbekannt Schriftsteller Willy Sachse (Heft 102)
- Löther, Rolf: Streitfall Gentechnik (Heft 109/110)
- Lötzsch, Ronald: Was ist ein Volk und was eine Nation? (Heft 103/104)
- Lötzsch, Ronald: Gibt es eine marxistische Theorie des Ethnos? (Heft 105)
- Lötzsch, Ronald: Einer virtuellen DDR zum 50. (Heft 108)
- Maljarow, Igor: Jugend und Opposition (Heft 101)
- Mocek, Reinhard: Vom Anspruch der Bewahrung. Anmerkungen zu Hans Heinz Holz (Heft 103/104)
- Moneta, Jakob: Schweizer Erfahrungen oder das Unbehagen in der Sattheit (Heft 109/110)
- Morgenstern, Karl: Visionen und Realitäten. Problemfelder gesellschaftlicher Alternativen (Heft 103/104)
- Neuner, Gerhart: Eine »Fußnote der Geschichte«? Das DDR-Bild in heutigen Schulbüchern (Heft 108)
- Niedzielska, Krystyna: Frauen haben es schwerer: Zur Transformation in Polen (Heft 106)
- Niemann, Heinz: Linkssozialismus in der Weimarer Republik. Anmerkungen zu Konzept und Politik eines »dritten Weges« (Heft 107)
- Niemann, Herbert: Kapitalismus weltweit in Schwierigkeiten – Was nun? (Heft 105)
- Notz, Gisela: Über den traditionellen Arbeitsbegriff und die Notwendigkeit seiner Veränderung (Heft 109/110)
- Nowik, Faina: Der Übergang zur Politik der deutschen Zweistaatlichkeit (Heft 106)
- Ollman, Bertell: Dialektik – warum gerade jetzt? (Heft 103/104)
- Otto, Wilfriede: Das Verschwinden des Willi Kreikemeyer (Heft 100)
- Piria, Raffaele: Der internationale Lelio-Basso-Preis für ökonomische und politische Alternativen (Heft 102)
- Plener, Ulla: Meine drei Begegnungen mit Marx an einem Nachmittag in London oder Das unerwartete Erlebnis der politischen Kultur im Ausland (Heft 99)
- Plener, Ulla: Die SPD in den deutschen Westzonen 1945-1948 (Heft 107)
- Roesler, Jörg: Ulbricht contra Dubcek? Einverständnis und Mißverständnis zwischen zwei Reformern (Heft 99)
- Roesler, Jörg: Wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen in beiden deutschen Staaten von 1946-1970 (Heft 103/104)
- Ruge, Wolfgang: Die wissenschaftliche Verheißung des neunzehnten Jahrhunderts und die chaotische Wirklichkeit des zwanzigsten (Heft 109/110)
- Saage, Richard: Morellys »Das Gesetzbuch der Natur« und die Dialektik der Anarchie (Heft 100)
- Saage, Richard: Merciers »Das Jahr 2440« und die »kopernikanische Wende« des utopischen Denkens (Heft 101)
- Saage, Richard: Saint-Simons Utopie der Industriegesellschaft (Heft 102)
- Saage, Richard: Utopie und Eros. Zu Charles Fouriers »neuer sozialistischer Ordnung« (Heft 105)
- Saage, Richard: Vom philanthropischen Unternehmer zum utopischen Visionär. Robert Owens Utopie der »neuen moralischen Welt« (Heft 107)
- Saage, Richard: Ikarischer Kommunismus. Zu Etienne Cabets utopischem Roman Reise nach Ikarien (Heft 106)
- Sabath, Wolfgang: Die Wochen im Rückstau (Heft 99 bis 109/110)
- Scheler, Werner, Werner Hartkopf: Gespräch über die Wiedereröffnung der Berliner Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg und über den Neubeginn ihrer Tätigkeit (Heft 103/104)
- Schenker, Friedrich: Musik zum pazifistischen Gebrauch (Heft 109/110)
- Scheuplein, Christoph: Friedrich List und die »neue Mitte«. Sozialdemokratische Technologiepolitik in der Metropole Berlin (Heft 108)

- Schiller, Dieter: Zur Arbeit des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller im Pariser Exil (Heft 102)
- Schindler, Roland W.: Flaschenpost für das 21. Jahrhundert. Einführung in das Werk Hannah Arendts (Heft 103/104)
- Schmidt, Gerold, Winfried Wolf: Über den Isthmus von Tehuantepec. Eine Reise mit Quersichten (Heft 103/104)
- Schölzel, Arnold: Eine Episode aus dem Beginn des laufenden Vereinigungskrieges (Heft 99)
- Schröter, Ursula: Die Frauen und die Zukunftsdebatte. Ein ostdeutscher Blick (Heft 106)
- Schumacher, Ernst: »Wir haben gelogen. Wir sind an allem selber schuld.« Niederschrift eines Gespräches mit Hedwig Remmele (Heft 107)
- Schunter-Kleemann, Susanne: Gender mainstreaming als neoliberale Projekt? (Heft 108)
- Schütrumpf-Kunze, Marion: UTOPIE konkret – Wie diese Zeitschrift ihren Namen erhielt (Heft 99)
- Schwarz, Salomon: Bevölkerungsbewegung und Arbeitslosigkeit in Rußland (Heft 99)
- Seidel, Helmut: Aufklärung und die Gegenwart. Zur Kritik der »Dialektik der Aufklärung« von Adorno und Horkheimer (Heft 109/110)
- Stiehler, Gottfried: Mensch und Geschichte. Aspekte eines Problemkomplexes (Heft 103/104)
- Strützel, Dieter: »... daß nichts verloren ist, solange wir noch selbst da sind.« (Heft 106)
- Triebel, Wolfgang, Ingomar Klein: Quo vadis, Genosse Scharping? (Heft 101)
- Trunschke, Andreas: Neue Wege wagen. Überlegungen zu Leitungsstruktur und Mitbestimmung im (brandenburgischen) Hochschulgesetz (Heft 100)
- Vileisis, Danga: Ein patriarchaler Rückfall wider Willen: Reflexionen über einen feministischen Arbeitsbegriff aus marxistischer Sicht (Heft 109/110)
- Voigt, Sabine: Risiko Gentechnik!? Eine Replik auf Martin Holtzhauer (Heft 109/110)
- Wirth, Günter: Friedrich Wilhelm Foerster (Heft 102)
- Wittich, Dietmar, Michael Chrapa: »Panta rhei«. Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik (Heft 109/110)
- Woderich, Rudolf: Ost-Identität – Residuum der Vereinigung oder Phänomen der »langen Dauer«? (Heft 105)
- Wojcikow, Michail: Der ökonomische Determinismus der gesellschaftlichen Entwicklung. Lehren und Perspektiven (Heft 101)
- Wolf, Winfried, Gerold Schmidt: Über den Isthmus von Tehuantepec. Eine Reise mit Quersichten (Heft 103/104)
- Zwerenz, Gerhard: Sozialismus als Barbarei? Die 12 Merkwürdigkeiten des Schwarzbuches (Heft 99)
- Zwerenz, Gerhard: September & Orwell (Heft 107)
- Bergmann, Theodor, Wolfgang Haible, Galina Iwanowa: Friedlicher Westmeyer. Von der Sozialdemokratie zum Spartakusbund – eine politische Biographie (Hartmut Hennicke – Heft 100)
- Binswanger, Hans-Christoph: Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen. Essays zur Kultur der Wirtschaft (Ulrich Busch – Heft 105)
- Borries, Maria von: Euer Name lebt. Zur Geschichte der Juden in der Region Bersenbrück (Fritz Vilmar – Heft 106)
- Bourdieu, Pierre u.a.: Der Einzige und sein Eigenheim (Joachim Tesch – Heft 103/104)
- Bourdieu, Pierre: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns (Stefan Bollinger – Heft 99)
- Bukowski, Wladimir: Moskowsky prozess. Der Moskauer Prozess. Russkaja mysl - Izdatel'stvo MIK (Gerd Kaiser – Heft 101)
- Bundesministerium des Innern und Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (Stefan Bollinger – Heft 109/110)
- Cattero, Bruno (Hrsg.): Modell Deutschland – Modell Europa. Probleme und Perspektiven (Ulrich Busch – Heft 102)
- Conert, Hansgeorg: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie (Arndt Hopfmann – Heft 103/104)
- Croft, Andy (Hrsg.): A Weapon in the Struggle. The Cultural History of the Communist Party in Britain (Stephan Lieske – Heft 101)
- Diessenbacher, Hartmut: Kriege der Zukunft: Die Bevölkerungsexplosion gefährdet den Frieden (Parviz Khalatbari – Heft 108)
- Dietrich, Wolfgang: Periphere Integration und Frieden im Weltsystem. Ostafrika, Zentralamerika und Südostasien im Vergleich (Arndt Hopfmann – Heft 101)
- Ehmke, Horst: Global Players (Harald Lange – Heft 100)
- Eiber, Ludwig: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien« 1941-1946 und ihre Mitglieder (Herbert Mayer – Heft 109/110)
- El-Akramy, Ursula: Transit Moskau. Margarete Steffin und Maria Osten (Gerd Kaiser – Heft 102)
- Götting, Ulrike: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz (Michael Wolf – Heft 106)
- Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Im Dienste der Partei. Torsten Dietrich, Hans Ehlerd und Rüdiger Wenke im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (Stefan Bollinger – Heft 107)
- Hartwich, Hans-Hermann: Die Europäisierung des deutschen Wirtschaftssystems (Ulrich Busch – Heft 102)
- »Heim ins Reich.« Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland 1938-1945 (Jörg Roesler – Heft 109/110)
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsensgesellschaft zur Konfliktgesellschaft (Bd. 1); Was hält die Gesellschaft zusammen? (Bd. 2) (Stefan Bollinger – Heft 106)
- Herr, Hansjörg, Kurt Hübner (Herausgeber): Der »lange Marsch« in die Marktwirtschaft. Entwicklungen und Erfahrungen in der VR China und Osteuropa (Arndt Hopfmann – Heft 109/110)
- Hombach, Bodo: Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte, mit einem Nachwort von Gerhard Schröder (Horst Dietzel – Heft 103/104)
- Jaschke, Hans-Gerd: Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft (Stefan Bollinger – Heft 100)
- Junge, Marc: Bucharins Rehabilitierung. Historisches Gedächtnis in der Sowjetunion 1953-1991 (Wladislaw Hedeler – Heft 109/110)
- Keiderling, Gerhard: Rosinenbomber über Berlin (Karl Gass – Heft 103/104)
- Komlosy, Andrea, Christof Pamreiter, Irene Stacher, Susan Zimmermann (Hrsg.): Ungeregt und unterbezahlt. Der informelle Sektor in der Weltwirtschaft (Arndt Hopfmann – Heft 99)
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995, Band 1 - 3 (Stefan Bollinger – Heft 107)
- Kurz, Heinz D.: Ökonomisches Denken in klassischer Tradition (Ulrich Busch – Heft 99)

Konferenzen & Veranstaltungen

- Benser, Günter: Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie (Heft 107)
- Bergem, Wolfgang: Tickt der Osten anders? Zeitmessungen beim 24. New Hampshire Symposium (Heft 100)
- Gansen, Martin: Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert. Suche nach Orientierungspunkten (Heft 103/104)
- Irmischer, Johannes: Revolutionsgedenken in Italien (Heft 109/110)
- Mayer, Herbert: Spannende sechziger Jahre?! (Heft 100)
- Mietkowska-Kaiser, Ines, Gerd Kaiser: Frauen im Exil (Heft 101)
- Nakath, Detlef: Konferenz zur deutschen Zweistaatlichkeit am 13. und 14. März 1999 in Berlin (Heft 103/104)

Bücher & Zeitschriften

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 99 (Ulrich Busch – Heft 109/110)
- Bahr, Egon: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik (Stefan Bollinger – Heft 101)
- Beck, Ulrich (Hrsg.): Politik der Globalisierung (Stefan Bollinger – Heft 105)
- Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung (Stefan Bollinger – Heft 105)

- Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Die Illusion der neuen Freiheit. Realitätsverleugnung durch Wissenschaft (Hermann Klenner – Heft 109/110)
- Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie? Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und politische Interventionen (Stefan Bollinger – Heft 101)
- Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Weniger Arbeit – weniger Demokratie. Arbeitslosigkeit, Demokratiegefährdung und Neuverteilung der Arbeit (Stefan Bollinger – Heft 101)
- Messner, Dirk (Hg.): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft (Arndt Hopfmann – Heft 108)
- Nakath, Detlef, Gero Neugebauer, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): »Im Kreml brennt noch Licht«. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989-1991 (Stefan Bollinger – Heft 103/104)
- Röd, Wolfgang: Die Philosophie der Neuzeit 1: Von Francis Bacon bis Spinoza (Hermann Klenner – Heft 105)
- Sassning, Ronald: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«. Hintergründe, Verlauf, Folgen (Heinz Kühnrich – Heft 100)
- Schafranek, Hans unter Mitarbeit von Natalija Mussienko: Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil (Wladislaw Hedeler – Heft 100)
- Schebera, Jürgen; Eisler, Eine Biographie in Texten, Bildern und Dokumenten, Schott Musik International Mainz 1998 (Liesel Markowski – Heft 106)
- Schindler, Roland W.: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt in das 21. Jahrhundert (Gerhard Lozek – Heft 103/104)
- Schleicher, Ilona: DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Erbe (Arndt Hopfmann – Heft 102)
- Soros, George: Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr (Andreas Schüler – Heft 107)
- Sprawozdanie stenograficzne z posiedzenia Komitetu Centralnego Polskiej Partii Robotniczej. 31. sierpnia - 3. września 1948 r. (Stenografischer Bericht von der Tagung des Zentralkomitees der Polnischen Arbeiterpartei. 31. August - 3. September 1948), (Gerd Kaiser – Heft 100)
- Steffen, Olaf: Die Einführung des Kapitalismus in Rußland. Ursachen, Programme und Krisen der Transformationspolitik (Heinz Lambarth – Heft 101)
- Stracke, Stephan: »Mit rabenschwarzer Zuversicht« (Katia Davis – Heft 108)
- Thiel, Elke: Die Europäische Union. Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken (Ulrich Busch – Heft 103/104)
- Ulrich, Werner, Johann Binder: Armut erforschen. Eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern (Ulrich Busch – Heft 106)
- Weingarten, Michael: Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik. Beiträge zu einer kulturalistischen Wende in der Philosophie, (Reinhard Mocek – Heft 105)
- Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie, Dokumentation und Erinnerungen (Stefan Bollinger – Heft 103/104)
- Wenzel, Siegfried: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? Zum Produktivitäts- und Effektivitätsvergleich der Wirtschaften der BRD und der DDR (Stefan Bollinger – Heft 103/104)
- Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 4 (Matthias Wittenberg – Heft 101)
- Ziegler, Jean: Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen (Arndt Hopfmann – Heft 106)
- Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945) (Jörg Roesler – Heft 107)

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,
wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000

Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF
Herausgegeben im Auftrag der
Bundesstiftung Rosa Luxemburg e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: JÖRN SCHÜTRUMPF
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 57)
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29 39 08 00)
Einzelverkaufspreis: DM 9,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 99 (Inland), DM 140 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 140

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 62:	je	2 DM
Heft 63 bis 98	je	5 DM